



Corporate Governance

Kurzberichterstattung des Bundesrates über die Erfüllung der strategischen Ziele der verselbstständigten Einheiten des Bundes im Jahr 2021

Inhalt

Verselbständigte Einheiten (zuständiges Departement)

ETH-Bereich (WBF).....	5
BGRB Holding AG (VBS).....	9
Eidg. Finanzmarktaufsicht FINMA (EFD).....	12
Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV (WBF).....	16
Swisscom AG (UVEK).....	19
Schweizerische Bundesbahnen SBB AG (UVEK).....	22
Schweizerische Post (UVEK).....	25
Skyguide AG (UVEK).....	29
Schweizerisches Nationalmuseum SNM (EDI).....	32
Pro Helvetia (EDI).....	37
Schweizerisches Heilmittelinstitut Swissmedic (EDI).....	41
Institut für Geistiges Eigentum IGE (EJPD).....	45
Institut für Metrologie METAS (EJPD).....	49
Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde RAB (EJPD).....	52
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung SIR (EJPD).....	56
Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB (WBF).....	60
Swiss Investment Fund for Emerging Markets SIFEM AG (WBF).....	64
Identitas AG (WBF).....	68
Innosuisse – Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (WBF).....	72
Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI (UVEK).....	76
Schweizerische Trassenvergabestelle TVS (UVEK).....	80

Vorwort

Im Zeitraum vom 18. März bis 17. Juni 2022 hat der Bundesrat die Berichterstattung über die Erfüllung der strategischen Ziele im Geschäftsjahr 2021 durch die bundeseigenen Unternehmen und Anstalten zu Händen der Eidgenössischen Räte verabschiedet. Mit der vorliegenden Sammlung der Kurzberichte legt er die wichtigsten Informationen zu Zielerreichung und Geschäftsgang öffentlich auf.

Gegenstand der Berichterstattung sind die verselbständigten Einheiten des Bundes, die nach Artikel 8 Absatz 5 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes über strategische Ziele gesteuert und kontrolliert werden (SR [172.010](#)). Dazu zählen Dienstleister am Markt wie die Swisscom AG oder die RUAG Holding AG, Anstalten mit Monopolcharakter wie der ETH-Bereich oder die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV, aber auch Einheiten der Wirtschafts- und Sicherheitsaufsicht wie die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA oder die Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB. Insgesamt umfasst das Portfolio der verselbständigten und vom Bund beherrschten Einheiten 21 Unternehmen und Anstalten.

Die Kurzberichterstattung des Bundesrates nimmt in der Corporate Governance des Bundes, d.h. im eignerpolitischen System von Steuerung und Kontrolle eine wesentliche Bedeutung ein. Mit ihr legt der Bundesrat Rechenschaft darüber ab, inwiefern die verselbständigten Einheiten die jeweils für vier Jahre festgelegten strategischen Ziele mit Blick auf ihren Versorgungsauftrag und ihre unternehmerischen Leistungen erfüllt haben. Im Verbund mit weiteren Elementen der Berichterstattung trägt er so dazu bei, dass die eidgenössischen Räte die parlamentarische Oberaufsicht in der Eignerpolitik des Bundes wahrnehmen können und in der Lage sind, bei Bedarf auf die Steuerung und Kontrolle Einfluss zu nehmen.

Die vorliegenden Kurzberichte liefern für jede verselbständigte Einheit die wichtigsten Informationen in kompakter und standardisierter Form: Nach einer Gesamtwürdigung fassen die Berichte die Erfüllung der strategischen Ziele zusammen und halten abschliessend die wichtigsten Entscheide des Bundesrats zum Ergebnis des Geschäftsjahres 2021 fest. Eine Kennzahlen-Box liefert dazu einen Überblick über die wichtigsten Leistungsindikatoren je Einheit.

Im August 2022

ETH-Bereich

Internet: www.ethrat.ch

Sitz: Zürich/Bern (ETH-Rat)

Rechtsform: Anstalten des Bundes

(ETH Zürich, EPFL, PSI, WSL, Empa, Eawag)

ETH-Rat: M. O. Hengartner (Präsident), B. Haering

(Vizepräsidentin), J. Mesot, M. Vetterli, G.-L. Bona,

K. Becker van Slooten, M. Bürki, B. Fasana, S. Gasser,

C. Leister, C. Ritz Bossicard

Geschäftsführer: M. Kaeppli

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle Bern

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze*

Die Institutionen des ETH-Bereichs haben die strategischen Ziele mehrheitlich erfüllt.

In der Lehre zeugt die erneut gestiegene Anzahl an Studierenden und Doktorierenden von der Attraktivität der beiden ETH. Pandemiebedingt fanden vermehrt hybride Unterrichtsformen Anwendung.

Die beiden ETH bestätigten ihre Spitzenplätze in internationalen Hochschulrankings. Mit ihren Forschungsschwerpunkten leisten die Institutionen des ETH-Bereichs wichtige Beiträge in zukunftsrelevanten Themenfeldern wie Energie, Nachhaltigkeit und Digitalisierung.

Der ETH-Bereich pflegt den Dialog mit der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik und engagiert sich für die Vermittlung und Anwendung seiner Expertise und seiner Innovationen. Die Institutionen sind national wie auch international gut vernetzt und pflegen Zusammenarbeiten mit Partnern aus der Wissenschaft genauso wie aus dem öffentlichen und privaten Sektor.

Mit dem Bau und dem Betrieb von national und international bedeutenden Forschungsinfrastrukturen leistet der ETH-Bereich einen substantiellen Beitrag zur Stärkung des Forschungsplatzes Schweiz.

Der Bund ist die wichtigste Finanzierungsquelle des ETH-Bereichs. 2021 deckte er direkt oder indirekt 84,2 Prozent der Erträge. Der Drittmittelanteil verblieb in der Grössenordnung des Vorjahres. Die Reserven (Übriges Eigenkapital) nahmen im Berichtsjahr um 37 Millionen zu.

Die Institutionen sind attraktive Arbeitgeberinnen. Im Berichtsjahr wurden Kampagnen zum Schutz vor Mobbing und sexueller Belästigung sowie Diskriminierung lanciert. Die Bestrebungen, den Frauenanteil zu erhöhen, haben insbesondere bei der Neuernennung von Professorinnen und Professoren erste Wirkung gezeigt. Den Anteil Lernender gilt es zu erhöhen.

Kennzahlen	2021	2020
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	3 697	3 680
Jahresergebnis (Mio. CHF)	110	41
Übriges Eigenkapital (Mio. CHF)	1 397	1 360
Bilanzsumme (Mio. CHF)	6 661	6 592
Eigenkapitalquote in %	45,7	37,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	20 534	20 117

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Forschungsbeiträge, -aufträge und wissenschaftliche Dienstleistungen (Mio. CHF)	788	774
Schenkungen und Legate (Mio. CHF)	122	142
Anzahl Studierende/Doktorierende ¹⁾	36 110	34 540
davon Frauen in %	32,3	32,0
Professor/innen (Vollzeitstellen)	855	855
Technischer Deckungsgrad PUBLICA	109,3	107,9
Ökonomischer Deckungsgrad PUBLICA	96,5	88,9

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2 373	2 355
Unterbringungsbeitrag (Mio. CHF)	230	244
Studiengebühren, Weiterbildung (Mio. CHF)	56	50

¹⁾ Inkl. Studierende in Weiterbildungsstudiengängen, ohne Mobilitätsstudierende.

* Strategische Ziele: www.sbf.admin.ch > Hochschulen > Hochschulen des Bundes (ETH-Bereich) > Strategische Ziele des Bundesrates für den ETH-Bereich

A. Zielerreichung 2021

1. Aufgabenbezogene Ziele des ETH-Bereichs

1. Lehre: Der ETH-Bereich bietet eine im internationalen Vergleich erstklassige und attraktive Lehre an.

Die beiden ETH erfreuen sich nach wie vor grosser Beliebtheit. Ende Jahr studierten 36 110 Personen (2020: 34 540; +4,5 %) an einer der beiden Hochschulen. Dadurch verschlechterten sich die Betreuungsverhältnisse erneut leicht. Mit einer Strategie zur Entwicklung der Studierenden- und Doktorierendenzahlen soll der ETH-Bereich bis 2024 aufzeigen, wie er diese Dynamik in Zukunft steuern und die hohe Qualität der Lehre aufrechterhalten will. Das Fachgebiet Informatik und Kommunikationstechnologie wuchs wie die letzten Jahre am meisten. 95,5 Prozent der Absolventinnen und Absolventen finden innerhalb eines Jahres nach Abschluss eines Masterstudiums eine Anstellung im In- oder Ausland.

Der Frauenanteil bei den Studierenden und Doktorierenden wächst langsam aber stetig und erreicht 32,3 Prozent (2020: 32 %). Dieses Fachkräftepotenzial gilt es verstärkt auszuschöpfen. Auch der Ausländeranteil erhöhte sich in ähnlichem Umfang wie die letzten Jahre und beträgt 48,1 % (2020: 47,7 %).

Pandemiebedingt fanden in der Lehre vermehrt hybride Unterrichtsformen Anwendung. Die Studienprogramme wurden u.a. in den Bereichen Nachhaltigkeit, Neuroengineering und Quantenwissenschaften weiterentwickelt. Die interdisziplinäre Ausrichtung spielt dabei eine grosse Rolle.

2. Forschung: Der ETH-Bereich wahrt seine internationale Spitzenposition in der Forschung und entwickelt seine Instrumente und Mechanismen zur frühzeitigen Erkennung zukünftiger Forschungsbedürfnisse weiter.

Mit ihren Forschungsschwerpunkten im Bereich Energie, Umwelt und nachhaltige Entwicklung sowie den drei Strategischen Fokusbereichen «Personalisierte Gesundheit und zugehörige Technologien», «Datenwissenschaften» und «Advanced Manufacturing» leisten die Institutionen des ETH-Bereichs wichtige Beiträge in zukunftsrelevanten Themenfeldern und unterstützen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in Bereichen wie Energie, Nachhaltigkeit und Digitalisierung.

Die ETH belegen in internationalen Hochschulrankings wiederum Spitzenpositionen. Forschende aus dem ETH-Bereich erhielten auch 2021 prestigeträchtige Auszeichnungen wie beispielsweise den Schweizer Wissenschaftspreis Latsis. Zudem wurden 18 Bewerbungen für einen ERC Starting Grant positiv evaluiert (2020: 15, +20 %).

Bei den kompetitiv eingeworbenen Drittmitteln ist die Zunahme der Erträge aus Projektmitteln der EU-Förderprogramme der Generation Horizon 2020 von 146 auf 160 Millionen Franken (+9,6 %) positiv hervorzuheben.

Der ETH-Bereich soll alle Möglichkeiten ausschöpfen, um trotz der momentanen Nicht-Assoziierung der Schweiz an Horizon Europe weiterhin für Forschende attraktiv zu bleiben.

3. Forschungsinfrastrukturen: Der ETH-Bereich entwickelt, baut und betreibt Forschungsinfrastrukturen.

Die Forschungsinfrastrukturen des ETH-Bereichs sind national wie international sehr gefragt. Die Synchrotron Lichtquelle Schweiz (SLS) am PSI beispielsweise wird jährlich von ca. 2500 Forschenden genutzt, wovon etwa 50 Prozent aus einer Schweizer Hochschulinstitution, etwa 40 Prozent aus einer Hochschulinstitution der EU und 10 Prozent aus der Industrie stammen.

Schwerpunktmässig wurden im Berichtsjahr der Schweizer Freie-Elektronen-Röntgenlaser SwissFEL am PSI und das Forschungs- und Innovationsgebäude NEST von Empa und Eawag ausgebaut, sowie die Infrastrukturen vorangetrieben, welche in der Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen 2021–2024 enthalten sind.

Der ETH-Bereich beteiligt sich auch international an weiteren Forschungsanlagen, Beobachtungsnetzwerken und Forschungskonsortien.

4. Wissens- und Technologietransfer (WTT): Zur Stärkung der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz fördert der ETH-Bereich die Zusammenarbeit und den Austausch mit der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Die Institutionen des ETH-Bereichs sind an allen Standorten des Schweizerischen Innovationsparks beteiligt und unterstützen den Aufbau des nationalen Netzwerks von Advanced Manufacturing Technology Transfer Centers (AM-TTC). Sie tauschen sich regelmässig mit KMU und Industrie aus und bieten ihren Studierenden und Forschenden verschiedene Stipendien- und Beratungsangebote sowie Programme zur Förderung des Unternehmertums an.

Im Berichtsjahr schlossen die Institutionen des ETH-Bereichs zudem 585 (2020: 610; -4,1 %) Zusammenarbeitsverträge mit der Privatwirtschaft ab. Es entstanden 60 neue Spin-offs (2020: 66; -9,1 %) und es wurden 213 Patente (2020: 217, -1,8 %) sowie 181 Lizenzen angemeldet (ab 2021 neue Zählweise). Zudem wurden 330 Erfindungsmeldungen (2020: 310; +6,5 %) und 39 Softwaremeldungen (2020: 32; +21,9 %) registriert.

Ausserdem waren im Jahr 2021 auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des ETH-Bereichs in der Swiss National COVID-19 Science Task Force engagiert und übernahmen mehrere Behördenmandate, beispielsweise die Messung von SARS-CoV-2 im Abwasser.

5. Zusammenarbeit und Koordination: Der ETH-Bereich wirkt bei der Gestaltung des Hochschulraums Schweiz aktiv mit.

Die Zusammenarbeit innerhalb des ETH-Bereichs wird mit den Strategischen Fokusbereichen sowie gemeinsamen Lehrgängen und Forschungsinfrastrukturen gefördert. Forschungsplattformen, nationale Forschungsschwerpunkte (NFS) und vom Bund unterstützte Kooperationsprojekte werden für die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen aktiv genutzt.

In Bezug auf seine nationalen und internationalen Aussenstellen erarbeitet der ETH-Bereich in der laufenden BFI-Periode eine Strategie.

6. Internationale Positionierung und Zusammenarbeit: Der ETH-Bereich baut die Zusammenarbeit und die Vernetzung mit den weltweit führenden Institutionen weiter aus und stärkt seine internationale Ausstrahlung.

Talentierte in- und ausländische Studierende können sich bei den Institutionen des ETH-Bereichs um Stipendien bewerben. Die Aussenstandorte und Studios der beiden ETH in Singapur, den Vereinigten Arabischen Emiraten, den USA und Indien sowie die Aktivitäten für die bilaterale Forschungszusammenarbeit zwischen der Schweiz mit Ost- und Südostasien tragen weiter zur internationalen Ausstrahlung bei. Auch auf dem afrikanischen Kontinent engagieren sich die Institutionen des ETH-Bereichs in verschiedenen Projekten. Sie sind zudem Mitglieder bei internationalen Netzwerken und strategischen Allianzen.

2. Finanzielle und Infrastrukturelle Ziele

7. Finanzierungsquellen und Mittelverwendung: Der ETH-Bereich erweitert seine Finanzierungsbasis und stellt sicher, dass die Mittel strategiekonform und wirtschaftlich für die Lehre, Forschung sowie den Wissens- und Technologietransfer eingesetzt werden.

Der Bund ist die wichtigste Finanzierungsquelle des ETH-Bereichs. 2021 betrug die direkte Trägerfinanzierung 2604 Millionen Franken (2020: 2600 Mio.; +0,2 %). Direkt oder indirekt über kompetitiv vergebene Drittmittel (SNF, Innosuisse, EU-FRP) und Ressortforschung stammen 84,2 Prozent (2020: 84,3 %) der Erträge des ETH-Bereichs vom Bund.

Die Drittmittelerrträge sind von 1123 auf 1148 Millionen gestiegen (+2,2 %), was einem Anteil von 30,6 Prozent der Gesamterträge entspricht. Der Anteil soll im Hinblick auf eine breiter abgestützte Finanzierungsbasis weiter erhöht werden. Potenzial besteht insbesondere beim Einwerben von Forschungsfördermitteln, welche vom Bund kompetitiv vergeben werden (SNF, Innosuisse).

Die Reserven stiegen im Berichtsjahr um 37 Millionen. Der ETH-Rat geht gemäss seiner aktuellen Planung davon aus, dass er die Reserven bis Ende 2024 gemäss dem strategischen Ziel des Bundesrates abbauen kann.

Der Bundesrat erwartet in der verbleibenden Förderperiode die entsprechenden Investitionen in Forschung und Lehre.

Synergieeffekte werden im ETH-Bereich durch die Förderung von gemeinsamen Initiativen wie z.B. den Strategischen Fokusbereichen (SFA) oder durch die gemeinsame Nutzung von Forschungsinfrastrukturen erzielt. Auch in der Lehre, Administration, Logistik und Wissens- und Technologietransfer werden gemeinsame Einrichtungen und Synergien genutzt.

8. Immobilienmanagement und Nachhaltigkeit: Der ETH-Bereich koordiniert – unter Führung des ETH-Rats als Bau- und Liegenschaftsorgan des Bundes (BLO) – die Bewirtschaftung der Grundstücke und Immobilien im Eigentum des Bundes und sorgt für deren Wert- und Funktionserhaltung.

Der stetige Zuwachs an Studierenden und Doktorierenden und der dadurch erforderliche Ausbau der Professuren führen zu einem erhöhten Bedarf an Nutzfläche, der über Verdichtung, Umnutzungen und zusätzliche Mietobjekte gedeckt wird.

Die ermittelte Zustandswert in Relation zum Neuwert der vom ETH-Bereich genutzten Immobilien im Eigentum des Bundes liegt bei guten 81,5 Prozent (2020: 82 %).

Für die defizitären Strukturen des SwissTech Convention Center (STCC) der EPFL wird weiterhin mit der externen privaten Investorin über eine Lösung verhandelt. Zudem wird das Neubauprojekt GLC der ETH Zürich Mehrkosten in der Höhe von aktuell geschätzten 16 Millionen Franken verursachen (davon 11 Millionen zulasten des Verpflichtungskredits).

In Bezug auf Nachhaltigkeit nimmt der ETH-Bereich als Akteur der Initiative des Bundes «Vorbild Energie und Klima» auch eine Vorbildfunktion ein. Er hat sich dazu verpflichtet, bis 2030 zusätzlich 9 Prozent an Energieeffizienz zu gewinnen. Potenzial zur Senkung des CO₂-Ausstoss besteht vor allem bei der Mobilität.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

9. Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und wissenschaftlicher Nachwuchs: Der ETH-Bereich ist ein attraktiver und sozial verantwortlicher Arbeitgeber.

Die Anzahl Arbeitsverhältnisse hat gegenüber 2020 insgesamt um 796 auf 24 268 zugenommen, was einem Wachstum von 3,4 Prozent entspricht.

Erfreulich ist der hohe Frauenanteil bei den Neuernennungen von Professorinnen und Professoren. Er beträgt 46,2 Prozent (2020: 39,6 %). Auch in den Führungspositionen konnte der Frauenanteil auf 22,7 Prozent (2020: 21,6 %) erhöht werden.

Im Herbstsemester lancierten die beiden ETH «Respekt»-Kampagnen zu den Themen sexuelle Belästigung, Diversity und Rassismus. Zudem hat der ETH-Rat im Berichtsjahr eine aktualisierte Gender-Strategie für den ETH-Bereich verabschiedet.

Der Anteil Lernender ging leicht zurück von 7 auf 6,7 Prozent.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Gestützt auf Art. 3a ETH-Gesetz (SR 414.110) können die beiden ETH und die Forschungsanstalten im Rahmen der strategischen Ziele und der Weisungen des ETH-Rats zur Erfüllung ihrer Aufgaben Gesellschaften gründen, sich an solchen beteiligen oder auf andere Art mit Dritten zusammenarbeiten. Nennenswert sind hierbei die beherrschten Einheiten Société du Quartier d'Innovation (SQIE) und Société du Quartier Nord de l'EPFL (SQNE), welche Gebäude im Finanzierungsleasing unterhalten, sowie die Beteiligung an der ETH Zurich Foundation.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Eidg. Finanzkontrolle, EFK) hat die konsolidierte Jahresrechnung des ETH-Bereichs für das am 31.12.2021 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Sie bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung 2021 in Übereinstimmung mit den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) erstellt wurde und den gesetzlichen Vorschriften sowie dem Rechnungslegungshandbuch für den ETH-Bereich entspricht und empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der ETH-Rat hat dem Bundesrat den Geschäftsbericht 2021 (inkl. revidierte Jahresrechnung) gemäss Art. 35 ETH-Gesetz zur Genehmigung unterbreitet.

Er hat auch Antrag auf Entlastung der Mitglieder des ETH-Rats. Vom Jahresergebnis von 110 Millionen Franken stammen 46 Millionen aus Schenkungen, Zuwendungen, Kofinanzierungen und 27 Millionen aus den assoziierten Einheiten. Der ETH-Rat stellte Antrag, die restlichen 37 Millionen (Bilanzgewinn) im Übrigen Eigenkapital zu belassen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

An seiner Sitzung vom 18.3.2022 hat der Bundesrat den Anträgen des ETH-Rats zugestimmt.

BGRB Holding AG (Beteiligungsgesellschaft RUAG)

Internet: www.ruag.com / www.ruag.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Dr. Monica Duca Widmer (Präsidentin),
Monika Krüsi Schädle, Ariane Richter Merz, Sabine d'Amelio-Favez, Toni Eder

CEO: André Wall (RIH); Peter E. Bodmer (RUAG MRO)

Ext. Revisionsstelle: Ernst & Young AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Im Jahr 2021 haben die BGRB Holding AG (BGRB Holding) und ihre Subholdings die strategischen Ziele des Bundesrates teilweise erreicht. Insbesondere die finanziellen Ziele betreffend Rentabilität und Dividendenausüttungen wurden verfehlt. Dies, obwohl sich die RUAG International Holding AG (RUAG International) vom pandemiebedingten Einbruch beim Flugzeugstrukturbau teilweise erholt hat. Die strukturellen Probleme sind sowohl bei RUAG International als auch bei RUAG MRO Holding AG (RUAG MRO) noch nicht überwunden.

Indem der Bund im Verwaltungsrat der BGRB Holding, befristet bis zu deren Auflösung, mit zwei Vertretungen Einsitz nimmt, kann der Eigner die Transformation des Unternehmens nahe begleiten.

Positiv zu würdigen sind bei **RUAG International** die Stabilisierung des Geschäftsverlaufs insbesondere im Flugzeugstrukturbau, die Fortschritte bei der Privatisierung mittels Devestitionen und der Abschluss von Kreditverträgen, die ohne Garantien durch die BGRB Holding auskommen. Der zeitgerechte und teilweise parallele Verkauf von Geschäftsbereichen bedingt jedoch weiterhin hohe Aufmerksamkeit und darf die Erfüllung des operativen Geschäfts nicht beeinträchtigen.

Die finanzielle Entwicklung bei der **RUAG MRO** liegt unter den Erwartungen. Ein Hauptaugenmerk ist auf die **strategische Transformation** und Weiterentwicklung zu richten. Dabei müssen jedoch Prioritäten gesetzt werden, um gleichzeitig auch die Qualität im Stammgeschäft zu sichern und die Sanierung des Immobilienparks zu ermöglichen.

Die Trennung der Informatiksysteme zwischen RUAG International und RUAG MRO konnte 2021 mit dem **zweiten Entflechtungsschritt** abgeschlossen werden. Die **Informatiksicherheit** bleibt aber auch im Jahr 2022 ein Bereich, dem erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Die im Berichtsjahr initiierten Verbesserungsmaßnahmen müssen konsequent umgesetzt werden. Zudem gilt es, bei den Verkäufen von RUAG International sicherzustellen, dass nicht ungewollt sensitive Daten der Schweizer Armee an Dritte gelangen.

Kennzahlen	2021	2020
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	1 854	1 782
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	80	-186
Gewinn- / Verlustvortrag (Mio. CHF)	-110	76
Alle Reserven (Mio. CHF)	714	735
Bilanzsumme (Mio. CHF)	1 867	1 872
Eigenkapitalquote in %	48,3	45,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	8 958	8 989

Unternehmensspezifische Kennzahlen

EBITDA (Mio. CHF)	160	-84
EBIT (Mio. CHF)	86	-191
Free Cash Flow (Mio. CHF)	51	-18
Netto-Finanzposition (Mio. CHF)	257	214
Auftragseingang (Mio. CHF)	2 117	1 936
Technischer Deckungsgrad PK in % ¹⁾	109,0	105,0

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Ökonomischer Deckungsgrad entspricht technischem DG

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Entflechtung und Weiterentwicklung von RUAG

Die Trennung der Informatiksysteme konnte 2021 mit dem zweiten Entflechtungsschritt abgeschlossen werden. Die Informatik der RUAG Real Estate wurde zu einem externen Schweizer Provider überführt und die 35 Technisch-Wissenschaftlichen Infrastrukturen (TWI) in die RUAG MRO transferiert. Mit Abschluss des Programms Ende 2021 darf

* Strategische Ziele: http://www.vbs.admin.ch/de/vbs/bundesnahe-betriebe/ruag_detail.document.html/vbs-inter-net/de/documents/bundesnahebetriebe/ruag/Strategische-Ziele-RUAG-d.pdf.html

festgehalten werden, dass die Gesamtkosten mit 75 Millionen (58 Mio. für Arbeitsschritt 1 und 17 Mio. für Arbeitsschritt 2) unter dem Strich nur geringfügig von den 2018 zu Händen des Bundesrates geschätzten Kosten von 72 Millionen abweichen. Im Jahr 2022 werden noch Aufwände von 0,8 Millionen erwartet – insbesondere für ein Audit durch eine externe Revisionsfirma.

Vertretung des Bundes im Verwaltungsrat BGRB Holding

Der Bundesrat hat sich 2021 gestützt auf den Ausnahmeverbehalt im 9. Leitsatz der Corporate-Governance für eine bis zur Auflösung der BGRB Holding befristete Einsitznahme des Bundes in deren Verwaltungsrat entschieden. Die beiden Vertreter der Subholdings wurden durch zwei instruierbare Bundesvertreter abgelöst. Es wurde ein Vertreter aus dem GS-VBS und eine Vertreterin der EFV bestimmt. Damit konnte die während der Transformation des Konzerns gebotene enge Begleitung durch den Bund effizient sichergestellt werden.

Bessere Geschäftsaussichten für RUAG International

Dank der fortgesetzten Anstrengungen zur Reduktion der Kosten und der sich abzeichnenden Erholung des Luftverkehrsmarktes sind die Geschäftsaussichten von **RUAG International** nicht mehr so schlecht wie vor Jahresfrist. In intensiven Verhandlungen mit den Banken gelang es dem Management zudem, Kreditverträge ohne Garantien durch die BGRB Holding abzuschliessen, weshalb sich die Liquiditätssituation von RUAG International im Vergleich zum Vorjahr etwas entspannt hat.

Herausforderungen RUAG MRO

Bei der **RUAG MRO** liegt weiterhin ein Hauptaugenmerk auf der strategischen Transformation und Weiterentwicklung. Im Bereich der Querschnittsfunktionen konnte die RUAG MRO zwar einen Teil des vorhandenen Personals von der Vorgängerin RUAG Holding AG übernehmen, musste ihre Organisation jedoch mit dem Wechsel von einer Division zu einem eigenständigen Unternehmen dennoch neu aufbauen. Ausserdem mussten die Prozesse effizienter gestaltet, vereinheitlicht und kodifiziert werden.

Das zu über 80 Prozent mit dem Bund erzielte Geschäft ergibt für RUAG MRO eine Grundaustlastung. Diese darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Firma angesichts der Transformation der Armee und einer Reihe von absehbaren Ausserdienststellungen von Armeematerial ihre zukünftige Entwicklung nicht vernachlässigen darf. Der Gebäudepark der RUAG Real Estate ist veraltet. Er baut auf einer Anfangsinvestition der Eidgenossenschaft auf, deren Unterhalt offenbar über längere Zeit vernachlässigt wurde. Das Liegenschaftsportfolio ist zu überprüfen, zu modernisieren und so zu bewirtschaften, dass es branchenübliche Renditen generiert, ohne dass die Dividendenausschüttungen an den Bund gefährdet sind. Ausserdem gilt es, die Rentabilität und Effizienz der gesamten Firma zu steigern.

Herausforderungen RUAG International

Die zeitgleiche Devestition von Geschäftsbereichen erfordert weiterhin eine hohe Aufmerksamkeit und Sorgfalt des Managements von RUAG International. Als schwierig zeichnet sich die Devestition des Bereichs Aerostructures ab. Herausfordernd für den stetig kleiner werdenden Konzern ist es zudem, den schrittweisen Abbau der Querschnittsfunktionen konsequent weiterzuführen und gleichzeitig die Motivation der Mitarbeitenden hoch zu halten. Auch die Informatiksicherheit bleibt 2022 ein Bereich, dem erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Die im Berichtsjahr initiierten Verbesserungsmaßnahmen müssen konsequent umgesetzt werden.

2. Finanzielle Ziele

Das finanzielle Ergebnis fiel zwiespältig aus. Der Nettoumsatz der **RUAG MRO** belief sich 2021 auf 647 Millionen (Vorjahr: 682 Mio.), was einem Rückgang um 5 Prozent entspricht. Das Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) lag mit 17 Millionen deutlich unter dem Vorjahreswert (30 Mio.). Entsprechend ist auch die EBIT-Marge von 2,7 Prozent deutlich tiefer als im Vorjahr ausgefallen (EBIT-Marge 2020: 4,5 %). Der Reingewinn beläuft sich auf 23 Millionen (Vorjahr: 31 Mio.). Dividenden an den Bund werden nur aus dem Gewinn der RUAG Real Estate AG ausgeschüttet (1,9 Mio.).

Demgegenüber schaffte es **RUAG International**, nach einem sehr schwierigen Jahr 2020, die Geschäftsbereiche zu stabilisieren. Der Nettoumsatz stieg um 4,7 Prozent auf 1240 Millionen (Vorjahr: 1181 Mio.). Das Betriebsergebnis lag mit 70 Millionen wieder im deutlich positiven Bereich (EBIT-Marge: 5,6 %), nach dem Rekordverlust im Vorjahr (-224 Mio.). Der Reingewinn belief sich auf 58 Millionen (Vorjahr: -219 Mio.).

Auf die Ausschüttung einer Dividende muss trotz dieses erfreulichen Ergebnisses vorerst verzichtet werden. Die Banken gewährten RUAG International nach dem Wegfall der Garantien durch die BGRB Holding angesichts der Geschäftslage die nötigen Kreditlinien nur, wenn diese die Ausschüttung von Dividenden während der Vertragslaufzeit auf ein Minimum reduziert. Diese Restriktion musste vom Bund im Interesse der Sicherung der Fortführungsfähigkeit hingenommen werden. Der Bundesrat erwartet eine bestmögliche Sicherung der Mittel für eine spätere Ausschüttung.

Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Fortschrittliche Personalpolitik

Der Personalbestand in der Schweiz betrug per Ende 2021 4109 (Vorjahr 4106) Mitarbeitende (davon 2417 RUAG MRO). Die Lernendenquote beträgt insgesamt 6,4 Prozent.

Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren (Vorjahr 9,6 %) ist die Nettofluktuation der **RUAG International** in

der Schweiz mit 8,3 Prozent tiefer ausgefallen. Die Personalfuktuation liegt aber weiterhin über dem Branchenvergleich der letzten Jahre von Swissmem (5,9 %), was in der Transformationsphase nicht überrascht.

Bei **RUAG MRO** ist die Nettofluktuation im Vergleich zum Vorjahr (5,1 %) mit 6,7 Prozent deutlich angestiegen und liegt nun höher als im Branchenvergleich der Swissmem (5,9 %).

Der Verwaltungsrat von **RUAG International** wurde 2021 aufgrund von diversen Rücktritten von sieben auf fünf Mitglieder verkleinert. Sein Frauenanteil, ebenso wie derjenige in der Geschäftsleitung, beträgt 20 Prozent.

Der Frauenanteil im Verwaltungsrat der **RUAG MRO** ist unverändert bei 40 Prozent geblieben. In der Geschäftsleitung liegt er ebenfalls unverändert bei 29 Prozent.

Der CEO von **RUAG MRO**, Andreas Berger, verliess das Unternehmen auf Ende Jahr. Seine Nachfolge wird von Peter E. Bodmer interimistisch wahrgenommen.

3. Kooperationen und Beteiligungen

Die Bereinigung des Portfolios von **RUAG International** wurde vom Unternehmen im Berichtsjahr vorangetrieben. Abgeschlossen wurde die Devestition des Geschäftsbereichs RUAG Aerospace Services GmbH in Oberpfaffenhofen (DE). Dieser defizitäre Geschäftsbereich, der u.a. die Produktion des Flugzeugs Dornier 228 (Do228) beinhaltete, musste zu einem negativen Preis abgestossen werden.

Zudem wurden die Verkaufsprozesse der Geschäftsbereiche Simulation & Training und Ammotec – nachdem das Parlament in der Herbstsession 2021 grünes Licht für den Verkauf gab – vorangetrieben.

Im Rahmen der konsequenten Umsetzung der Entflechtungsstrategie verkaufte **RUAG MRO** die Beteiligung an der BASE 10 GmbH mit Sitz in Hallbergmoos (DE). Dies hat das Ergebnis mit 1,9 Millionen Franken belastet.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Berichte der Revisionsstelle Ernst & Young AG zur Jahresrechnung sowie zum Lagebericht und zur Jahresrechnung der BGRB Holding AG (Einzelabschluss) für das Jahr 2021 erfolgen ohne Einschränkungen.

C. Anträge an die Generalversammlung

Das Konstrukt der BGRB Holding war als befristete Lösung bis zur Entflechtung der beiden Subholdings angelegt. Nachdem die beiden Teilkonzerne juristisch, finanziell und in ihren Informatiksystemen getrennt sind, hat der Bundesrat deshalb Ende 2021 beschlossen, sie spätestens per Mitte 2022 rückwirkend auf den 1. Januar 2022 aufzulösen.

Der Beschluss zur Auflösung der BGRB Holding soll anlässlich der ordentlichen Generalversammlung getroffen werden. Damit kann die strategische Steuerung der beiden

entflochtenen Subholdings direkt durch den Eigner Bund wahrgenommen werden.

Die ordentliche Generalversammlung der BGRB Holding findet am 8. Juni 2022 statt. Der Verwaltungsrat beantragt, bei den Ziffern 6, 7, 9 und 10 unter dem Vorbehalt, dass die Fusion der BGRB Holding AG mit der RUAG International Holding AG (Tochter) rechtswirksam durchgeführt wird,

1. vom Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung Kenntnis zu nehmen sowie den Lagebericht und die Jahresrechnung der BGRB Holding AG (Einzelabschluss) für das Jahr 2021 zu genehmigen;
2. vom Bericht der Revisionsstelle zur konsolidierten Jahresrechnung Kenntnis zu nehmen und den Lagebericht sowie die konsolidierte Jahresrechnung der BGRB Gruppe zu genehmigen.
3. der Ergebnisverwendung inkl. einem Vortrag auf neue Rechnung für den Bilanzverlust sowie der Ausschüttung einer Dividende von CHF 1 932 160 (40 % des Reingewinns von RUAG Real Estate) aus den Reserven aus Kapitaleinlagen durch die BGRB Holding AG zuzustimmen;
4. die Ausschüttung einer Sachdividende im Betrag von CHF 270 229 228.69 aus den Reserven aus Kapitaleinlage in der Form der Abtretung der 100%-igen Beteiligung an der RUAG MRO Holding AG an die Alleinaktionärin vorzunehmen;
5. den Mitgliedern des Verwaltungsrates der BGRB Holding AG die Entlastung zu erteilen
6. die Verwaltungsräte Dr. Remo Lütolf, Jürg Oleas, Deborah Jacqueline Carlson-Burkart, Kaspar Kelterborn und Rainer Erwin Günther Schulz für eine Amtsdauer von einem Jahr zu wählen;
7. Dr. Remo Lütolf als Präsident des Verwaltungsrates für die Amtsdauer von einem Jahr zu wählen;
8. Die externe Revisionsstelle Ernst & Young AG für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr zu wählen;
9. die Obergrenze der Gesamtentschädigung des Verwaltungsrates (inkl. VRP) auf CHF 692 113 für 2022 und CHF 523 523 für 2023 festzusetzen und den maximalen Betrag der Gesamtentschädigung des Vorsitzenden des Verwaltungsrates auf CHF 188 612 für 2022 und für 2023 festzusetzen;
10. der Totalrevision der bisherigen Statuten vom 04.11.2019 der RUAG International Holding AG, inkl. Firmenänderung und Zweckänderung zuzustimmen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 18. März 2022 das VBS beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die 3. ordentliche Generalversammlung der BGRB Holding AG vom 8. Juni 2022 zuzustimmen.

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA

Internet: www.finma.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Marlene Amstad (Präsidentin), Martin Suter (Vizepräsident), Ursula Cassani Bossy, Susan Emmenegger, Benjamin Gentsch, Bernard Keller (bis 31.12.2021), Andreas Schlatter, Franz Wipfli (bis 31.12.2021)

Direktor: Urban Angehrn (seit 1.11.2021)

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Die strategischen Ziele der FINMA für ihre vierte Strategieperiode (2021–2024) wurden vom Bundesrat am 18.11.2020 genehmigt. Die FINMA hat die meisten zur Strategieumsetzung im Jahr 2021 vorgesehenen Handlungsschwerpunkte umgesetzt und wesentliche Fortschritte bei der Umsetzung ihrer Ziele erreicht.

Insbesondere wurden mögliche Auswirkungen der Covid-19-Krise abgefedert, das Stresstesting-Regime für Banken und Versicherungen ausgeweitet und ein Fokus auf die Risiken im Zusammenhang mit neuen Technologien gelegt. Signifikante Fortschritte konnten bei der Abwickelbarkeit der Grossbanken, in der Notfall- und Abwicklungsplanung der inlandorientierten systemrelevanten Banken sowie bei den Arbeiten an den Stabilisierungsplänen systemisch bedeutsamer Finanzmarktinfrastrukturen erzielt werden. Weiter wurden unter anderem die operationelle Umsetzung der DLT-Gesetzgebung erreicht sowie die Aufsicht über «Greenwashing»-Risiken gestärkt.

Die FINMA schliesst das Geschäftsjahr 2021 mit einem Gewinn von 12,6 Millionen Franken ab. Ende 2021 beträgt die Reserve 93 Prozent (d.h. CHF 118,2 Mio.). Haupterlös des Rechnungsjahres 2021 bilden die von den Beaufsichtigten erhobenen Aufsichtsabgaben (CHF 120,8 Mio.). Der grösste Aufwandsposten ist der Personalaufwand in Höhe von 104,1 Millionen Franken. Der durchschnittliche Personalbestand der FINMA stieg im Jahr 2021 von 501 auf 519 Vollzeitstellen.

Kennzahlen	2021	2020
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	138,8	138,4
Reingewinn (Mio. CHF)	12,6	12,6
Reserven FINMAG (Mio. CHF) ¹⁾	118,2	105,6
Bilanzsumme (Mio. CHF)	187,6	174,3
Eigenkapitalquote in % ²⁾	55,1	35,2
Personalbestand (Vollzeitstellen) ³⁾	519,0	501,0

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Betriebsaufwand (Mio. CHF)	125,5	125,0
Personalaufwand (Mio. CHF)	104,1	102,6
Technischer Deckungsgrad PK in % ⁴⁾	111,3	109,7
Ökonomischer Deckungsgrad PK in % ⁵⁾	87,9	80,9

Aufsichtsabgaben und Gebühreneinnahmen

Aufsichtsabgaben (Mio. CHF)	120,8	120,0
Gebühren (Mio. CHF)	17,3	18,0

¹⁾ Nach Art. 16 FINMAG muss die FINMA innerhalb einer angemessenen Frist Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden.

²⁾ Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk FINMA werden direkt im Eigenkapital erfasst.

³⁾ Es handelt sich sowohl um befristete als auch um unbefristete Stellen. Eingeschlossen sind Lernende sowie Hochschulpraktikantinnen und -praktikanten.

⁴⁾ Provisorisch.

⁵⁾ Berechnung nach IAS 19.

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Die strategischen Ziele der FINMA für ihre vierte Strategieperiode (2021–2024) haben einen Bezug zum Kunden- und

* Strategische Ziele: finma.ch/de/finma/ziele/strategische-ziele

Systemschutz (Ziele 1 bis 8) oder sind betrieblicher Natur (Ziele 9 und 10).

(1) Kapital und Liquidität: Die FINMA sorgt für die Stabilität der beaufsichtigten Finanzinstitute, insbesondere durch eine starke Kapitalisierung und Liquidität der Banken und Versicherungen.

Die FINMA trug dazu bei, dass die Auswirkungen der Covid-19-Krise die Finanzstabilität nicht gefährden. Wo nötig wurden Sofortmassnahmen in der Aufsicht, insbesondere im Bereich der Kapital- und Liquiditätsausstattung ergriffen.

Im Bankenbereich wurden umfassende regulatorische Stresstests für inländisch systemrelevante Banken auf Gruppenstufe sowie für die Grossbanken auf Stufe der wichtigsten Rechtseinheiten etabliert. Die für grössere Versicherungsunternehmen entwickelten Stresstests wurden inhaltlich weiterentwickelt und selektiv auf Versicherungsunternehmen mittlerer Grösse ausgeweitet.

Im Übrigen setzte sich die FINMA für Kapitalneutralität und Proportionalität bei den Abschlussarbeiten zur Umsetzung von «Basel III» ein und befasste sich mit dem Liquiditätsmonitoring sowie der Bildung von Wertberichtigungen für Ausfallrisiken.

(2) Geschäftsverhalten: Die FINMA nimmt nachhaltig positiven Einfluss auf das Geschäftsverhalten der beaufsichtigten Finanzinstitute.

Die Aufsichtsinstrumente im Geldwäschereibereich wurden grundlegend überarbeitet und der datenbasierte Ansatz bei präventiven Aufsichtsinstrumenten in der Geldwäschereibekämpfung wurde verstärkt. Bei Anbietern von Geschäftsmodellen, die auf neuen Technologien basieren, wurde ein Fokus auf die Geldwäschereiabwehr gelegt.

Die FINMA traf Massnahmen, damit Personen, die eine Krankenzusatzversicherung abgeschlossen haben, vor Missbrauch geschützt sind. Dazu führte sie bei mehreren Krankenversicherern Vor-Ort-Kontrollen durch.

Zudem wirkte die FINMA auf die fristgerechte Einhaltung der neuen Regeln für Finanzdienstleister hin, festigte den Bewilligungsprozess für Vermögensverwalter und Trustees und begann mit der Überwachung der Aufsichtsorganisationen.

(3) Risikomanagement und Corporate Governance: Die FINMA setzt sich dafür ein, dass die beaufsichtigten Finanzinstitute ein vorbildliches Risikomanagement betreiben, und fördert mit ihrer Aufsichtstätigkeit eine verantwortungsvolle Corporate Governance.

Die FINMA identifizierte in der Bankenaufsicht Fälle mit gravierenden Mängeln in der Corporate Governance und leitete wirksame Korrekturmassnahmen ein, von denen ein grosser Teil bereits umgesetzt wurde. Parallel dazu entwickelte sie den Aufsichtsprozess für die laufende Überwachung der Fitness- und Properness-Anforderungen bei Versicherungsunternehmen weiter.

Die Entwicklungen am Hypothekarmarkt wurden eng verfolgt. Bei Banken wurden gezielte Vor-Ort-Kontrollen und qualitative und quantitative Analysen (inkl. Stresstests) durchgeführt.

Weitere Aufsichtsschwerpunkte bildeten die Ablösung der LIBOR-Referenzzinssätze, die Liquiditätskongruenz bei kollektiven Kapitalanlagen und Cyber-Risiken. Weiterhin wurde auf die Optimierung im Prüfwesen geachtet.

(4) Too big to fail: Die gesetzlich vorgesehenen Pläne werden fertiggestellt, um eine dauerhafte Entschärfung des Too-big-to-fail-Risikos zu bewirken.

Bei der globalen Abwicklungsfähigkeit der Grossbanken konnten planmässig weitere Fortschritte erzielt werden. Die inländisch systemrelevanten Banken wurden dabei begleitet, die «Resolution»-Strategien zu vertiefen und bestehende Lücken in ihren Notfallplänen weiter zu schliessen. Erstmals konnten die Stabilisierungspläne von SIX x-clear und SIX SIS unter Auflagen genehmigt werden.

Bei grossen, aber nicht systemrelevanten Instituten wurde eine Auslegeordnung und Analyse des Handlungsbedarfs für die Krisenplanung aufgenommen. Auch unterstützte die FINMA das SIF bei den Arbeiten zur Änderung der Liquiditätsregulierung sowie im Bereich eines «Public Liquidity Backstop».

(5) Strukturwandel: Die FINMA setzt sich dafür ein, dass das Finanzsystem angesichts der bevorstehenden strukturellen Veränderungen robust bleibt und seine Kunden von neuen Möglichkeiten profitieren können, ohne zusätzlichen Risiken ausgesetzt zu sein.

Die Risiken für die Beaufsichtigten im Zusammenhang mit der anhaltenden Tiefzinsphase wurden mittels intensivierten Monitorings analysiert. Dabei wurden bei Vor-Ort-Kontrollen und Stresstests Institute mit erhöhten Risiken identifiziert. Bei Bedarf wurden Kapitalzuschläge verfügt und eine unabhängige Berechnung der Höhe der Rückstellungen durchgeführt.

Zudem befasste sich die FINMA mit Anwendungen von künstlicher Intelligenz und Machine Learning sowie mit der Überwachung und Minderung von Cyberrisiken.

(6) Innovation: Die FINMA unterstützt die Innovation auf dem Finanzplatz Schweiz.

Aufgrund der hohen Belastung der FINMA-Ressourcen durch das mittlerweile eingestellte Bewilligungsgesuch Libra/Diem in der ersten Jahreshälfte sowie einer Zunahme von Anfragen mit oftmals hoher Komplexität erhöhte sich die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Gesuchen im Fintech-Bereich gegenüber dem Vorjahr.

Begleitet wurde die operationelle Umsetzung der DLT-Gesetzgebung und in internationalen Gremien setzte sich die FINMA für eine angemessene Anwendung und Entwicklung der internationalen Standards für innovative Geschäftsmodelle ein.

(7) Nachhaltigkeit: Die FINMA trägt zur nachhaltigen Entwicklung des Finanzplatzes Schweiz bei, indem sie insbesondere klimabezogene Finanzrisiken in ihre Aufsichtstätigkeit einbezieht und die Finanzinstitute zu einem transparenteren Umgang mit diesen Risiken anhält.

Die ersten Konzepte für die Aufsicht von klimabezogenen Finanzrisiken und konkrete Umsetzungsschritte für Banken und Versicherungen zur Sicherstellung der Beaufsichtigung von klimabedingten Finanzrisiken wurden erarbeitet. Ein Pilotprojekt zur Messung der Transitionsrisiken bei den grössten Banken wurde in Zusammenarbeit mit der SNB und der Wissenschaft vorangetrieben und kurz vor den Abschluss gebracht.

Die Regulierung zur Offenlegung von klimabezogenen Finanzrisiken in Banken und Versicherungen wurde finalisiert und in Kraft gesetzt. Die FINMA traf verschiedene Massnahmen, um im Rahmen ihres Mandats sog. «Greenwashing»-Risiken entgegenzuwirken, und ergriff in Einzelfällen konkrete Massnahmen, um offensichtliche Fälle von Täuschungen zu verhindern.

(8) Internationale Zusammenarbeit und Regulierung: Die FINMA unterstützt die Gleichwertigkeit der Schweizer Finanzmarktregulierung mit internationalen Standards. Sie bringt die Schweizer Interessen aktiv in die internationalen Gremien ein und setzt sich für glaubwürdige internationale Standards ein. Die FINMA ist für Aufsichtsbehörden im Ausland eine anerkannte, kooperative und verlässliche Partnerin. Im Bereich der Finanzmarktregulierung setzt sich die FINMA für eine Regulierung ein, die eine gezielte Risikoreduktion bezweckt und die sich durch Proportionalität und grösstmögliche Einfachheit auszeichnet.

Die Verhandlungen zu einem «Mutual Recognition Agreement» zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich unterstützte die FINMA mit ihrer Fachexpertise und setzte sich dafür ein, dass die Aufsichtsinteressen der Schweiz sichergestellt werden.

Weiter brachte sich die FINMA aktiv in die vom SIF geleiteten Arbeitsgruppen zur Evaluation des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes ein und evaluierte das Kleinbankenregime. Auch erstellte sie eine Auslegeordnung zum Anpassungsbedarf der regulatorischen Grundlagen und Kompetenzen.

(9) Ressourcen: Der Bedarf an Ressourcen richtet sich nach dem Aufwand, der für die effiziente Erfüllung des erweiterten gesetzlichen Auftrags der FINMA erforderlich ist. Der Einsatz neuer Technologien trägt zu Effizienz- und Effektivitätsgewinnen bei.

Die Arbeiten an den Grundlagen zur Umsetzung der FINMA-Datenstrategie wurden abgeschlossen und die Analysefähigkeiten weiter ausgebaut. Weiter wurden Anwendungsbereiche für innovative Methoden und Technologien (z.B. Natural Language Processing, Machine Learning) identifiziert.

Die FINMA setzte die Digitalisierungs- und Automatisierungsschritte fort, um Effizienzgewinne bei den Schnittstellen zu den beaufsichtigten Instituten und bei internen Prozessen zu erzielen.

(10) Mitarbeitende: Die Mitarbeitenden der FINMA sind hoch qualifiziert und bilden sich laufend weiter. Sie zeichnen sich durch hohe Motivation, Integrität und Flexibilität aus. Als attraktive Arbeitgeberin sorgt die FINMA für Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Im Bereich der Personalentwicklung wurden die im Vorjahr pilotierten und neu eingeführten Massnahmen zur Förderung der beruflichen Veränderungsfähigkeit der Mitarbeitenden (Job Rotation, Berufsphase 55+, Anrecht auf Aus- und Weiterbildungstage) vollständig in die ordentlichen Personal- und Führungsprozesse integriert. Eine Policy für Gender-bewusste Sprache wurde festgelegt sowie die Sensibilisierung der Mitarbeitenden und die Anwendung in sämtlichen neuen Texten sichergestellt.

Neue Organisations- und Zusammenarbeitsformen wurden weiterentwickelt und basierend auf den Erkenntnissen aus der Home-Office-Phase während der Covid-19-Krise umgesetzt. Technische Applikationen zur virtuellen Zusammenarbeit wurden verstärkt genutzt und die Mitarbeitenden gezielt geschult.

2. Finanzielle Ziele

Die Kosten der Finanzmarktaufsicht werden vollständig durch die Beaufsichtigten finanziert. Bundesgelder werden keine beansprucht. Die FINMA schliesst das Geschäftsjahr 2021 mit einem Gewinn von 12,6 Millionen Franken ab. Dies sind ebenso viele Millionen Franken wie im Vorjahr (+0,0 %). Haupterlös des Rechnungsjahres 2021 bilden die von den Beaufsichtigten erhobenen Aufsichtsabgaben (CHF 120,8 Mio. / 2020: CHF 120,0 Mio.; +0,7 %). Der grösste Aufwandsposten ist der Personalaufwand in Höhe von 104,1 Millionen Franken (2020: CHF 102,6 Mio.; +1,5 %).

Für die Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit muss die FINMA gemäss Art. 16 Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG, SR 956.1) Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden. Die Reserven werden jedes Jahr grundsätzlich im Umfang von 10 Prozent der jährlichen Gesamtkosten je Aufsichtsbereich geäußnet, bis sie den Umfang eines Jahresbudgets erreicht oder wieder erreicht haben. Aufgrund der Entwicklung der Kostensituation der FINMA durch die Umsetzung des FIDLEG und FINIG sowie des Versicherungsaufsichtsgesetzes beträgt die Reserve Ende 2021 noch nicht 100 Prozent des Jahresbudgets, sondern liegt derzeit bei 93 Prozent (d.h. CHF 118,2 Mio.). Es ist deshalb auch im Folgejahr mit einer Zuweisung an die Gesamtreserven zu rechnen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der durchschnittliche Personalbestand der FINMA stieg im Jahr 2021 von 501 auf 519 Vollzeitstellen (+3,6 %). Die gemäss Lohngleichheitsinstrument des Bundes gemessenen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen betragen -0,9 Prozent (2020: -1,9 %) und unterschreiten damit deutlich den maximal erlaubten Toleranzwert von 5,0 Prozent.

Aufrechterhaltungs- und Aufbauziele für die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen sehen namentlich zeitlich gestaffelte, konkrete Richtwerte für eine zukünftige nachhaltig proportionale Geschlechterverteilung in den jeweiligen Kaderstufen vor (zu erreichen, je nach Kaderstufe, per 2022, 2024 und 2026).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die FINMA beteiligt sich aktiv an den Tätigkeiten verschiedener internationaler Gremien im Finanzbereich. Auch hat sie mit verschiedenen Aufsichtsbehörden Vereinbarungen zur Zusammenarbeit abgeschlossen.

Demgegenüber ist die FINMA weder an Kooperationen beteiligt, noch hält sie Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Jahresrechnung wurde von der Revisionsstelle der FINMA, der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), geprüft. Gemäss ihrem Bericht vom 3.3.2022 bestätigt die EFK, dass die Jahresrechnung für das am 31.12.2021 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie «Cashflows» in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem FINMAG entspricht. Auch existiert für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit dem Finanzkontrollgesetz (FKG, SR 614.0) und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrats der FINMA ausgestaltetes internes Kontrollsystem. Die EFK empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Beschlüsse des Bundesrates

Nach Art. 21 Abs. 2 FINMAG finden zwischen dem Bundesrat und der FINMA mindestens einmal im Jahr institutionalisierte Gespräche zur Strategie der Aufsichtstätigkeit sowie zu aktuellen Fragen der Finanzplatzpolitik statt. Die letzte jährliche Aussprache zwischen Bundesrat und FINMA war am 24.11.2021.

Am 20.10.2021 wählte der Bundesrat Alberto Franceschetti sowie Marzio Hug als neue Mitglieder des Verwaltungsrates der FINMA. Sie folgen auf Bernard Keller und Franz Wipfli, die per 31.12.2021 aus dem Verwaltungsrat zurücktraten.

Der Verwaltungsrat der FINMA übertrug Urban Angehrn per 1.11.2021 die Geschäftsleitung der FINMA. Der Bundesrat hatte diese Wahl genehmigt.

Den Geschäftsbericht 2021 der FINMA genehmigte der Bundesrat am 18.3.2022.

D. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Am 26.5.2021 verabschiedete der Bundesrat den Bericht «Eignerstrategie des Bundesrates für die verselbstständigten Einheiten des Bundes».

Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV

Internet: www.serv-ch.com

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Barbara Hayoz (Präsidentin),

Urs Ziswiler (Vizepräsident), Christian Etter,

Caroline Gueissaz, Burkhard Huber, Peter Jenelten,

Christoph Meier, Anne-Sophie Spérisen, Reto Wyss

CEO: Peter Gisler

Ext. Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

2021 konnte die SERV ein positives Unternehmensergebnis von 88,1 Millionen Franken erzielen. Das Volumen der neu abgeschlossenen und zugesagten Geschäfte (Versicherungen VP und Grundsätzliche Versicherungszusagen GV), d.h. das Neuexposure, stieg gegenüber dem Vorjahr von 3,8 auf 4,6 Milliarden Franken. Dies ist insbesondere auf die Zunahme von GVs zurückzuführen. Der Exposurebestand lag Ende 2021 bei 9,9 Milliarden Franken, der Verpflichtungsrahmen von 14 Milliarden war zu 71 Prozent ausgelastet.

Die im Jahr 2020 eingeführten Lockerungen bei den bestehenden SERV-Instrumenten zur Milderung der negativen Folgen von Covid-19 für die Schweizer Exportwirtschaft sind bis Ende 2022 befristet. Dabei handelt es sich um eine befristete Anpassung auf Verordnungsebene der minimalen schweizerischen Wertschöpfungsanforderung für SERV-Versicherungen sowie um die Erhöhung der Deckungssätze für Bondgarantien und Fabrikationskreditversicherungen. Ebenfalls folgt die SERV den Massnahmen der EU-Kommission und hat die aufgehobenen Einschränkungen für kurzfristige Exportkredite in EU-Mitgliedsstaaten sowie weitere Hochinkomensländer bis zum 31.03.2022 verlängert.

In der aktuellen Berichtsperiode stand die SERV weiterhin in regelmässigem Kontakt mit den Organisationen der Zivilgesellschaft, den Privatversicherern sowie den Wirtschaftsverbänden und berücksichtigte soweit möglich ihre Anliegen.

Die SERV erzielte 2021 eine Überdeckung ihrer Eigenwirtschaftlichkeit um 17,8 Millionen Franken. Das Eigenkapital stieg per Ende 2021 auf 2,8 Milliarden Franken.

Im Jahr 2021 stieg der Personalbestand aufgrund der Reorganisation und eines IT-Projektes auf 71,1 Vollzeitäquivalente (VZÄ 2020: 62,9), welcher entsprechend mit Beendigung des IT-Projektes wieder abnehmen wird. Die SERV setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.

Kennzahlen	2021	2020
------------	------	------

Finanzen und Personal

Prämieneträge (Mio. CHF)	79,3	89,8
Reingewinn (Mio. CHF)	88,1	-81,5
Reserven (Mio. CHF) ¹⁾	2 744,2	2 825,7
Eigenwirtschaftlichkeit (Mio. CHF)	17,8	34,0
Personalbestand (Vollzeitstellen)	71,1	62,9

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Exposurebestand (Mio. CHF)	9 923,6	8 970,9
Neuexposure (Mio. CHF)	4 646,6	3 801,5
Neuexposure (Anzahl Policen)	721	722
Schadenzahlungen (Mio. CHF)	109,4	82,7
Schadenaufwand (Mio. CHF)	-5,9	167,9
Kapital (in Mio. CHF)	2 832,3	2 744,2
Technischer Deckungsgrad PK in %	122,4²⁾	118,1
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	104,5²⁾	99,7

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

1) Risikotragendes Kapital, Kernkapital und Ausgleichsreserve

2) Provisorische Zahlen (Schätzungen per 27.01.2022)

Erläuterungen: s. www.serv-ch.com / [Glossar](#)

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Die SERV stellte 2021 insgesamt 721 Grundsätzliche Versicherungszusagen (GV) und Versicherungen bzw. Garantien (VP) aus, das ist eine weniger als im Vorjahr. Das Volumen der total zugesagten Geschäfte, d.h. das Neuexposure, stieg hingegen von 3,8 Milliarden auf

* Strategische Ziele: [Strategische Ziele des Bundesrates für die SERV 2020-2023](#)

4,6 Milliarden Franken. Dieser Anstieg ist primär auf die Ausstellung von einer hohen Anzahl an GVs zurückzuführen. Dies bedeutet, dass die Geschäftspipeline der SERV für das kommende Jahr gut gefüllt ist. Der Exposurebestand ist dementsprechend Ende 2021 mit 9,9 Milliarden höher als ein Jahr zuvor (+ 10,6 Prozent).

Die strategischen Ziele des Bundesrates für die SERV sehen vor, dass die SERV Vorschläge für ihre mittel- bis langfristige Entwicklung erstellt. Mit der Durchführung einer Benchmarking-Analyse im Jahr 2020 hat die SERV den ersten wichtigen Schritt abgeschlossen. Im Berichtsjahr hat sie, basierend auf den strategischen Zielen des Bundesrates und den Erkenntnissen der Benchmark-Studie, eine Unternehmensstrategie bis 2025 erarbeitet und ihre Organisation entsprechend angepasst. Das Hauptziel der Strategie 2025 ist, dass sich die SERV zu einem sog. «Trade Facilitator» weiterentwickelt, indem sie noch gezielter auf Partner und Firmen zugeht, um weltweit Geschäfte zu ermöglichen.

Im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie beschloss der Bundesrat bereits im Jahr 2020 eine bis Ende 2022 befristete Vereinfachung der Wertschöpfungsregeln und den Verzicht auf die Prüfung einer Begründung für die maximal erlaubten Deckungssätze für die Liquiditätsprodukte der SERV (Fabrikationskreditversicherung und Bondgarantie). Die Erfahrungen mit diesen Massnahmen wurden evaluiert und zeigen, dass bei 36 Geschäften mit einem Auftragsvolumen von CHF 472 Mio. sowohl bei den Kundinnen der SERV wie auch bei der SERV selbst der administrative Aufwand und die Zeit bis zur Ausstellung einer Garantie bzw. Versicherung massgeblich gesenkt werden konnte.

Der Bundesrat hat im April 2021 entschieden, den Zugang von Schweizer Unternehmen zu ausländischen Infrastrukturprojekten weiter zu unterstützen und das Schweizer Netzwerk zu stärken. In diesem Rahmen hat die SERV im Berichtsjahr die Zusammenarbeit im Team Switzerland (Verbände, verschiedene Verwaltungseinheiten Bund, Switzerland Global Enterprise (S-GE), Swiss Business Hubs und Botschaften) weiter ausgebaut. Im internationalen Konkurrenzkampf besonders wichtig ist, genügend Visibilität zu erreichen, um frühzeitig Projekte zu identifizieren.

Die SERV bietet Produkte für alle Grössenordnungen von Geschäften und bemüht sich insbesondere, auch für KMU attraktive Lösungen anzubieten. Im Berichtsjahr liegt der KMU Anteil am Kundenstamm bei 77,7 Prozent (2020: 77,5 %).

Die Eidg. Finanzkontrolle (EFK) hat im April 2021 einen Bericht mit verschiedenen Empfehlungen betreffend der Ablösung des IT-Systems Navision publiziert. Im Dezember 2021 hat der SERV-Verwaltungsrat schlussendlich entschieden, die Ablösung nicht weiterzuverfolgen, sondern die vorhandene IT-Lösung zu erneuern. Die EFK-

Empfehlungen wurden umgesetzt oder aufgrund der Neuorientierung hinfällig. Der Aufbau eines KMU-freundlichen Kundenportals wird unter anderem etwas verzögert. Dafür kann die Abhängigkeit von einer ausländischen Lieferfirma reduziert werden, mit welcher sich die Zusammenarbeit gemäss der SERV zunehmend schwieriger gestaltete.

Im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit den aussenpolitischen Grundsätzen und den völkerrechtlichen Verpflichtungen des Bundes prüft die SERV Umwelt-, Sozial-, Menschenrechts-, Entwicklungs- und Korruptionsaspekte der zu versichernden Exportgeschäfte. Im Juni 2021 hat die SERV zudem eine Klimastrategie verabschiedet. Die drei Eckpfeiler der Strategie umfassen den Umgang mit den SERV-eigenen Treibhausgasemissionen, dem Management der Klimarisiken sowie den Beitrag der SERV zur Dekarbonisierung der Wirtschaft. Im Bereich Management der Klimarisiken entwickelt und implementiert die SERV Methoden, um die versicherten Exporte gemäss ihrer Klimawirkung zu klassifizieren und bewerten. Sie baut dabei auf bestehende Regelwerke und Standards. Als Beitrag zur Dekarbonisierung der Wirtschaft fördert die SERV klimafreundliche Projekte und erhöht deren Anteil in ihrem Versicherungsportfolio durch entsprechende Versicherungsprodukte und durch Akquisitionsbemühungen.

Ein jährlich durchgeführter Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft stellt den Einbezug ihrer Anliegen in die Geschäftspolitik der SERV sicher. Als Mitglied der vom SECO geleiteten schweizerischen Delegation, unterstützt die SERV das SECO bei den Verhandlungen der relevanten, internationalen Standards im Bereich Exportkreditfinanzierungen. Die wichtigste Entwicklung in diesem Bereich war 2021 die Einigung auf ein Verbot der Unterstützung neuer Kohlekraftwerke. Ausserdem ist die SERV an den Umschuldungsverhandlungen des Pariser Clubs und der anschliessenden Umsetzung der Abkommen massgeblich beteiligt. Infolge u.a. der Covid-Krise wurden im Pariser Club im 2021 auch SERV-Forderungen gegenüber staatlichen Schuldern gestundet. Mehrere Schuldenrestrukturierungen, welche SERV-Forderungen betreffen, sind zudem im Gange.

2. Finanzielle Ziele

2021 konnte die SERV wieder ein positives Unternehmensergebnis von 88,1 Millionen Franken erzielen und damit den Verlust vom Vorjahr (-81,5 Mio.) wettmachen. Diese Entwicklung veranschaulicht die hohe Volatilität in der Erfolgsrechnung der SERV. Eine stetigere Betrachtung bietet die Eigenwirtschaftlichkeit. Diese bleibt auch im 2021 gewährleistet – sie weist eine Überdeckung von 17,8 Millionen Franken aus. Im 5-Jahresdurchschnitt erreicht die SERV eine deutliche Überdeckung von 28,4 Millionen Franken.

Im Berichtsjahr konnte die SERV einen Prämienerslös von 83,5 Millionen Franken erzielen, dies sind 11,9 Millionen mehr als im Vorjahr. Demgegenüber steht ein Versicherungsaufwand von 17,6 Millionen Franken (2020: 156,0 Mio.). Dies führt zu einem positiven Versicherungserfolg und trägt massgeblich zum Unternehmensgewinn bei.

Die SERV überprüft regelmässig ihre freien Risikokapazitäten in Bezug auf das risikotragende Kapital sowie die Ausnutzung des Verpflichtungsrahmens. Der Verpflichtungsrahmen von 14 Milliarden Franken ist am Jahresende 2021 zu 71 Prozent ausgenutzt (2020: 73 %). Aufgrund der Initiative die den Zugang für Schweizer Firmen zu ausländischen Infrastrukturgrossprojekten fördern möchte, dürfte die Ausnutzung des Verpflichtungsrahmens inskünftig, tendenziell ansteigen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Im Verlauf des letzten Jahres stieg der Personalbestand von 62,9 auf 71,1 Vollzeitäquivalente an. Es wurden mehrere Stellen für die Abteilung Technologie & Qualitätsmanagement, sowie je eine Stelle für die Öffentlichkeitsarbeit, das Risikomanagement und die Risikoanalyse geschaffen. Die Geschäftsleitung wurde um die Position des Chief Operating Officer erweitert. Ebenfalls vergrössert wurde das IT Projektteam, welches für die mittelfristige Einführung einer neuen «Business Software» verantwortlich ist. Diese Massnahmen führten zu einem temporären Aufbau des Personalbestandes, welcher entsprechend mit Beendigung des Projektes im IT-Bereich wieder abnehmen wird.

Anfang 2021 hat die SERV einen neuen Standort in Zürich bezogen, der ihren Bedürfnissen besser gerecht wird.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die Zusammenarbeit der SERV mit S-GE und weiteren Partnern wurde auch in diesem Jahr stetig weiterentwickelt. Insbesondere im Rahmen der Förderung von ausländischen Infrastrukturprojekten wurde die Kooperation gezielt koordiniert und weiter ausgebaut.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung (bestehend aus Erfolgsrechnung, Bilanz, Geldflussrechnung, Erfolgsrechnung nach Sparten, Bilanz nach Sparten und Anhang) sowie den Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis der SERV für das Geschäftsjahr 2021 geprüft.

C. Anträge an den Bundesrat

Dem Bundesrat wurden der Geschäftsbericht 2021 der SERV einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung und der Bericht des Verwaltungsrates der SERV betreffend die Erreichung der strategischen Ziele 2021 sowie der Bericht der Revisionsstelle vom 23. Februar 2022 zur Kenntnisnahme unterbreitet. Des Weiteren wurde dem Bundesrat die Bestätigung der Revisionsstelle vorgelegt.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat die ihm gemäss Buchstabe C. unterbreiteten Berichte am 6. April 2022 genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen und den Mitgliedern des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Swisscom

Internet: www.swisscom.ch

Sitz: Ittigen

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: Schweizer Börse SIX

Bundesbeteiligung: 51%

Verwaltungsrat: Michael Rechsteiner, Barbara Frei, Frank Esser, Anna Mossberg, Roland Abt, Sandra Lathion-Zweifel (Personalvertreterin), Alain Carrupt (Personalvertreter), Renzo Simoni (Staatsvertreter), Guus Dekkers

CEO: Urs Schaeppi

Ext. Revisionsstelle: PriceWaterhouseCoopers AG

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Im Geschäftsjahr 2021 hat Swisscom die strategischen Ziele des Bundesrates *insgesamt erreicht*.

Im Schweizer Kerngeschäft (Breitband, Mobilfunk, TV) verteidigte Swisscom ihre führende Marktposition. Die Kundenzufriedenheit lag über dem Branchendurchschnitt. Im IT-Lösungsgeschäft gehörte Swisscom zu den stärksten Anbietern auf dem hart umkämpften Schweizer Markt. Die Covid-19-Pandemie hat sich im Berichtsjahr nicht negativ auf das Geschäftsergebnis ausgewirkt.

Der Umsatz blieb stabil. Gleichzeitig hat der Reingewinn um 2,2 Prozent zugenommen. Gemessen an der Börsenkapitalisierung stieg der Unternehmenswert um 7,9 Prozent. Mit der unveränderten Dividende von 22 Franken je Aktie resultierte eine Gesamtrendite von 12,5 Prozent. Die Auflagen der Grundversorgungskonzession erfüllte Swisscom ohne Abgeltung.

Swisscom investierte in der Schweiz rund 1,6 Milliarden Franken in die Modernisierung und Erweiterung der Infrastruktur. Per Ende 2021 verfügten 88 Prozent (Vorjahr: 82 %) aller Haushalte und Geschäfte über eine für heutige Anwendungen gut ausreichende Bandbreite von 80 Mbit/s. Bandbreiten von mehr als 200 MBit/s standen 72 Prozent der Haushalte und Geschäfte zur Verfügung. 99 Prozent der Bevölkerung hatten Zugang zum 5G-Netz, davon konnten 62 Prozent von der leistungsfähigeren Technologievariante 5G+ profitieren.

In Italien entwickelte sich die Tochtergesellschaft Fastweb positiv. Umsatz und operatives Ergebnis vor Abschreibungen nahmen weiter zu. Gleichzeitig konnte Fastweb das Ultrabreitband und Mobilfunknetz weiter ausbauen. Fastweb finanzierte alle Investitionen aus eigenen Mitteln.

Swisscom ist ein beliebter Arbeitgeber mit einer fortschrittlichen, sozial verantwortlichen Personalpolitik. Die Arbeitszufriedenheit ist hoch. 2021 nahm die Zahl der Beschäftigten um 0,8 Prozent ab (in der Schweiz um 1%). In der Schweiz beschäftigt die Swisscom am Bilanzstichtag 15 882 Vollzeitangestellte. Der Stellenabbau wurde unter engem Einbezug der Sozialpartner in vorausschauender und verantwortungsvoller Weise abgewickelt.

Die im Berichtsjahr aufgetretenen Netzausfälle, insbesondere die Ausfälle der Notrufdienste, sind aus Sicht des Bundesrates nicht akzeptabel. Die Swisscom hat die bereits im Jahr 2020 getroffenen Massnahmen intensiviert und neue Massnahmen ergriffen. Swisscom und Bundesrat räumen diesem Thema höchste Priorität ein.

Kennzahlen	2021	2020
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	11 183	11 100
Reingewinn (Mio. CHF)	1 833	1 528
Bilanzsumme (Mio. CHF)	24 801	24 262
Eigenkapitalquote in %	43,6	39,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	18 905	19 062

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Aktienkurs am 31. Dezember (CHF)	514,60	477,10
Dividende (CHF pro Aktie)	22	22
Gesamtrendite (%)	12,9	-2,6
Nettoverschuldung ²⁾ (Mio. CHF)	7 706	8 206
Technischer Deckungsgrad PK in %	120%	112%
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	n.a.	n.a.

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Inklusive Leasingverbindlichkeiten

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Swisscom ist betriebswirtschaftlich geführt, wettbewerbsfähig und kundenorientiert Errungenschaft.

Swisscom hat im Geschäftsjahr 2021 ihre Stellung als führendes ICT-Unternehmen in der Schweiz erfolgreich verteidigt. Der Marktanteil im weitgehend gesättigten Kerngeschäft (Breitband, Mobilfunk) sowie im TV-Bereich blieb auf hohem Niveau stabil.

Swisscom ist bestrebt, sich im Markt durch das beste Netz und den besten Service zu differenzieren. Die über dem

* Strategische Ziele: www.uvek.admin.ch > Das UVEK > Bundesnahe Betriebe > Zielvorgaben und Zielerreichung

Branchendurchschnitt liegende Kundenzufriedenheit bestätigt, dass diese Qualitätsstrategie auf Resonanz stösst. Immer mehr Kundinnen und Kunden nutzen gebündelte Angebote («inOne»-Angebote). Um die eher preissensitive Kundschaft zu erreichen, setzt Swisscom verstärkt auf Zweit- und Drittmarken (Wingo, M-Budget-Mobile, coop-mobile).

Fastweb schafft langfristig einen positiven Wertbeitrag.

Die Tochtergesellschaft Fastweb entwickelte sich ungeachtet des harten Wettbewerbs in Italien positiv. Kundenbasis, Umsatz und Ergebnis konnten gesteigert werden. Die Nachfrage nach Ultrabreitbandanschlüssen nimmt zu. Breitband- und Mobilfunknetz wurden weiter ausgebaut und die Abhängigkeit von Wholesale-Angeboten reduziert. Fastweb finanzierte alle Investitionen aus eigenen Mitteln und generierte darüber hinaus einen positiven operativen Free Cash-Flow von 171 Millionen Euro zugunsten des Konzerns (2020: 145 Mio. EUR). Entsprechend schuf Fastweb einen Wertbeitrag zugunsten der Aktionäre.

Swisscom baut und betreibt eine zukunftsgerichtete Netz- und Informatikinfrastruktur unter Berücksichtigung der Marktbedürfnisse, der technologischen Entwicklung und der Sicherheit.

In der Schweiz investierte Swisscom rund 1,6 Milliarden Franken in Ausbau und Modernisierung der Netz- und IT-Infrastruktur. Ein Schwerpunkt bildete Ultrabreitbandausbau. Per Ende 2021 verfügten 88 Prozent aller Haushalte und Geschäfte über eine für heutige Anwendungen gut ausreichende Bandbreite von 80 Mbit/s; 72 Prozent der Haushalte und Geschäfte konnten bereits Bandbreiten von mehr als 200 Mbit/s nutzen. Das ist eine deutliche Zunahme gegenüber dem Vorjahr. Swisscom nimmt damit im internationalen Vergleich weiterhin eine Spitzenstellung ein. Die Ausbauziele im Mobilfunk konnten ebenfalls erreicht werden. Ende 2021 deckte das Swisscom-Mobilfunknetz 99 Prozent der Bevölkerung mit 4G- und 5G-Diensten ab. Rund 62 Prozent der Bevölkerung konnten bereits von der leistungsfähigeren Technologievariante 5G+ profitieren.

Swisscom wahrte das Fernmeldegeheimnis und erfüllte die Bestimmungen der Datenschutzgesetzgebung. Die Vorkehrungen zum Schutz der Infrastruktur vor physischen und logischen Angriffen sowie vor Grossereignissen (z.B. Flugzeugabstürze) entsprechen dem neuesten Stand.

Die im Berichtsjahr aufgetretenen Netzausfälle, insbesondere die Ausfälle der Notrufdienste, sind aus Sicht des Bundesrates nicht akzeptabel. Swisscom hat 2020 umfassende Massnahmen getroffen, um die Netzstabilität weiter zu optimieren. Nach der Analyse der Ursachen für die Störungen wurden diese Massnahmen im Berichtsjahr weiter intensiviert und mit zusätzlichen Massnahmen ergänzt. Die Massnahmen zeigen Wirkung. Die Kennzahlen für die Netzqualität haben sich im Berichtsjahr weiter verbessert. Allerdings war die Häufigkeit grosser Netzstörungen, die auch die Er-

reichbarkeit der Blaulichtorganisationen schwer beeinträchtigten, nach wie vor inakzeptabel hoch. Die Swisscom und der Bundesrat räumen diesem Thema höchste Priorität ein.

Swisscom stellt die Grundversorgung sicher und setzt die Zugangsregulierung im Interesse eines fairen Wettbewerbs um.

Als Inhaberin der Grundversorgungskonzession im Fernmeldebereich erbrachte Swisscom den Service Public gemäss den Qualitätskriterien des Fernmelderechts und ohne finanzielle Abgeltungen. Die minimale garantierte Datenübertragungsrate betrug 10 Mbit/s.

Swisscom kam auch im Berichtsjahr 2021 ihrer Verpflichtung nach, anderen Telekommunikationsunternehmen den diskriminierungsfreien Zugang zu ihrem regulierten Netz zu gewähren. Die Höhe der verrechneten Preise wird von Mitbewerbern teils in Rechtsverfahren bestritten. Zudem läuft ein Verfahren der Wettbewerbskommission (WEKO) gegen die Bauweise des Glasfasernetzes. Swisscom strebt eine einvernehmliche Lösung mit der WEKO an und hat der WEKO einen Lösungsvorschlag unterbreitet.

Swisscom verfügt über ein angemessenes Risikomanagement-System.

Die Beurteilung erfolgt einmal pro Strategieperiode. Das letzte Mal im Berichtsjahr 2020.

2. Finanzielle Ziele

Swisscom steigert langfristig den Unternehmenswert und betreibt eine stetige Dividendenpolitik

Kurs und Gesamtrendite der Swisscom-Aktie haben sich im Berichtsjahr positiv entwickelt. Entsprechend stieg der Unternehmenswert gemessen an der Börsenkapitalisierung um 2 Milliarden Franken auf 26,7 Milliarden Franken (Stichtag: 31. Dezember 2021). Die Dividende beträgt unverändert 22 Franken pro Aktie. Gegenüber den im SMI gelisteten Schweizer Unternehmen und im Vergleich zu anderen Telekommunikationsunternehmen in Europa schnitt Swisscom unterdurchschnittlich ab.

Swisscom strebt eine Nettoverschuldung von höchstens 2,1 x EBITDA (nach Leasingaufwand) an.

Das Verhältnis Nettoverschuldung zu EBITDA beträgt 1,4 (Vorjahr 1,5). Das Kredit-Rating lag unverändert im Single-A-Bereich (Standard & Poors: A; Moody's: A2).

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Swisscom verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik und tritt als attraktive Arbeitgeberin auf.

Swisscom ist eine attraktive Arbeitgeberin mit einer fortschrittlichen, sozial verantwortlichen Personalpolitik. Die Arbeitszufriedenheit ist im Branchenvergleich überdurchschnittlich. Mit den Sozialpartnern wird ein konstruktiver Dialog gepflegt. Swisscom investiert viel in die permanente

Weiterbildung von Mitarbeitenden und Kadern. Die Mehrzahl der ausgeschriebenen Kaderstellen wird intern besetzt.

Die Swisscom beschäftigt rund 18 905 Mitarbeitenden, 0,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Personalbestand in der Schweiz ging um 1 Prozent zurück auf 15 882 Vollzeitstellen. Das ist eine Folge der Anstrengungen die sinkenden Umsätze im Kerngeschäft mit Effizienzsteigerungen aufzufangen. Dank einer vorausschauenden Planung erfolgte der Grossteil des Stellenabbaus über die natürliche Fluktuation. 93 Prozent der vom Stellenabbau betroffenen Mitarbeitenden, die den vergleichsweise grosszügig ausgestalteten Sozialplan in Anspruch nahmen, fanden noch vor dessen Ablauf eine Anschlusslösung.

Im Berichtsjahr ist es der Swisscom nicht gelungen den Anteil der Frauen an der Belegschaft weiter zu steigern. Er sank um 0,5 Prozentpunkte auf 24 Prozent. Die Frauenquote im Talent-Managementprogramm konnte dagegen leicht gesteigert werden auf 33 Prozent. Ebenso hat der Anteil der Frauen im Management leicht zugenommen. Swisscom hat in jedem Geschäftsbereich konkrete Massnahmen definiert, um den Frauenanteil schrittweise zu erhöhen. Das Ziel, ein Prozent der Belegschaft in speziell für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen konzipierte Arbeitsprozesse zu integrieren, wurde erreicht. (2020: 1,06 Prozent; 2019: 0,97 Prozent).

Swisscom ist bei Weitem die grösste Auszubildnerin von ICT-Fachkräften in der Schweiz. Zusammen mit der Tochtergesellschaft Cablex stellt Swisscom rund 950 Lehrstellen zur Verfügung. Im Berichtsjahr schlossen 278 Jugendliche ihre Lehre bei Swisscom ab. Die Erfolgsquote betrug 98 Prozent.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Swisscom geht Kooperationen nur ein, wenn sie zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswerts beitragen, führungsmässig gut betreut werden können und dem Risikoaspekt genügend Rechnung tragen.

Swisscom hält ein vielfältiges Portfolio von kleineren und grösseren in- und ausländischen Beteiligungen, die einerseits das angestammte Kerngeschäft unterstützen und andererseits selektiv neue Geschäftsfelder erschliessen. Swisscom besitzt keine Beteiligungen an ausländischen Telekommunikationsgesellschaften mit Grundversorgungsauftrag.

Im Berichtsjahr hat Swisscom ihre Position im IT-Lösungsgeschäft mit der Akquisition der Agentur «JLS Digital», der Webtiser AG und der Deutschschweizer Gesellschaften der der MTF-Gruppe gestärkt. Fastweb hat sich an der italienischen Netzgesellschaft «FiberCop» beteiligt und damit die Position im italienischen Breitbandmarkt gestärkt. Verkauft hat Swisscom Beteiligungen, die nicht mehr zu strategischen Ausrichtung von Swisscom passten. Dazu zählt die Beteiligungen an der Belgacom International Carrier Services AG, an local.fr SA sowie an Medgate.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (PwC) bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Swisscom AG für das Geschäftsjahr 2021 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelndes Bild der Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Liquiditätsslage des Unternehmens vermittelt.

C. Anträge an Generalversammlung

Die Aktionärsrechte des Bundes werden durch das UVEK und das EFD gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Swisscom AG findet am 30. März 2022 statt. Der Verwaltungsrat hatte der Generalversammlung beantragt:

1. den Lagebericht, die Konzernrechnung und die Jahresrechnung der Swisscom AG für das Geschäftsjahr 2021 zu genehmigen;
2. den Vergütungsbericht 2021 im Rahmen einer Konsultativabstimmung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen;
3. eine Dividende von 22 Franken pro Aktie auszuschütten;
4. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung zu erteilen;
5. Michael Rechsteiner als Präsident des Verwaltungsrats, sowie Barbara Frei, Frank Esser, Roland Abt, Anna Mossberg, Alain Carrupt, Sandra Lathion-Zweifel und Guus Dekkers als Verwaltungsrat wiederzuwählen;
6. Barbara Frei, Roland Abt, Frank Esser und Renzo Simoni (Staatsvertreter; siehe Abschnitt D.) und Michael Rechsteiner (als Mitglied ohne Stimmrecht) in den Vergütungsausschuss wiederzuwählen;
7. einen maximalen Gesamtbetrag der Vergütungen im Geschäftsjahr 2023 von 2,5 Millionen Franken für die Mitglieder des Verwaltungsrats und von 8,7 Millionen Franken für die Mitglieder der Konzernleitung zu genehmigen;
8. die Anwaltskanzlei Reber Rechtsanwälte, Zürich, als unabhängigen Stimmrechtsvertreter wiederzuwählen;
9. PriceWaterhouseCoopers AG, Zürich, für das Geschäftsjahr 2022 als Revisionsstelle wiederzuwählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat beauftragte am 19. März 2022 das UVEK und das EFD, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Swisscom AG zuzustimmen.

Der Bundesrat ordnete gleichzeitig Renzo Simoni für die Amtsdauer von einem Jahr als Staatsvertreter in den Verwaltungsrat von Swisscom AG ab.

SBB

Internet: www.sbb.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Monika Ribar (Präsidentin), Pierre-Alain Urech (Vizepräsident), Fabio Pedrina (Personalvertreter), Daniel Trolliet (Personalvertreter), Alexandra Post Quillet, Georg Kasperkovitz, Beat Schwab, Véronique Gigon, Andreas R. Herzog

CEO: Vincent Ducrot

Externe Revisionsstelle: Deloitte, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Im Jahr 2021 hat die SBB die strategischen Ziele des Bundesrates *teilweise erreicht*.

Die Covid-19-Pandemie prägte das Geschäft der SBB auch 2021. Die Nachfrage nach Transportleistungen und die Frequenzen in den Bahnhöfen erholten sich nach dem Tiefstand zu Beginn des Jahres im dritten und vierten Quartal etwas, verharren aber insgesamt auf einem tieferen Niveau als vor dem Ausbruch der Pandemie. Dies schlug sich auch in den Zahlen nieder. Insgesamt resultierte für 2021 auf Stufe Konzern ein Verlust von -325 Millionen (Vorjahr -617 Mio.). Der Hauptteil des Konzernverlustes ergab sich aus dem Ertragseinbruch beim Personenfernverkehr. Bei den abgeltungsberechtigten Bereichen Regionalverkehr und Infrastruktur sowie beim Güterverkehr konnten die Ausfälle dank zusätzlicher Unterstützungsmittel der öffentlichen Hand von insgesamt 330 Millionen abgedeckt werden. Gute Ergebnisse erzielte SBB Immobilien. Die Nettoverschuldung erreichte das 13,7-fache des EBITDA (Vorjahr 21,6). Namentlich die COVID-bedingt tiefen Personenverkehrserträge, die steigenden Aufwendungen sowie die weiterhin hohe Investitionstätigkeit führten dazu, dass die vom Eigner definierte Obergrenze von 6,5 x EBITDA erneut deutlich überschritten wurde. Der Bundesrat hat am 17. Dezember 2021 ein Massnahmenpaket zur nachhaltigen finanziellen Stabilisierung der SBB verabschiedet. Ziel des Pakets ist, die Rentabilität der SBB zu stärken und die Ziele zur Schuldenobergrenze mittelfristig einzuhalten.

Die Stabilität des Bahnbetriebs zeigte einen positiven Trend. Der Rückgang der Passagiere infolge der Pandemie sowie betriebsinterne Verbesserungsmaßnahmen (u.a. Anpassung von Abfahrtszeiten, Baustellenplanung) führten zu einem stabileren Betrieb als vor der Pandemie. Beim Lokpersonal und Rollmaterial waren weiterhin Engpässe spürbar. Gleichzeitig zeigten die Massnahmen zur Verbesserung von Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit der neuen Fernverkehrs-Doppelstockzüge Wirkung. Die Kundenzufriedenheit war gut; die Pünktlichkeit hat leicht abgenommen, lag aber weiterhin in einem guten Bereich.

Die personellen Ziele wurden erreicht. Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Im Mai 2021 schloss die SBB die Verhandlungen mit den Sozialpartnern zur Weiterentwicklung des Lohnsystems ab. Bei der Personalszufriedenheit setzt sich die Trendwende fort: In dieser herausfordernden Zeit stieg die Zufriedenheit der Mitarbeitenden gegenüber 2020 um 1 Punkt auf 71 Punkte. Das Vertrauen in die Konzernleitung nahm um 4 auf 61 Punkte ebenfalls zu. Der Deckungsgrad der Pensionskasse stieg 2021 wegen der guten Anlagerendite von 108,5% auf 112,4%.

Die SBB konnte ihre Kooperationen festigen. Zu erwähnen sind die Zukäufe aller Aktienanteile an Securitrans AG sowie an den Kraftwerken Amsteg AG und Wassen AG. Im Personenverkehr setzte die SBB die Zusammenarbeit mit anderen Bahnen fort.

Kennzahlen	2021	2020
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	9 870	9 216
Konzernergebnis (Mio. CHF)	-325	-617
Bilanzsumme (Mio. CHF)	52 058	51 335
Eigenkapitalquote in %	24,0	25,0
Personalbestand (Vollzeitstellen)	33 943	33 498

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Personalszufriedenheit (Punkte, max. 100)	71	70
Beförderte Personen (Mio. pro Tag)	0,88	0,84
Kundenpünktlichkeit (%)	92,6	93,4
Ergebnis Personenverkehr (Mio. CHF)	-495	-669
Ergebnis Güterverkehr (Mio. CHF)	17,5	-26,4
Technischer Deckungsgrad PK in %	112,4	108,5
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	100,0	90,6

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2 805	2 711
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Abgeltungen und Investitionsbeiträge des Bundes für Infrastruktur, Regional-/Güterverkehr sowie für Behindertengleichstellungsgesetz

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Personenverkehr: Entwicklung von attraktiven, sicheren, pünktlichen und qualitativ hochwertige Mobilitätslösungen; Förderung des öffentlichen Verkehrs, Erstellung eines marktorientierten Angebots.

Wie 2020 verblieben die Auslastung und die zurückgelegten Personenkilometer auf tiefem Niveau, und entsprechend auch die Anzahl Störungen und Verspätungen. Die Verlässlichkeit des Bahnbetriebs verbesserte sich. Mit der

* Strategische Ziele: www.uvek.admin.ch > Das UVEK > Bundesnahe Betriebe > Zielvorgaben und Zielerreichung

zunehmenden Rückkehr der Kunden sowie aufgrund von betrieblichen Schwierigkeiten wie Engpässen bei Rollmaterial und Personal, insbesondere in der Westschweiz, wurde der Trend ab Jahresmitte wieder leicht negativ. Zur allgemeinen Stabilisierung des Bahnbetriebs beigetragen haben die bessere Planung und Verteilung der Baustellen, die forcierte Rekrutierung und Ausbildung von Lokpersonal sowie die höhere Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit der neuen Fernverkehrs-Doppelstockzüge.

Die Nachfrage im Personenverkehr war auch 2021 stark von der Pandemie geprägt. Nach einem Tiefstand zu Beginn des Jahres war für das dritte und vierte Quartal eine Erholung zu verzeichnen. Insgesamt waren 2021 täglich 885'000 Passagiere unterwegs. Das sind 4,9% mehr als im Vorjahr, aber immer noch 33,1% weniger als vor der Pandemie. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Verkehrsleistungen im Personenverkehr an: Fernverkehr 7,9 Prozent, Regionalverkehr 4,5 Prozent und internationaler Verkehr 21,4 Prozent.

Güterverkehr Schweiz: Marktorientiertes, eigenwirtschaftliches Angebot.

Die Sparte Güterverkehr verzeichnete einen Gewinn von 17,5 Millionen (Vorjahr -26,4 Mio.), der vor allem auf das gute Ergebnis von SBB Cargo International zurückzuführen ist. Der Geschäftsbereich Schweiz erzielte jedoch bei tiefer Verkehrsleistung nur dank Covid-19-Unterstützungsmitteln des Bundes von insgesamt 41 Millionen ein knapp ausgeglichenes Ergebnis von 1,1 Millionen (Vorjahr -34,7 Mio.). Bei SBB Cargo International stiegen sowohl die Verkehrsleistung wie das Ergebnis (19,5 Mio.; Vorjahr 4,6 Mio.).

Immobilien: Weiterentwicklung der Bahnhöfe zu attraktiven Mobilitätsdrehscheiben; Partizipation an Wertsteigerungen.

Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien. Zusammen mit den lokalen und kantonalen Behörden werden die Bahnhöfe und deren Umgebung weiterentwickelt. Die Kundenzufriedenheit an den Bahnhöfen ist weiterhin auf hohem Niveau, jedoch tiefer als im Vorjahr (2021: 78,1; 2020: 80,5). Die SBB setzt den Schwerpunkt bei der Immobilienentwicklung vermehrt im Wohnbereich. Dabei unterstützt sie auch preisgünstiges Wohnen: Bis 2037 soll neu knapp die Hälfte (bisher ein Drittel) der Wohnungen auf SBB Arealen preisgünstig angeboten werden. SBB Immobilien erzielte einen positiven Beitrag an das Konzernergebnis (vor Ausgleichszahlungen 2021: CHF 274 Mio.; 2020: CHF 244 Mio.).

Infrastruktur: Diskriminierungsfreies Trassenmanagement, effiziente Betriebsführung, kundenfreundliche Bahnzüge; optimale Nutzung der Netzkapazitäten. Erhalt des Netz- und Anlagezustandes langfristig auf qualitativ hohen Stand.

Der Gesamtzustand der Infrastrukturanlagen wird im Netzzustandsbericht 2021 als «gut» bewertet. Der abgeltungsberechtigte Bereich Infrastruktur Netz erzielte einen Gewinn von 25 Millionen (Vorjahr -64 Mio.): hier kompensierten die Mittel aus dem Covid-Unterstützungspaket (121 Mio.) die Mindererträge bei den Trassengebühren. Das positive Ergebnis resultierte v.a. aus dem Nebengeschäft und tieferen Kosten. Das positive Ergebnis von Infrastruktur

Netz wird mit der Reserve gemäss Eisenbahngesetz verrechnet, welche nun 4 Mio. CHF beträgt. Der Geschäftsbereich Infrastruktur Energie erzielte ein Ergebnis von 35 Millionen (2020: 18 Mio.).

Pünktlichkeit

Die Pünktlichkeit war trotz saisonaler und regionaler Schwankungen gut. Im Personenverkehr erreichten 92,6 Prozent aller Reisenden ihr Ziel mit weniger als drei Minuten Verspätung (Vorjahr 93,4 %). Im Güterverkehr fielen sowohl die Sendungspünktlichkeit im Einzelwagenladungsverkehr um 2,5 Prozent auf 91,0 Prozent wie auch die Ankunftspünktlichkeit der Transit-Güterzüge (<60 Minuten Verspätung bei den Kunden von SBB Cargo International) um 5,5 Prozent auf 78,5 Prozent.

Kundenzufriedenheit

Die Kundenzufriedenheit beim Personen- und Güterverkehr hat sich verbessert. Der Gesamtindex stieg von 74,0 auf 75,3 Punkte.

Sicherheit

Der Gesamtindex zur Bestimmung des Sicherheitsniveaus war schlechter als im Vorjahr. Bei allen drei Unfallkategorien (Berufs-, Rangier- und Zugunfälle) nahm die Anzahl Ereignisse zu. Bei den Umweltzielen (Energie- und CO₂-Reduktion pro Personenkilometer bzw. Nettotonnenkilometer) resultierten 2021 insgesamt nur geringe Fortschritte, was insbesondere auf die tiefere Auslastung der Züge wegen der Pandemie zurückzuführen ist. Die Ziele zum Unternehmensrisikomanagement (Orientierung an Norm ISO 31000) konnten erreicht werden.

2. Finanzielle Ziele

Langfristige Sicherung und Steigerung des Unternehmenswertes; branchenübliche Ergebnisse.

Die Pandemie belastete das finanzielle Ergebnis der SBB auch 2021. Insgesamt resultierte ein Jahresergebnis von -325 Millionen (Vorjahr -617 Mio.). Der Hauptteil des Konzernverlustes resultierte aus dem Ertrageinbruch beim Personenfernverkehr. Bei den abgeltungsberechtigten Bereichen Regionalverkehr und Infrastruktur sowie beim Güterverkehr konnten die Ausfälle dank zusätzlicher Unterstützungsmitteln der öffentlichen Hand von insgesamt 330 Millionen zu wesentlichen Teilen abgedeckt werden. Gute Ergebnisse erzielte SBB Immobilien: vom Gewinn von 274 Millionen fliessen 150 Millionen als Ausgleichszahlung an die Infrastruktur und 114 Millionen wurden zur Rückzahlung von Darlehen aus der Pensionskassensanierung und der Pensionskassenstabilisierung eingesetzt.

Nettoverschuldung von höchstens 6,5 x EBITDA

Der Bundesrat erwartet eine Begrenzung der verzinslichen Nettoverschuldung auf das 6,5-fache des EBITDA, wobei zeitweise Überschreitungen zulässig sind. Die verzinsliche Nettoverschuldung stieg um 720 Mio. auf 11'099 Millionen, was dem 13,7-fachem (Vorjahr 21,6) des – gegenüber 2020 um 326 Millionen verbesserten – EBITDA entspricht. Insbe-

sondere die Pandemie-bedingt tiefen Personenverkehrserträge sowie die weiterhin hohe Investitionstätigkeit führten dazu, dass die vom Eigner definierte Obergrenze erneut deutlich überschritten wurde. Der Bundesrat hat am 17. Dezember 2021 ein Massnahmenpaket zur nachhaltigen finanziellen Stabilisierung des Unternehmens verabschiedet. Ziel des Pakets ist, die Rentabilität der SBB zu stärken und die Ziele zur Verschuldungsobergrenze mittelfristig einzuhalten.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Fortschrittliche, sozialverantwortliche Personalpolitik; attraktive Arbeitgeberin; zeitgemässe berufliche Grundbildung; nachhaltige Aus- und Weiterbildung.

Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Der Personalbestand nahm um 444 (1,3 %) auf 33'943 Vollzeitstellen zu. Der Frauenanteil insgesamt sowie im Kader hat leicht zugenommen (von 18,4 auf 18,8% bzw. von 14,3 auf 15,0%). Insgesamt absolvierten 1'392 Lernende (4,9 % des Mitarbeiterbestandes) eine Ausbildung bei der SBB. Die SBB fördert mit besonderen Programmen die berufliche Wiedereingliederung sowie die Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Mitarbeitenden und setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Im Bereich Gesundheit konzentrierte sie sich darauf, ihre Angestellten auch während der Pandemie gesund zu halten und die Schutzvorgaben des Bundes umzusetzen. Die SBB toleriert weder Diskriminierungen noch Belästigungen sexueller oder persönlicher Natur oder Mobbing von Mitarbeitenden, Kunden oder Geschäftspartnern aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der Religion, des Alters, der Herkunft, der sexuellen Orientierung, von Behinderungen oder politisch/gewerkschaftlichen Betätigungen.

Bei der SBB gilt das Prinzip, gleiche Löhne für gleichwertige Aufgaben und Leistungen zu bezahlen. Anhand des Lohnvergleichsinstruments des Bundes (Logib) untersucht die SBB periodisch die Lohnstruktur auf Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die Lohndifferenz zu Ungunsten der Frauen betrug 0,6 Prozent und lag damit deutlich unterhalb der Toleranzschwelle von 5 Prozent.

Bei der Personalfriedenheit setzte sich die Trendwende fort: In dieser herausfordernden Zeit stieg die Zufriedenheit der Mitarbeitenden auf eine Skala von 1 – 100 gegenüber dem Vorjahr um 1 Punkt auf 71 Punkte. Auch das Vertrauen in die Konzernleitung nahm um 4 Punkte auf 61 Punkte zu.

Der Deckungsgrad der Pensionskasse SBB stieg im Berichtsjahr aufgrund der guten Anlagerendite auf 112,4 Prozent (Vorjahr 108,5 %).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die SBB konnte ihre Kooperationen festigen. Zu erwähnen sind die Zukäufe aller Aktienanteile an Securitrans AG sowie an den Kraftwerken Amsteg AG und Wassen AG. Im Personenverkehr hat die SBB die Zusammenarbeit mit anderen Bahnen fortgesetzt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Deloitte) empfiehlt der Generalversammlung, die Jahres- und Konzernrechnung 2021 zu genehmigen. Sie gelangt zum Schluss, dass die Konzernrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht.

C. Anträge an Generalversammlung

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 7. Juni 1999 über die Statuten der SBB werden die Aktionärsrechte des Bundes durch die Vorsteher des EFD und des UVEK gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der SBB findet am 27. April 2022 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragt,

1. den maximalen Betrag der Gesamtentschädigung für das Jahr 2023 des Verwaltungsrates SBB von 1'108'872 CHF (inkl. VRP), der Verwaltungsratspräsidentin (VRP) SBB von 295'857 CHF sowie der Konzernleitung SBB von 5'717'940 CHF zu genehmigen;
2. die Verwendung der von der Generalversammlung 2020 für das Geschäftsjahr 2021 genehmigten Höchstbeträge zur Kenntnis zu nehmen;
3. den Lagebericht, die Konzernrechnung und die Jahresrechnung SBB AG zu genehmigen und die Berichte der Revisionsstelle zur Konzernrechnung SBB und Jahresrechnung SBB AG sowie den umfassenden Bericht der Revisionsstelle an den Verwaltungsrat gemäss Art. 728b OR zur Kenntnis zu nehmen.
4. den Bilanzverlust per 31. Dezember 2021 wie folgt auszugleichen: Jahresverlust -351,7 Mio.; Gewinnvortrag Vorjahr 123,3 Mio.; Reservezuweisung gemäss Art. 67 EBG für Infrastruktur und Systemführerschaft Bahnstrom -26,2 Mio.; Reserveentnahme gemäss Art. 36 PBG für Regionaler Personenverkehr 55,2 Mio.; Verrechnung mit freiwilliger Gewinnreserve 400,0 Mio.; Vortrag auf neue Rechnung 200,6 Mio.);
5. den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2021, abgeschlossen per 31. Dezember 2021, Entlastung zu erteilen;
6. Monika Ribar (Verwaltungsratspräsidentin), Alexandra Post Quillet, Georg Kasperkovitz, Beat Schwab und Véronique Gigon werden für eine weitere Amtsdauer bis zur ordentlichen Generalversammlung 2024 gewählt. Die Amtsdauer von Pierre-Alain Urech, Daniel Trolliet, Fabio Pedrina und Andreas R. Herzog läuft noch bis zur ordentlichen Generalversammlung 2023;
7. Deloitte für eine Amtsdauer von einem Jahr als externe Revisionsstelle zu wählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 18. März 2022 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der SBB AG vom 27. April 2022 zuzustimmen.

Die Schweizerische Post AG

Internet: www.post.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Christian Levrat (Präsident), Thomas Bucher, Peter Hug, Ronny Kaufmann (Personalvertreter), Bernadette Koch, Denise Koopmans, Nadja Lang, Philippe Millet, Corrado Pardini (Personalvertreter)

CEO: Roberto Cirillo

Ext. Revisionsstelle: Ernst & Young AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Im Jahr 2021 hat die Schweizerische Post AG die Ziele des Bundesrates insgesamt erreicht. Die Grundversorgung im Bereich Post und Zahlungsverkehr wurde in guter Qualität und zu angemessenen Preisen erbracht. Die Laufzeitvorgaben für Briefe und Pakete wurden übertroffen. Ebenso erfüllt wurden die Vorgaben zur Erreichbarkeit der Poststellen resp. zum Zugang zur Grundversorgung. Die über das Post-Netz abgewickelten Geschäfte haben weiter abgenommen. Die Zufriedenheit der Kundschaft blieb stabil (81 von 100 Pkte). Die Marktanteile im Kerngeschäft (Briefe, Pakete, Zahlungsverkehr, Personenverkehr) wurden weitgehend gehalten.

Der Betriebsertrag lag mit 6'877 Millionen um 329 Millionen über dem Vorjahreswert. Das normalisierte Betriebsergebnis (EBIT) fiel mit 515 Millionen um 257 Millionen höher aus. Die Ergebnisverbesserung basierte jedoch mehrheitlich auf nicht nachhaltigen Effekten. Der Konzerngewinn stieg auf 457 Millionen. Die Rentabilität (EBIT-Marge) des Konzerns betrug 7,5 % (Vorjahr: 3,9 %). Dem Bund werden 50 Millionen als Dividende ausgeschüttet.

Die CO₂-Emissionen haben insbesondere aufgrund von mehr gefahrenen Kilometern bei PostAuto und mehr Güter- und Pakettransporten zugenommen.

Die Post ist eine sozialverantwortliche Arbeitgeberin. Sie unterstützte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit verschiedenen Arbeitsmodellen sowie finanziellen Beiträgen an die familienexterne Kinderbetreuung.

Die bereits seit Jahren erkennbaren Trends (Nachfrageschwund im Brief- und Zahlungsverkehr, steigenden Paketmengen) haben sich mit der Corona-Pandemie verstärkt. Um die Grundversorgung auch in Zukunft eigenwirtschaftlich finanzieren zu können, strebt die Post im Rahmen der Strategie «Post von morgen» Effizienzsteigerungen, anorganisches und organisches Wachstum in den Bereichen Logistik und Kommunikation sowie die Öffnung des Postnetzes für Dritte an. Die Post ist gut in die neue Strategieperiode gestartet. Der Bundesrat erwartet, dass die Post die ergriffenen Massnahmen konsequent weiterführt.

Im Weiteren erwartet der Bundesrat, dass die Post in absehbarer Zeit einen positiven Ergebnisbeitrag im Bereich Kommunikations-Services erwirtschaftet, die Anzahl Poststellen beim nun erreichten Stand von 800 stabilisiert und einen diskriminierungsfreien Zugang bei der Drittnutzung von Poststellen sicherstellt sowie weitgehende Klimaschutz-Massnahmen vorsieht.

Kennzahlen	2021	2020 ³⁾
------------	------	--------------------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	6'877	6'548
Konzerngewinn (Mio. CHF) ¹⁾	457	178
Bilanzsumme (Mio. CHF)	128'397	124'274
Eigenkapitalquote in %	6,9	5,6
Personalbestand (Vollzeitstellen)	40'144	39'089

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Personalzufriedenheit (Skala 0-100)	n.a.	n.a.
Dividende an Bund (Mio. CHF)	50	50
Adressierte Briefe (Mio. Sendungen)	1'659	1'710
Pakete Inland (Mio. Sendungen)	190	174
Veränderter Durchschnittsbestand Dezember Kundengelder (Mrd. CHF)	-16,7	+2,3
Technischer Deckungsgrad PK in %	109,6	105,3
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	96,5	87,1

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ²⁾	254	229
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

- 1) Normalisierter Wert
- 2) Abgeltungen Bund an PostAuto (inkl. Abgeltung für Covid-19-bedingte Einnahmeausfälle) und für indirekte Presseförderung (Subventionsempfänger dieser CHF 50 Mio. pro Jahr sind jedoch die Verleger)
- 3) Restatement aufgrund neuer Konzernstruktur per 1.1.2021 sowie Ausweis des zur Veräusserung bestimmten Bereichs Swiss Post Solutions ausserhalb der operativen Ergebnisse.

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Die Post gewährleistete die Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs auch im vergangenen Jahr in guter Qualität und zu angemessenen Preisen.

Die Post vermochte die Zielwerte der Postgesetzgebung auch im Jahr 2021 zu erfüllen. So betrug die Laufzeit bei den A-Post-Briefen 97 Prozent und bei den B-Post-Briefen 99.3 Prozent. Bei den Paketen betrug der Wert beim Produkt «Priority» 95 Prozent und beim Produkt «Economy» 95.9 Prozent. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass bei den Paketen aufgrund einer Ausnahmegenehmigung von PostCom die Monate Januar, Februar, November und Dezember nicht in die Messung einbezogen wurden.

90 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung eines Kantons müssen zu Fuss oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln eine Poststelle oder Postagentur innerhalb von 20 Minuten erreichen können. In Gebieten mit einem Hausservice gilt für die betroffenen Haushalte eine Dauer von 30 Minuten. Auch die Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs müssen innerhalb von 20 Minuten erreicht werden können. Diese Vorgaben wurden von der Post auch im Jahr 2021 in allen Kantonen eingehalten¹.

Die Gesamtzufriedenheit der Kundinnen und Kunden der Post lag wie im Vorjahr bei 81 von 100 Punkten. Die Preise der Post bei den Briefen und Paketen sind im internationalen Vergleich eher günstig. Unter Berücksichtigung von 15 Vergleichsländern belegte die Post bei den Briefen den 4. und bei den Paketen den 6. Platz. Kaufkraftbereinigt lag die Post bei den Briefen auf dem 1. und bei den Paketen auf dem 5. Rang.

Die Corona-Pandemie hat die seit Jahren bestehenden Trends im Kommunikations- und Logistikmarkt verstärkt. Die Post hat im Berichtsjahr 1'659 Millionen adressierte Briefe im Inland befördert, was einem Rückgang von 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Menge an Sendungen ohne Adresse nahm um 3.2 Prozent zu, die Zeitungsmenge um 1.2 Prozent ab. Die Paketmengen im Inland haben sich erneut deutlich erhöht. So hat die Post 2021 190 Millionen Pakete transportiert (+9,2% gegenüber dem Vorjahr). Die über das PostNetz abgewickelten Briefe (-15,9%) und Einzahlungen (-12,4%) haben erneut deutlich abgenommen, während die abgewickelten Pakete (+3,3%) leicht zulegten. Die Post vermochte ihre Marktanteile in den Geschäftsfeldern Kommunikation und Logistik, Finanzdienstleistungen und Personenverkehr weitgehend zu halten.

Die Post verfügt über ein angemessenes Risiko- und Compliance-Management.

Das strategische Ziel zum Risiko- und Compliance-Management wird vom Bundesrat einmal pro Strategieperiode geprüft, und zwar gestützt auf ein Audit, das durch eine von der Post beauftragte Prüfstelle durchgeführt wird. Diese Prüfung ist für die Jahre 2022 und 2023 vorgesehen; danach wird der Bundesrat seine Beurteilung vornehmen.

2. Finanzielle Ziele

Nach dem stark von der Corona-Pandemie geprägten Jahr 2020 verbesserten sich die Finanzzahlen der Post im Jahr 2021 deutlich. So stieg der Ertrag um 5 Prozent, insbesondere in den Bereichen Logistik-Services, Mobilitäts-Services und PostFinance. Der Konzerngewinn betrug 457 Millionen (+280 Mio.) und das Betriebsergebnis (EBIT) stieg von 258 Millionen auf 515 Millionen (normalisierte Werte). Es ist hauptsächlich getragen von Logistik-Services (ehemals PostMail und PostLogistics) mit 465 Millionen und PostFinance mit 272 Millionen. Die Ergebnisverbesserung der Post basierte mehrheitlich auf nicht nachhaltigen Effekten (Corona-Aufholeffekte, Personalvorsorge, Zinserfolg aus Repo-Geschäften, Preismassnahmen, Spezialtransporte im ÖV).

Bei Logistik-Services bewegte sich das Betriebsergebnis auf Vorjahresniveau. Dank dem anhaltenden Wachstum bei den Paketen und in der Güterlogistik, eines technischen Effekts bei der Personalvorsorge sowie eines strengen Kostenmanagements konnte der Ergebnisrückgang bei den Briefen beinahe vollständig kompensiert werden.

Das Betriebsergebnis von PostFinance stieg gegenüber dem Vorjahr um 111 Millionen. Wegen dem anhaltenden Druck auf das Zinsgeschäft und zur Reduktion der regulatorischen Eigenmittelanforderungen hat PostFinance im Jahr 2021 Preismassnahmen ergriffen und die Freigrenzen für Guthaben von Privat- und Geschäftskunden angepasst, was zu einer Reduktion der durchschnittlichen Kundenvermögen von 13 Milliarden führte.

Das Betriebsergebnis von PostNetz verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr – trotz Rückgang der Schaltertransaktionen – um 33 Millionen auf -68 Millionen.

Mobilitäts-Services (inkl. PostAuto) verzeichnete ein Betriebsergebnis von 18 Millionen (+81 Mio.). Hauptgrund dieser Verbesserung sind zusätzliche Abgeltungen zur Deckung Corona-bedingter Einnahmeausfälle durch die Besteller des abgeltungsberechtigten Verkehrs.

Mit dem per 2021 neu gegründeten Bereich Kommunikations-Services wurden die bisherigen Tätigkeiten im Bereich Entwicklung und Innovation (u.a. E-Voting, elektronisches Patientendossier) zusammengeführt, und es sollen neue digitale Lösungen für Unternehmen, Behörden und die Bevölkerung geschaffen werden. Das Betriebsergebnis betrug im vergangenen Jahr -80 Millionen (2020 -68 Mio.).

Der Unternehmensmehrwert (bereinigtes Betriebsergebnis abzgl. Kapitalkosten) war wie im Vorjahr negativ und betrug

¹ Von Aufsichtsbehörden PostCom und BAKOM noch ungeprüfte Werte.

-19 Millionen. Die Post kann damit ihre Kapitalkosten nicht mehr selbst erwirtschaften².

Die Rentabilität (EBIT-Marge) der Post ist gegenüber dem Vorjahr von 3,9 Prozent auf 7,5 Prozent gestiegen. Das Nettovermögen (negative Nettoverschuldung) der Post ging um 88 Millionen zurück. PostFinance erfüllte die regulatorischen Eigenmittelanforderungen für systemrelevante Banken gemäss Eigenmittelverordnung (ERV). Zur Erfüllung der zusätzlichen regulatorischen Eigenmittelanforderungen an das Notfallkapital schlägt der Bundesrat in der Botschaft zur POG-Revision vom 30. Juni 2021 eine zeitlich befristete und umfangmässig begrenzte Kapitalisierungszusicherung durch den Bund an die Post bzw. PostFinance vor.

Der Verwaltungsrat der Post beantragt wie im Vorjahr eine Dividendenausschüttung von 50 Millionen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die Post verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik, bietet attraktive Anstellungsbedingungen, die ihre Konkurrenzfähigkeit sicherstellen, und engagiert sich mit geeigneten Massnahmen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Konzern Post verfügte im Geschäftsjahr 2021 über einen Personalbestand von 40'144 Personaleinheiten (PE), wovon rund 84 Prozent in der Schweiz arbeiteten.

Die Werte der Personalumfrage sind im Vergleich zum Vorjahr auf hohem Niveau stabil. 2021 absolvierten insgesamt 1'860 (2020: 1'863) Lernende eine berufliche Grundbildung bei der Post. Der Anteil Lernender gemessen am gesamten Personalbestand in der Schweiz betrug damit 5,5 Prozent (2020: 5,6%).

In der Konzernleitung lag der Frauenanteil im vergangenen Jahr bei 22,2 Prozent (2020: 11,1 %) und im Verwaltungsrat unverändert bei 33,3 Prozent. Der Anteil Frauen im Konzern lag bei 43 Prozent (2020 44,1 %), beim obersten Kader bei 21,6 Prozent (2020 19,6 %). Der Bundesrat würde eine weitere Steigerung des Frauenanteils begrüssen.

Die Post engagierte sich mit verschiedenen Arbeitsmodellen und finanziellen Beiträgen an die familienexterne Kinderbetreuung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ebenso wurden Aus- und Weiterbildungen finanziell und mit Arbeitszeiterleichterungen unterstützt. In der Schweiz arbeiteten rund 44 Prozent aller Konzernmitarbeitenden Teilzeit (d.h. mit einem Beschäftigungsgrad unter 90 %). Die Post setzt sich gegen Mobbing, sexuelle Belästigung und Diskriminierung jeglicher Art ein.

Die Post führt für die Post und die Postkonzerngesellschaften in der Schweiz Verhandlungen über den Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrags.

Rund 86 Prozent aller Mitarbeitenden der Post befanden sich in einem Arbeitsverhältnis auf der Grundlage eines Gesamtarbeitsvertrages (GAV). Per 1. Januar 2021 ist der neue «Dach-GAV» in Kraft getreten. Er gilt für rund 75 Prozent der Belegschaft in der Schweiz und regelt die Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern. Gleichzeitig sind die neuen Firmen-GAV in Kraft getreten, welche die Anstellungsbedingungen für die Mitarbeitenden der Schweizerischen Post AG und der Konzerngesellschaften definieren.

Die Post setzt sich im Gegenzug zu allfälligen ausserordentlichen Beiträgen an die Pensionskasse für einen massgeblichen Beitrag der Versicherten an die Finanzierung der Pensionskasse ein.

Der Deckungsgrad der Pensionskasse Post belief sich per Ende 2021 auf 109,6 Prozent (2020: 105,3 %). Die Rendite auf den Anlagen betrug 5,8 Prozent, wobei die Sparkapitalien der Aktivversicherten mit 3,5 Prozent verzinst wurden. Der technische Zins wurde auf 1,5 Prozent (vorher 1,75 %) gesenkt.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die Post kann im In- und Ausland Kooperationen eingehen, wenn diese das Kerngeschäft im Inland unterstützen, zur Erreichung der strategischen Ziele und zur nachhaltigen Sicherung des Unternehmenswerts beitragen. Die Kooperationen müssen führungsmässig eng betreut und regelmässig überprüft werden und dem Risikoaspekt ist genügend Rechnung zu tragen. Im Ausland dürfen keine Beteiligungen an Gesellschaften mit Grundversorgungsverpflichtung eingegangen werden.

Die Post erzielte im Ausland (einen Betriebsertrag von 670 Millionen (Vorjahr 606 Mio.) Das Betriebsergebnis im Ausland betrug 57 Millionen. Das Auslandsgeschäft vermochte damit 9,7 Prozent zum Betriebsertrag und 11,1 Prozent zum Betriebsergebnis des Konzerns beizutragen. Die Rentabilität (EBIT-Marge) im Ausland betrug 8,5 Prozent (Vorjahr 6,9 %) und lag über derjenigen des Konzerns (7,5 %).

Im vergangenen Jahr hat die Post ihre Anteile von 25 Prozent an der «Liechtensteinischen Post AG» veräussert. Ebenso wurde der Geschäftsbetrieb «SecurePost AG» verkauft, und im Dezember 2021 beschloss die Post, sich vom Bereich «Swiss Post Solutions» (SPS) zu trennen. Mit ihrer neuen Strategie will die Post insbesondere in der Güterlogistik sowie im Bereich Kommunikations-Services durch Wachstum Ergebnisbeiträge generieren. Zu diesem Zweck hat sie im Jahr 2021 insgesamt 6 Firmen im Bereich Güterlogistik/Logistiklösungen gekauft. Kommunikations-Services hat zum Aufbau ihres Geschäftsfeldes 3 Firmen übernommen.

² Der um die Nettokosten der Grundversorgung und den Wert des Monopols auf Briefen bis 50 Gramm bereinigte Unternehmensmehrwert fiel mit 178 Millionen positiv aus (+134 Mio. gegenüber dem Vorjahr).

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Rechnung der Post ohne Einschränkung testiert und empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung 2021 zu genehmigen.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsrechte des Bundes werden durch das UVEK und das EFD gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Schweizerischen Post AG findet am 3. Mai 2022 statt. Der Verwaltungsrat beantragt der Generalversammlung,

1. den Lagebericht und die Jahresrechnung sowie die Konzernrechnung der Schweizerischen Post AG für das Geschäftsjahr 2021 zu genehmigen und den Bericht der Revisionsstelle vom 7. März 2022 zur Kenntnis zu nehmen.
2. den verfügbaren Bilanzgewinn von 35'905'270 Franken vollständig als Dividende auszuschütten sowie eine Dividendenausschüttung zu Lasten der übrigen Kapitalreserven über 14'094'730 vorzunehmen. Total werden damit 50'000'000 Franken ausgeschüttet.
3. dem Präsidenten und den Mitgliedern des Verwaltungsrats sowie Urs Schwaller (VRP bis 30.11.2021) für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung zu erteilen. Die beantragte Entlastung bezieht sich ausdrücklich auf Handlungen im Geschäftsjahr 2021, die eingeschränkte Entlastung für die Jahre 2017 und 2018 bleibt bestehen.
4. die Wahl eines Mitgliedes des Verwaltungsrates wird dem Bundesrat mit separatem Antrag vorgelegt werden.
5. die Ernst & Young AG in Bern für das Geschäftsjahr 2022 als Revisionsstelle zu wählen.
6. die Obergrenzen für den Gesamtbetrag der Honorare des Verwaltungsrates (inkl. VRP) von CHF 1'145'395, des Verwaltungsratspräsidenten von CHF 271'500 und der Entlohnung der Konzernleitung (inkl. Konzernleiter) von CHF 6'039'822 für das Geschäftsjahr 2023 zu genehmigen.
7. zur Kenntnis zu nehmen, dass die Obergrenzen der Gesamtbeträge gemäss Art. 14 der Statuten «Die Schweizerische Post AG» im Jahr 2021 eingehalten wurden.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 18. März 2022 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Schweizerischen Post AG zuzustimmen.

Skyguide

Internet: www.skyguide.ch

Sitz: Genf

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 99,94 %

Verwaltungsrat: Walter T. Vogel (Präsident), Aldo C. Schellenberg, Doris Barnert, Anne Bobillier, Andreas Schmid, Cristina Feistmann, Dominik Hänggi (Personalvertreter)

CEO: Alex Bristol

Externe Revisionsstelle: PriceWaterhouseCoopers, Pully

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Skyguide besorgt im Auftrag des Bundes die zivile und militärische Flugsicherung in der Schweiz und in angrenzenden Gebieten. Die Coronavirus-Pandemie brachte den internationalen Flugverkehr zwischenzeitlich praktisch zum Erliegen. Trotz einer gewissen Erholung im Geschäftsjahr 2021 blieben insbesondere die finanziellen Auswirkungen der Pandemie auf Skyguide weitreichend. Trotzdem ist der Bundesrat der Ansicht, dass Skyguide die strategischen Ziele des Bundesrates im Jahr 2021 *insgesamt erreicht* hat.

Skyguide hat im Berichtsjahr den hoheitlichen Auftrag erfüllt. Die Sicherheit des Luftverkehrs war jederzeit gewährleistet. Die Verspätungen erreichten einen historischen Tiefstand. Die Leistungsvereinbarung mit der Luftwaffe wurde erfüllt. Der permanente Luftpolizeidienst konnte gewährleistet werden.

Als Folge der Pandemie hat Skyguide einen Verlust von rund 120 Millionen Franken erlitten. Der Grund war, dass Skyguide die Kosten nicht im gleichen Umfang reduzieren konnte, wie der Umsatz zurückgegangen war. Immerhin fiel das finanzielle Ergebnis wegen der spürbaren Erholung des Luftverkehrs weniger dramatisch aus als im Vorjahr.

Im EU-Recht ist ein Ausgleichsmechanismus vorgesehen, gemäss dem Verluste infolge von ungeplanten Veränderungen im Verkehrsaufkommen in den Folgejahren mittels Gebührenerhöhungen teilweise auf die Fluggesellschaften überwältzt werden können. Diese Regelung griff im Geschäftsjahr 2021 noch nicht, weil die konkreten Anwendungsmodalitäten erst noch bestimmt werden müssen. Deswegen – und weil der Bund gesetzlich verpflichtet ist, Skyguide mit genügend Eigenkapital auszustatten – entschied der Bundesrat, Skyguide mit einem Darlehen von 250 Millionen Franken zu unterstützen. Um die Gefahr eines Kapitalverlusts zu reduzieren, hat Skyguide das Eigenkapital neu strukturiert und Sparmassnahmen ergriffen.

Skyguide muss angesichts der langfristigen Auswirkungen der Pandemie ihre Anstrengungen zur Erhöhung der Kosteneffizienz weiter verstärken, ohne dabei die Sicherheit des Luftverkehrs zu gefährden. Da die Personalkosten rund 70 Prozent der Gesamtkosten des Unternehmens ausmachen, wird dies nicht ohne Beitrag der Mitarbeitenden möglich sein. Skyguide ist gefordert, gemeinsam mit den Sozialpartnern ausgewogene und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten.

Kennzahlen	2021	2020
------------	------	------

Finanzen¹⁾ und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	348,9	280,4
Nettoergebnis (Mio. CHF)	-119,7	-164,6
Bilanzsumme (Mio. CHF)	559,3	653,9
Allg. + übrige Reserve (Mio. CHF)	273,6	175,5
Eigenkapitalquote in %	33,3	46,9
Personalbestand (Vollzeitstellen)	1 360	1 364

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Anzahl kontrollierte Flüge (Tausend)	690	532
Pünktlichkeit (% der Flüge)	99,2	99,0
Ø Verspätung pro Flug ²⁾ (Sek.)		
Überflug	3,2	2,1
Anflug Zürich	1,4	0,7
Anflug Genf	3,0	2,8
Militärische Flugbewegungen	89°491	91°803
Ø Streckenfluggebühr (EUR)	91	92,7
Technischer Deckungsgrad PK in %	113,6³⁾	107,1
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	n/a	n/a

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ⁴⁾	52,3	27,8
Gebühren (Mio. CHF) ⁵⁾	266,2	229,3

¹⁾ Gemäss konsolidiertem Abschluss

²⁾ Von Skyguide verursachte Verzögerung pro Überflug/Flughafenbewegung

³⁾ Provisorischer Wert, gemäss Art. 44 BVV 2

⁴⁾ Für nicht kostendeckende Leistungen in ausländischen Lufträumen und gebührenbefreite Flüge, gemäss Bundesrechnung.

⁵⁾ Flugsicherungsgebühren, einschliesslich Entschädigung der Luftwaffe

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Skyguide erfüllte im Berichtsjahr ihren hoheitlichen Auftrag.

Hoher Sicherheitsstandard; hoch entwickelte Sicherheitskultur

Die Sicherheit des Luftverkehrs war jederzeit gewährleistet. Die Anzahl registrierter Unterschreitungen des vorgeschriebenen Mindestabstandes stieg leicht an, lag jedoch unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Nach den Kriterien der EASA attestiert das BAZL der Sicherheitskultur von Skyguide einen hohen Reifegrad.

Beitrag zu einem effizienten, pünktlichen Luftverkehr

Aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens gab es kaum Verspätungen. Die durchschnittlichen Kosten pro Flug waren mit 202 Franken pro Überflug und 784 Franken pro An- und Abflug auf den Landesflughäfen rund doppelt so hoch wie vor der Pandemie (107 CHF für Überflüge resp. 335 CHF für An- und Abflüge in 2019).

Stabiler 24-Stunden-Betrieb des Luftpolizeidienstes

Skyguide erfüllte alle Vorgaben der Leistungsvereinbarung mit der Luftwaffe. Die von der Luftwaffe geforderte Einsatzbereitschaft und der permanente Luftpolizeidienst «LP24» wurden gewährleistet.

Vorausschauende Vorbereitung auf den absehbaren Strukturwandel, jedoch Fokus auf prioritäre Projekte

Skyguide wirkte an verschiedenen Projekten und Programmen der EU-Initiative «Single European Sky» mit, um die Effizienz des europäischen Flugsicherungssystems zu verbessern. Den Fokus richtete Skyguide auf zwei eigene innovative Projekte, die einen unmittelbaren Nutzen für die Schweizer Luftfahrt generieren: «Virtual Center Switzerland» (Vernetzung der Kontrollzentren Genf und Dübendorf) und «U-Space» (Registrierung und Kontrolle von Drohnen).

2. Finanzielle Ziele

Weiterhin hoher Betriebsverlust

Skyguide ist gemäss Luftfahrtgesetz eine nicht gewinnorientierte Aktiengesellschaft. Der Bundesrat erwartet grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis. Aufgrund der Pandemie war das Verkehrsvolumen im von Skyguide kontrollierten Luftraum – trotz einer gewissen Erholung gegenüber 2020 – nur etwa halb so gross wie noch 2019. Da Skyguide die Sicherheit der zivilen und militärischen Luftfahrt in der Schweiz garantieren und die Funktionsfähigkeit der Landesflughäfen sicherstellen muss, konnten die Kosten nicht entsprechend reduziert werden. Daraus resultierte ein Verlust von 120 Millionen Franken.

Fortsetzung der Sparanstrengungen

Im Berichtsjahr erzielte Skyguide Einsparungen von 34 Millionen Franken. Damit lag Skyguide auf Kurs, um die bis 2024 angestrebten kumulierten Entlastungen von 120 Millionen Franken zu realisieren.

Finanzhilfe und Restrukturierung des Eigenkapitals

Um die finanzielle Stabilität und Liquidität von Skyguide zu sichern, hatte der Bund 2020 das Eigenkapital um 150

Millionen Franken erhöht. Im Berichtsjahr entschied der Bundesrat, Skyguide mit einem zusätzlichen Darlehen von 250 Millionen Franken zu unterstützen. Um die Gefahr eines Kapitalverlusts zu reduzieren, strukturiert Skyguide das Eigenkapital neu. Dazu werden gesetzliche Reserven im Umfang von 144 Millionen in übrige Reserven umgewandelt (Anteil 2021: 98. Mio. CHF) und das Aktienkapital um 91 Millionen Franken reduziert. Diese Massnahmen unterlagen dem Beschluss einer ausserordentlichen Generalversammlung im Herbst 2021 und den Beschlüssen der ordentlichen Generalversammlung 2022.

Höhere Abgeltungen des Bundes

Im Berichtsjahr wurde die Berechnungsgrundlage für die Abgeltung der Aufwände von Skyguide in den delegierten ausländischen Lufträumen geändert. Die Abgeltung richtet sich nicht mehr am tatsächlichen Verkehrsaufkommen aus, sondern nach den Kosten für die Leistungserbringung. Dadurch nahmen die Abgeltungen gegenüber zu auf 42 Millionen Franken, was dem Niveau vor der Krise entspricht.

Nettoverschuldung übersteigt die Obergrenze des Bundesrates

Die eingebrochenen Verkehrserträge und das negative Betriebsergebnis wirkten sich naturgemäss auf den Nettoverschuldungsgrad von Skyguide aus. Die vom Bundesrat gesetzte Obergrenze von 2x EBITDA konnte nicht eingehalten werden. Dank der vom Bund getroffenen Massnahmen zur finanziellen Stabilisierung von Skyguide droht Skyguide jedoch keine Schuldenkrise.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Skyguide ist eine verantwortungsbewusste Arbeitgeberin mit einer modernen Personalpolitik. Die Bewältigung der Folgen der Pandemie erfolgte im engen Austausch mit den Personalvertretern und den Sozialpartnern. Die Umsetzung der von der Geschäftsleitung ergriffenen Sparmassnahmen wurden mit den Sozialpartnern besprochen. Ebenso wurden Gespräche über die Erhöhung des Rentenalters geführt und erfolgreich zum Abschluss gebracht. Der Bundesrat begrüsst die konstruktive Sozialpartnerschaft. Sie ist entscheidend, damit Skyguide die anstehenden Herausforderungen bewältigen kann.

Trotz des Spardrucks bot Skyguide moderne Sozialleistungen und wettbewerbsfähige Anstellungsbedingungen. Im Berichtsjahr blieb der Personalbestand bei 1'360 Vollzeitäquivalenten stabil. Die Fluktuationsrate hat weiter abgenommen und liegt im Berichtsjahr bei 1,9 Prozent (Vorjahr 2,1%). Skyguide engagierte sich im Rahmen der Erwartungen des Bundesrates für die Förderung von Diversität und Gleichstellung im Unternehmen.

Skyguide bildete im Berichtsjahr 79 Fluglotsinnen und Fluglotsen aus. Das entsprach 5,8 Prozent der Beleg-

schaft. Alle Mitarbeitenden sind zur Weiterbildung – namentlich im Bereich Sicherheitskultur – verpflichtet. Im Berichtsjahr wendete jeder Mitarbeitende (ohne Lernende) im Durchschnitt 10,9 Arbeitsstunden für Weiterbildung auf (Vorjahr: 8,8 Stunden).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Im Berichtsjahr ging Skyguide keine neuen Kooperationen mit in- und ausländischen Partnern ein. Die Tochtergesellschaft Skynav (Belgien) wurde liquidiert.

Die internationale (Forschungs- und Entwicklungs-) Zusammenarbeit im Rahmen von SES, SESAR und FABEC wurde fortgeführt.

Alle Beteiligungen und Kooperationen von Skyguide standen im Einklang mit dem Luftfahrtrecht und mit den strategischen Zielen des Bundesrates.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle bestätigt, dass die Jahresrechnung 2021 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsinteressen der Eigenossenschaft gegenüber Skyguide werden gemeinsam durch das UVEK und das VBS wahrgenommen.

Für die ordentliche Generalversammlung von Skyguide beantragt der Verwaltungsrat der Generalversammlung,

1. den Jahresbericht, die statutarische Jahresrechnung und die konsolidierte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2021 zu genehmigen;
2. das Bilanzergebnis wie folgt zu verwenden:

- Auflösung übrige Reserven:	256,7 Mio. CHF
- Vortrag auf neue Rechnung:	-164,4 Mio. CHF
- Jahresverlust:	-122,3 Mio. CHF
- Bilanzergebnis:	-29,9 Mio. CHF
3. durch Reduktion des Nennwerts der Aktien von CHF 10 auf CHF 3,55 das Aktienkapital von CHF 141'120'000 auf CHF 50'097'600 herabzusetzen sowie CHF 45'500'000 von den Kapitalreserven in den Gewinnvortrag umzubuchen;
4. der dafür erforderlichen Statutenänderung zuzustimmen;
5. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung zu erteilen;
6. die Firma PricewaterhouseCoopers AG (PwC) in Zürich, Niederlassung Pully, für die Dauer von einem Jahr in ihrem Amt als Revisionsstelle von Skyguide zu bestätigen;
7. folgende maximalen Obergrenzen für die Gesamtvergütungen im Geschäftsjahr 2022 zu genehmigen:

- a) 4'285'000 Franken für die Mitglieder der Geschäftsleitung;
- b) 152'000 Franken für den Präsidenten des Verwaltungsrates;
- c) 337'000 Franken für die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat beauftragte am 18. März 2022 das UVEK und das VBS, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung von Skyguide zuzustimmen.

Schweizerisches Nationalmuseum (SNM)

Internet: www.nationalmuseum.ch

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Museumsrat: Tim Guldimann (Präsident), Sandrine Giroud (Vizepräsidentin), Sonia Abun-Nasr, Larissa Bieler (seit 18.2.2021), André Holenstein, Marie-France Meylan Krause, Fulvio Pelli, Stefano Stoll

Direktor/Direktorin: Andreas Spillmann (bis 31.3.2021), Denise Tonella (ab 1.4.2021)

Ext. Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Auch 2021 stellten die Auswirkungen der Pandemie die Museumsgruppe vor diverse Herausforderungen bezüglich Planbarkeit und Durchführung von Ausstellungen und Veranstaltungen. Die Besuchendenzahlen sind, mit Ausnahme des Château de Prangins, noch immer weit entfernt von der Besucherfrequenz vor der Pandemie. Sie konnten gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden (2021: 225'158; 2020: 192'074; 2019: 369'873).

Im Landesmuseum in Zürich fehlten insbesondere ausländische Museumsgäste und Städtetouristen. Das SNM hat sich in der Folge bemüht das digitale Angebot für Museumsinteressierte weiter auszubauen und mit seinem Ausstellungsprogramm die Auseinandersetzung mit der vielfältigen Identität der Schweiz zu fördern. In Zürich wurde die Ausstellung «Bundesrätinnen und Bundesräte seit 1848» sowie die Ausstellung «Frauen.Rechte. Von der Aufklärung bis in die Gegenwart» gezeigt. In Prangins war die Wechsellausstellung «Games» ein grosser Erfolg und ist mit durchschnittlich 1114 Eintritten pro Woche die am besten besuchte Ausstellung des Museums. In Schwyz ging die Ausstellung «Die Royals kommen» der Frage nach, was die königlichen und kaiserlichen Gäste in die Schweiz geführt hat und wie sie hierzulande empfangen wurden.

Aufgrund der weltweiten Museumsschliessungen ging die Zahl der Ausleihen weiter zurück (2021: 266; 2020: 478; 2019: 1142). Hingegen konnte die Anzahl Neuinventarisierungen verdoppelt werden (2021: 24'200; 2020: 10'360; 2019: 9517).

Der Personalbestand des SNM ist im Berichtsjahr 2021 gegenüber dem Vorjahr von 190 auf 186 Vollzeitstellen gesunken und es resultierte ein Ertragsüberschuss von 1 Million Franken.

Schliesslich hat am 1. April 2021 Denise Tonella als neue Direktorin des SNM die Nachfolge von Andreas Spillmann angetreten.

Kennzahlen	2021	2020
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	56,8	58,7
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	1,0	-0,2
Bilanzsumme (Mio. CHF)	14,4	14,8
Organisationskapitalquote in %	40,6	32,9
Personalbestand (Vollzeitstellen)	186	190

Unternehmens-/Anstaltsspezifische Kennzahlen

Museumsbesuchende Zürich	157 377	150 149
Museumsbesuchende Prangins	48 471	24 428
Museumsbesuchende Schwyz	19 310	17 497
Anzahl Neuinventarisierungen	24 200	10 360
Anzahl Leihgaben	266	478
Erlöse aus Lieferungen und Leistungen (Mio. CHF)	4,1	4,1
Erhaltene Zuwendungen (Mio. CHF)	0,9	2,4
Techn. Deckungsgrad PUBLICA in %	110,7	109,0
Ökon. Deckungsgrad PUBLICA in %	89,0	90,8

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	32,2	31,7
Beitrag an die Unterbringung (Mio. CHF)	19,6	20,3
Gebühren (Mio. CHF)	-	-

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Das SNM erfüllt seinen öffentlichen Auftrag insbesondere durch die Darstellung der Geschichte und die Auseinandersetzung mit der vielfältigen Identität und Kultur der Schweiz

* Strategische Ziele: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2020/2512/de>

sowie durch sein Angebot als museologisches Kompetenzzentrum. Die einzigartige Sammlung, die das kunsthandwerkliche und kulturhistorische Erbe der Regionen der heutigen Schweiz widerspiegelt, macht das SNM für die breite Öffentlichkeit in attraktiver Form zugänglich. Veranstaltungen, Publikationen und zeitgemässe digitale Angebote ergänzen das vielseitige Ausstellungsangebot.

Trotz der Corona-bedingten Schliessung bis Ende Februar konnten die Museen des SNM 2021 im Vorjahresvergleich insgesamt rund 17 Prozent mehr Besuchende begrüssen. Bei der Entwicklung in den einzelnen Ausstellungshäusern fielen die unterschiedlichen Besuchendenstrukturen ins Gewicht. Im Landesmuseum Zürich wirkten sich der anhaltend ausbleibende ausländische Tourismus und der stark angeschlagene Städtetourismus nach wie vor merklich auf die Besucherfrequenz aus, dennoch konnten fünf Prozent mehr Besuchende verzeichnet werden. Aufgrund der regionaleren Besuchendenstruktur fiel die Steigerung im Forum Schweizer Geschichte Schwyz mit 10 Prozent bedeutender aus. Dem Château de Prangins bescherten der Schweizer Tagestourismus und ein ausserordentlicher Publikums Erfolg sogar 98 Prozent mehr Besuchende, was dem zweitbesten Ergebnis seit Bestehen des Museums entspricht.

Vielfältige Ausstellungsthemen

Wegen der zweimonatigen Schliessung Anfang des Jahres starteten einige Ausstellungen später als geplant, andere wurden verlängert, wieder andere gestrichen. Insgesamt wurden zwölf Wechselausstellungen gezeigt, davon sieben neue Eigenproduktionen, und eine neue Dauerausstellung wurde eröffnet (2020: 7 Wechselausstellungen, wovon 7 Eigenproduktionen; 1 Dauerausstellung).

Anfang März wurde die Ausstellung über die Bundesrätinnen und Bundesräte seit 1848 im Landesmuseum Zürich eröffnet. Im Zentrum stand der verkleinerte Nachbau des Bundesratssitzungszimmers. Bildmaterial, Dokumente oder Kleider ermöglichten einen spannenden Rückblick.

Im Rahmen des Schweizer Jubiläums zu 50 Jahre Frauenstimmrecht widmete sich die grosse Frühlingsausstellung «Frauen.Rechte» im Landesmuseum Zürich dem Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen von der Aufklärung bis heute. Neben spannenden Exponaten bereicherten Medienstationen und Werke von Schweizer Künstlerinnen die Ausstellung.

Mitte März wurde im Forum Schweizer Geschichte Schwyz die Ausstellung «Die Royals kommen» eröffnet. Die Ausstellung beleuchtete Schweizer Geschichte aus dem Blickwinkel der Besuche von gekrönten Häuptern.

Ende März wurde im Château de Prangins die Ausstellung «Games» eröffnet, welche die Geschichte der Videospiele seit ihren Anfängen in den 70er-Jahren thematisierte. Sie stiess auf grosses Echo, insbesondere auch beim jüngeren Publikum. Im November reiste «Games» weiter in das Forum Schweizer Geschichte Schwyz.

Die im Mai im Château de Prangins eröffnete Dauerausstellung «Indiennes. Ein Stoff erobert die Welt» zeigt die Schnittstellen zwischen der Weltgeschichte und der Lokalgeschichte auf und beleuchtet ein wenig bekanntes Kapitel der Schweizer Geschichte.

Die ersten grossformatigen Menschenbildnisse Europas in Form von Steinskulpturen aus dem 4. und 3. Jahrtausend v. Chr. waren die Protagonisten der grossen Herbstausstellung «Menschen. In Stein gemeisselt» im Landesmuseum Zürich. Neben den zahlreichen internationalen Leihgaben standen insbesondere die Stelen aus Sitten im Mittelpunkt.

Die Vermittlungsangebote vor Ort in den Museen konnten 2021 wieder zahlreicher genutzt werden (2021: 2834, 2020: 1831), ergänzt wurden sie durch Online-Angebote. Ausserdem konnten im Berichtsjahr 66 Veranstaltungen zur Begleitung des expositorischen Angebotes durchgeführt werden (2020: 50).

Wissenschaftliche Arbeit an der Sammlung

Schwerpunkte waren im Berichtsjahr Konservierungsarbeiten und die Aufarbeitung einzelner Sammlungsbestände.

Hervorzuheben ist das abgeschlossene Projekt zur Erforschung und Entwicklung eines konservatorisch-restauratorischen Massnahmenkonzepts der zu Beginn des 20. Jahrhunderts abgenommenen karolingischen Wandmalereifragmente aus der Klosterkirche St. Johann in Müstair, das vom Kanton Graubünden und den Stiftungen Ars Rhenia und Baugarten finanziell unterstützt wurde.

Leistungen für Dritte

Das Auftragsvolumen von kantonalen und städtischen Fachstellen und weiteren Institutionen hielt sich in etwa auf dem letztjährigen Niveau (2021: 465 TCHF, 2020: 480 TCHF). Für die Kantone Uri, Schaffhausen, Schwyz, Tessin sowie Zürich und Museen aus der Schweiz und dem Südtirol führte das SNM Aufträge aus wie Materialanalysen an Glasgemälden für das Vitromusée Romont oder konservatorische Massnahmen an den Beifunden des Mannes aus dem Eis (Ötzi) im Südtiroler Archäologiemuseum in Bozen.

Corona-bedingt waren im Berichtsjahr weitere Einbussen bei den Erträgen aus gewerblichen Leistungen für Dritte aus der Verpachtung der Gastronomieinfrastruktur in Zürich und Prangins zu verzeichnen (2021: 350 TCHF, 2020: 403 TCHF). Dank wieder stattfindender Veranstaltungen stiegen die Erträge aus Vermietungen gegenüber dem Vorjahr an (2021: 656 TCHF, 2020: 231 TCHF). Auch die Erträge aus Museumsshopverkäufen konnten sich leicht erholen. Insgesamt bleiben die Zahlen weiterhin deutlich hinter denjenigen von 2019 zurück.

Leihwesen

2021 haben weniger Museen insgesamt weniger Objekte aus den Sammlungen des SNM angefragt als im Vorjahr, was auf die weltweiten temporären Museumsschliessungen

und Umplanungen zurückzuführen ist. So wurden 266 Objekte für 41 Ausstellungen ausgeliehen (2020: 478/43), darunter an das *Museo Archeologico Nazionale di Napoli* und die *Gallerie Nazionali di Arte Antica, Palazzo Barberini*, in Italien, sowie das *Musée Narbo Via* in Frankreich.

Sicherung eines repräsentativen Kulturerbes

Entsprechend dem aktualisierten Sammlungskonzept fanden im Berichtsjahr u.a. die folgenden Objekte Eingang in die Sammlung des SNM:

- Die silberne Deckelschüssel von 1749 ist eine herausragende Arbeit des Pariser Goldschmieds Pierre-Edme Balzac für den Genfer Jean Jacques Ployard (1662-1760) und zeigt anschaulich, wie stark der höfische Pariser Lebensstil damals auf die protestantische Oberschicht am Genfersee ausstrahlte. Vergleichbare Objekte werden im Louvre in Paris oder im Metropolitan Museum in New York ausgestellt.
- Die Modedesignerin Ursula Rodel (1946-2021) revolutionierte in den 1970er-Jahren die Schweizer Modewelt. Sie kreierte für die internationale Film-Avantgarde, so etwa für Filme von Federico Fellini und für Filmstars wie Catherine Deneuve. Aus dem Nachlass konnten Kostüme, Entwürfe, Fotografien oder Postkarten an Rodel von berühmten Filmstars in die Sammlung aufgenommen werden.

Bauprojekte

Das Projekt Gesamtanierung und Erweiterung Landesmuseum Zürich fand am 3. August 2020 seinen Abschluss. Die Umgebungsarbeiten wurden per Ende 2021 realisiert, mit Ausnahme von einzelnen Arbeiten. Geplant ist, dass die Projektabschlussdokumentation Ende 2022 vorgelegt werden kann.

Betreffend die Zusammenführung der Depots des Sammlungszentrums in Affoltern am Albis konnte die Vorprojektphase gestartet werden.

2. Finanzielle Ziele

Das SNM zeichnet sich in seiner Leistungserbringung durch wirtschaftliches Handeln aus. Dazu werden geeignete Kontroll- und Steuerungsprozesse eingesetzt.

Das vergangene Geschäftsjahr schloss mit einem Ertragsüberschuss von knapp 1,0 Million Franken ab (2020: CHF - 0,2 Mio.). Die Ertragseinbussen aufgrund der Folgen von Covid-19 konnten dank Aufwandeinsparungen aufgefangen werden.

Der Umsatz war mit 56,8 Millionen Franken rund 1,8 Millionen geringer als 2020. Der Beitrag des Bundes an das SNM stieg von 31,9 Millionen auf 32,2 Millionen Franken an. Der Beitrag an die Unterbringung des SNM betrug 19,6 Millionen Franken. Die Erlöse aus Lieferungen und Leistungen verblieben infolge Covid-19 bei 4,1 Millionen Franken. Die Zuwendungen haben 0,9 Millionen Franken betragen (2020: CHF 2,4 Mio.).

Die Betriebsaufwendungen sanken gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Millionen auf 55,8 Millionen Franken, zum einen aufgrund grösserer Aufwendungen im Vorjahr für Ergänzungen in den Dauerausstellungen sowie zum anderen durch Covid-19-bedingte Aufwandskürzungen. Durch Nicht- resp. Späterbesetzung offener Stellen sowie durch den Abbau von Ferien- und Überzeitrückstellungen verblieben die Personalaufwendungen im Berichtsjahr wie im Vorjahr bei 23,8 Millionen Franken. Die Sachaufwendungen sanken aufgrund der Verschiebung geplanter Wechsellausstellungen sowie Einsparungen infolge Covid-19 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Millionen auf 11,9 Millionen Franken. Die Kosten für die Unterbringung betragen 19,6 Millionen Franken.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Millionen Franken verringert. Ins Fondskapital wurden 0,8 Millionen eingelegt und im gleichen Umfang auch wieder verwendet. Damit beläuft sich das Fondskapital unverändert auf 5,8 Millionen Franken. Beim gebundenen Organisationskapital wurden aus dem Fonds «Ankäufe» 0,4 Millionen Franken für den Ankauf eines ausserordentlichen Sammlungsobjekts, der vorgenannten silbernen Deckelschüssel von Pierre-Edme Balzac, entnommen. Aus den durch die Ergebnisverwendung freigewordenen Mitteln wurden dem gebundenen Organisationskapital 1,3 Millionen Franken zugewiesen. Dieses beträgt damit neu 5,0 Millionen Franken (Vorjahr 4,1 Mio. CHF). Das freie Kapital ist um 0,1 Millionen auf 0,9 Millionen Franken angestiegen.

Die Organisationskapitalquote zum Jahresende beträgt 40,6 Prozent (Vorjahr 32,9 %).

Das SNM verfügt über einen angemessenen Risikomanagementprozess. Für 2021 wurden drei im Fokus stehende Schlüsselrisiken gemeldet, wovon nach Ergreifen von entsprechenden Massnahmen das Restrisiko bei zwei Risiken weiterhin als hoch eingeschätzt wird.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das SNM verfolgt eine verantwortungsbewusste, transparente und verlässliche Personalpolitik, die sich von der Personalstrategie des Bundes ableitet.

Neben individuell zugeschnittenen Weiterbildungen haben alle Mitarbeitenden standortunabhängig neu die Möglichkeit, monatlich an internen Online-Schulungen teilzunehmen. Grosses Gewicht wird auf transparente, zeitnahe Information gelegt. Jährlich findet ein Austausch mit den Sozialpartnern und der Personalkommission des SNM statt.

Für Mitarbeitende im Stundenlohn wurde während der temporären Schliessungen infolge Covid-19 eine Lohnfortzahlung gewährt, zumal für das SNM kein Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung besteht.

Der Personalbestand betrug im 2021 186 FTE (2020: 190 FTE), verteilt auf 331 Mitarbeitende (2020: 331). Im SNM arbeiten 31,2 Prozent Männer (2020: 32,9 %) und 68,8 Pro-

zent Frauen (2020: 67,1 %). Das SNM zählt 43 Mitarbeitende mit Führungsverantwortung, davon 55,8 Prozent Frauen (2020: 53,5 %). Auf Geschäftsleitungsstufe beträgt der Frauenanteil 60% gegenüber 40% Männern. Die Fluktuationsrate lag bei 14,8 Prozent (2020: 10,6 %). Ohne Fachreferentinnen und Fachreferenten und Mitarbeitende im Stundenlohn im Bereich Aufsicht und Besucherbetreuung, welche vor oder während einem Studium im Nebenerwerb im SNM tätig waren, betrug die Fluktuationsrate 6 Prozent (2020: 4,5 %).

Die Verteilung der Muttersprachen ergab per Ende 2021 einen Anteil von 69,1 Prozent mit deutscher (2020: 70,4 %), 11,4 Prozent mit französischer (2020: 10,0 %) und 6,9 Prozent mit italienischer Muttersprache (2020: 7,2 %). 12,6 % der Mitarbeitenden haben eine andere Muttersprache als eine der Landessprachen angegeben (2020: 12,1 %). Es werden 43 Mitarbeitende mit ausländischer Nationalität beschäftigt (2020: 41). Im Berichtsjahr wurden allein Bewerberinnen und Bewerber mit Wohnsitz in der Schweiz neu eingestellt. Alle offenen Stellen wurden ausschliesslich auf dem inländischen Arbeitsmarkt ausgeschrieben.

Im Berichtsjahr waren 14 Praktikantinnen und Praktikanten während oder direkt nach einem Fachhochschul- oder Hochschulstudium im SNM tätig (2020: 12). Zudem waren fünf Lernende beschäftigt (2020: 6).

Die Integration von Menschen mit Behinderungen bleibt wichtig: Es waren neun Mitarbeitende mit einer Behinderung beschäftigt (2020: 7). Ausserdem nahmen drei Personen an einer Arbeitsintegrationsmassnahme teil (2020: 3).

Das SNM prüft alle drei Jahre die Löhne seiner Mitarbeitenden mit dem Lohngleichheitsinstrument «Logib», letztmals 2020 mit dem Ergebnis, dass die Lohngleichheit gewährleistet ist. Die Abweichung zu Ungunsten der Frauen beträgt 0,2 Prozent und liegt innerhalb der Toleranzschwelle von 5 Prozent.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Forschungskooperationen wurden im Berichtsjahr weitergeführt und einige neue Kooperationen für Ausstellungen eingegangen. Die Nachfrage seitens Ausbildungsinstitutionen blieb konstant hoch.

Ein internationaler Austausch mit renommierten Fachleuten aus Italien, Frankreich und den Niederlanden, organisiert durch das Château de Prangins und das Zentrum Maison de l'histoire der Universität Genf, stellte zur Diskussion, wie so komplexe Themen wie Globalisierung, Kolonialismus und Sklaverei im Museum zu präsentieren sind.

Nach einem Wassereintritt im Depot des Historischen Museums Baden konnte das Sammlungszentrum des SNM in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Kulturgüterschutz des BABS organisatorische Hilfe bieten und die Einlagerung der Objekte in die Kaverne in Hausen unterstützen.

Für die Glasmalerei-Ausstellung «Farben im Licht» im Landesmuseum Zürich wurde in Zusammenarbeit mit dem Vitroculture Romont ein Film realisiert, der einen Blick in die Konservierungsforschung und Materialanalytik vermittelt.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Ausbildungsinstitutionen des Fachbereichs Konservierung-Restaurierung wurden insgesamt neun Studierende aus dem In- und Ausland ausgebildet. Fünf Studierende von Schweizer Universitäten absolvierten Praktika im Bereich der Ausstellungs- und Sammlungsarbeit.

Stattgefunden haben ausserdem Ausbildungsmodule im Bereich Konservierung-Restaurierung sowie Museumsarbeit für die Berner Fachhochschule, die Fachhochschule der italienischen Schweiz, die Fachhochschule Westschweiz, die Fachhochschule Graubünden und das Schweizerische Institut für Kunstwissenschaft (SIK).

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle KPMG AG hat die Jahresrechnung 2021 bestehend aus Bilanz, Betriebsrechnung, Rechnung über die Veränderung des Kapitals, Geldflussrechnung und Anhang geprüft und beurteilt, dass diese im Einklang mit dem Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER und dem schweizerischen Gesetz erstellt wurde. Die KPMG AG erachtet die Jahresrechnung als ordnungsgemäss und empfiehlt, diese zu genehmigen, und bestätigt zudem, dass ein gemäss den Vorgaben des Museumsrates ausgestaltetes IKS für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Museumsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2021 mit dem eigenständigen Anhang zur Jahresrechnung zu genehmigen, den Bericht des Museumsrats über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2021 und den Bericht der Revisionsstelle KPMG AG zur Kenntnis zu nehmen sowie den Museumsrat für das Geschäftsjahr 2021 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 13. April 2022 den Geschäftsbericht 2021 mit dem eigenständigen Anhang zur Jahresrechnung genehmigt, den Bericht des Museumsrats über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2021 und den Bericht der Revisionsstelle KPMG AG zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Museumsrates für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Am 18. Februar 2021 wählte der Bundesrat Larissa Bieler in den Museumsrat des SNM.

Am 1. April 2021 hat Denise Tonella als neue Direktorin des SNM die Nachfolge von Andreas Spillmann angetreten.

Am 24. November 2021 erfolgte die Wiederwahl des Präsidenten und der Mitglieder des Museumsrates durch den Bundesrat. Zudem wurde als externe Revisionsstelle die KPMG AG wiedergewählt.

Der Museumsrat führte im Berichtsjahr eine Selbstevaluation durch und nahm eine Aktualisierung der Meldungen zum Stand der Interessenbindungen vor, die auf www.admin.ch öffentlich einsehbar sind.

Pro Helvetia

Internet: www.prohelvetia.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: öffentlich-rechtliche Stiftung

Stiftungsrat: Charles Beer (Präsident), Susanna Fanzun, Hannes Gassert, Gianfranco Helbling, Françoise König Gerny, Esra Küçük, Sarah Lombardi, Elodie Pong, Karl Schwaar

Direktor: Philippe Bischof

Ext. Revisionsstelle: OBT AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Das Jahr 2021 war wiederum ein schwieriges Jahr für den Kulturbereich. Unberechenbares Publikumsverhalten, ungewisse finanzielle Rahmenbedingungen, wechselnde Reisebeschränkungen und Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit haben den Kultursektor und auch die Stiftung Pro Helvetia in diesem Covid-19-Pandemiejahr besonders geprägt. Pro Helvetia hat flexibel auf die Herausforderungen reagiert und Formate und Massnahmen angepasst, um die festgelegten strategischen Ziele zu erfüllen.

Auch in diesem Jahr war eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Kultur (BAK) nötig, um die Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen von Covid-19 im Kulturbereich umzusetzen und sich mit den Kulturverbänden, Kantonen und Städten auszutauschen.

Die Zahl der unterstützten Kunst- und Kulturvorhaben in der Schweiz konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden (2021: 2539; 2020: 1630; 2019: 1611). Bei den von der Stiftung unterstützten Projekten von Schweizer Kunst- und Kulturereignissen in 99 Ländern (2020: 104) sind die Zahlen ähnlich wie 2020 und noch immer markant tiefer als in den Jahren vor der Pandemie (2021: 2483; 2020: 2461; 2019: 4576). Da die Auftrittsmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler 2021 stark eingeschränkt waren, wurden mehr Gesuche für Werkbeiträge gestellt als dies in den Jahren vor der Pandemie der Fall war (2021: 218; 2020: 242; 2019: 175).

Mit der neuen Strategieperiode wurden die quantifizierbaren Indikatoren erweitert. So werden beispielsweise Besuchendenzahlen an der Biennale in Venedig und im Centre culturel suisse in Paris sowie der Output der Nachwuchsförderung neu ausgewiesen.

Die finanziellen Ziele der Pro Helvetia wurden erreicht. Ebenso konnten die personalpolitischen Ziele eingehalten werden.

Die Administrationskosten sind mit 13,7 Prozent (2020: 13,4 %) erneut gestiegen. Der Bundesrat erwartet aber, dass die Administrationskosten bis zum Ende der Strategieperiode 2024 bei 13,0 Prozent liegen.

Kennzahlen	2021	2020
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	43	43
Jahresergebnis (vor Zuweisung an freies Kapital) (T CHF)	302	-181-
Freies Kapital (T CHF)	713	411
Bilanzsumme (Mio. CHF)	33	28
Eigenkapitalquote in %	20,1	17,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	94 ¹⁾	79,2

Stiftungsspezifische Kennzahlen

Bearbeitete Gesuche	5041	5798
Zustimmungsquote in %	48,8	38,9
Administrativkosten nach ZEWO in %	13,7	13,4
Anteil Mittel Auslandaaustausch in %	53,1	56,8
Beitrag pro Projekt (Ø in CHF)	13 100	14 800
Technischer Deckungsgrad PUBLICA ²⁾	109,0	106,6
Ökonomischer Deckungsgrad PUBLICA ²⁾	90,0	87,7

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	43	43
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

1) Der Personalbestand erhöhte sich, da mit der neuen Kulturbotschaft per 2021 die dahin durch externe Projektmitarbeitende geführten Programmschwerpunkte «Innovation und Gesellschaft» und «Design und interaktive Medien» im Tätigkeitsbereich der Stiftung verstetigt wurde. Zudem wurde im Berichtsjahr eine zusätzliche Aussenstelle in Südamerika eröffnet.

2) 2021: die Zahlen sind geschätzt (Geschäftsbericht erscheint erst Ende März 2022)
2020: die Zahlen wurden nachträglich auf die korrekten Werte gem. Geschäftsbericht 2020 der Publica angepasst.

A. Zielerreichung 2021*

Covid-19

Wie bereits 2020 war der Kultursektor auch 2021 stark von der Pandemie geprägt. Eingeschränkte Reise- und Auftrittsmöglichkeiten und die damit verbundene Planungsunsicherheit stellten Kulturschaffende vor grosse Herausforderungen. Gewisse Fördermassnahmen von Pro Helvetia konnten regulär durchgeführt werden, bei anderen mussten zur Erfüllung des Förderauftrages im Rahmen des Kulturförderungsgesetzes und der Kulturbotschaft Anpassungen vorgenommen werden.

Zusätzlich wurden in allen Disziplinen niederschwellige Massnahmen entwickelt, welche zur Transformation der künstlerischen Tätigkeit beitragen.

1. Strategische Schwerpunkte

Pro Helvetia fördert die künstlerische Kreation und Innovation in der Schweiz, betreibt Nachwuchsförderung und fördert Projekte an den Schnittstellen von Kunst, Wissenschaft und Technologie. Die Förderung von Design und interaktiven Medien wird in die reguläre Fördertätigkeit integriert. Zusammen mit dem BAK entwickelt sie Massnahmen für eine angemessene Entschädigung von Kulturschaffenden. Pro Helvetia fördert den Kulturaustausch und die Verbreitung von Kulturschaffen im In- und Ausland. Im Ausland eröffnet sie eine neue ständige Aussenstelle in Südamerika. Die Massnahmen zur Übersetzungsförderung werden weitergeführt und die Diversität im Kulturbereich gefördert. Pro Helvetia entwickelt Empfehlungen und Massnahmen zur Chancengleichheit im Kulturbereich.

Förderung des künstlerischen Schaffens

Pro Helvetia unterstützte 2021 das künstlerische Schaffen in den Sparten Visuelle Kunst, Darstellende Künste, Literatur, Musik, Design und Interaktive Medien durch Werk- und Projektbeiträge. Zudem wurden Vorhaben im Inter- und Transdisziplinären Bereich gefördert. Zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses wurden in allen Disziplinen Fördermittel an Kunstschaffende vergeben, die ein grosses Potenzial im Hinblick auf eine nationale oder internationale Karriere aufweisen. Dazu wurde mit etablierten Institutionen im In- und Ausland zusammengearbeitet.

Kunst, Wissenschaft und Technologie

Im Rahmen des Schwerpunktes «Kunst, Wissenschaft und Technologie» entwickelt Pro Helvetia Instrumente zur Förderung von innovativen Projekten und Zusammenarbeitsmodellen an der Schnittstelle von Kunst, Wissenschaft und Technologie. Dazu lancierte Pro Helvetia 2021 diverse Partnerschaften mit wissenschaftlichen Institutionen, z.B. mit dem CERN in Genf. Pro Helvetia unterstützte zudem Projekte an der Schnittstelle zwischen Kunst, Wissenschaft und Technologie mit Förderbeiträgen.

Design und interaktive digitale Medien

2021 hat Pro Helvetia die Abteilung «Design & Interaktive Medien» zur Förderung von Design und interaktiven digitalen Medien eröffnet. Die Förderstrategie legt den Fokus auf Recherche und Marktzugang und beinhaltet Instrumente wie Ausschreibungen sowie gezielte Coaching-, Matchmaking- und Mentoringprogramme.

Angemessene Entschädigung von Kulturschaffenden

Im Bereich der angemessenen Entschädigung von Kulturschaffenden wurde eine umfassende Bestandesaufnahme durchgeführt, um ab 2022 stufenweise Massnahmen für eine bessere Entschädigung von Kulturschaffenden umzusetzen.

Kulturaustausch und Verbreitung von Kulturschaffen im In- und Ausland

Ein wirkungsvolles Instrument zur Förderung des kulturellen Austauschs und der Verbreitung von künstlerischen Werken zwischen den Regionen der Schweiz waren die Beiträge für Konzertreisen, Ausstellungen, Tourneen, Übersetzungen und Lesereisen, die verschiedene Landesteile miteinbezogen. Einen wesentlichen Beitrag leistete die Stiftung auch durch die mehrjährige Vereinbarung mit der Interessengemeinschaft Volkskultur (IGV) für den «VolkskulturFonds Pro Helvetia».

Verbreitung und Sichtbarkeit

Pandemiebedingt gestaltete sich der Ausbau von Promotions- und Kooperationsprojekten in Europa schwierig. Trotzdem konnten wichtige Veranstaltungen stattfinden, etwa das Festival «ImPulsTanz – Vienna International Dance Festival» mit einem Schweizer Schwerpunkt. Ebenfalls stattfinden konnte die Design Week in Milano, wo Pro Helvetia mit zehn jungen Designernd Designern präsent war.

Die Stiftung trug dazu bei, dass im Jahr 2021 2483 Schweizer Kunstereignisse in 99 Ländern stattfinden konnten (2020: 2461 Ereignisse in 104 Ländern). Eine Schlüsselrolle bei der aktiven Verbreitung des Schweizer Kulturschaffens spielten die von der Stiftung geführten Aussenstellen (Johannesburg, Kairo, Moskau, New Delhi, Shanghai, Paris und neu Südamerika) sowie die Kulturprogramme der mittels Leistungsvereinbarungen mitfinanzierten Institutionen (Swiss Institute New York und Istituto Svizzero Rom).

Aussenstelle in Südamerika

Nach dem erfolgreichen Programm «Coincidencia» hat Pro Helvetia 2021 eine Aussenstelle in Südamerika eröffnet, um den Zugang zu den regionalen Szenen für Kulturschaffende zu stärken. Das Büro wurde als dezentralisierte Struktur eingerichtet, mit Präsenzen in Chile, Argentinien, Brasilien und Kolumbien. Trotz der Pandemie unterstützte das Büro im ersten Jahr seines Bestehens über 50 Projekte.

Massnahmen und Netzwerke zur verbesserten Verbreitung künstlerischer Werke

Pro Helvetia verstärkte 2021 gemeinsam mit interessierten Städten und Kantonen den Dialog über Massnahmen und Netzwerke zur verbesserten Verbreitung von künstlerischen Werken und zum Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen, kulturellen oder demographischen Gruppen.

Übersetzungsförderung

Pro Helvetia hat 2021 ihre Massnahmen zur Übersetzungsförderung weitergeführt. Unterstützt wurden Übersetzungen von Schweizer Literatur, in den Landessprachen und in weiteren in der Schweiz gesprochenen Sprachen, ebenso wie Übersetzungsprojekte von Schweizer Übersetzerinnen und Übersetzern. Zur Professionalisierung und Qualifizierung des Übersetzungsnachwuchses aus der italienischsprachigen Schweiz wurde ein Workshopangebot im Tessin initiiert. Neben einer eigenen Plattform, die sich an internationale Verlage richtet (translateswissbooks.ch) wurden weitere Plattformen für deutsche Neuerscheinungen und Kinder- und Jugendbücher unterstützt.

Diversität im Kulturbereich

Pro Helvetia lancierte zwei Ausschreibungen mit dem Ziel, Schweizer Kulturinstitutionen diverser und inklusiver zu gestalten. «Tandem Diversität» gab fünf Kulturbetrieben die Möglichkeit, ihre Strukturen zu analysieren und diversitätsorientiert auszurichten. «Start Diversität» bot neun Kulturinstitutionen einen Einsteigerworkshop zur Thematik «Diversitätsprozesse in Kulturbetrieben» an.

Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kulturbereich

Im Sommer 2021 wurden die Resultate der von Pro Helvetia in Auftrag gegebenen Vorstudie «Geschlechterverhältnisse im Kulturbetrieb» veröffentlicht und an Veranstaltungen schweizweit vermittelt. Zudem fanden diverse Gespräche mit dem BAK, dem BFS sowie mit Kantonen und Städten im Hinblick auf die Entwicklung von Empfehlungen und Massnahmen sowie eines langfristigen Monitorings statt.

Wegleitungen

Die Wegleitungen für die Gesuchsteller/innen waren in den Amtssprachen D, F, I und auch in E auf www.prohelvetia.ch verfügbar. Ergänzend wurden wichtige Informationen in den verschiedenen Sprachen über Social Media verbreitet.

2. Finanzielle Ziele

Betriebswirtschaftliches Handeln

Die Organisationsstruktur von Pro Helvetia ist auf effiziente und sorgfältige Entscheidungen über Finanzierungsgesuche ausgelegt und entsprechend schlank gehalten.

Instrumente, Kontroll- und Steuerungsprozesse

Pro Helvetia hat 2021 erste Abklärungen und Vorarbeiten unternommen, um in den nächsten Jahren ein Unternehmensrisikomanagementsystem (EMS), ein Compliance-Management-System (CMS) und Betriebskontinuitätsmanagementsystem (BCM) erfolgreich einführen zu können. Diesbezüglich ist eine Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Wirtschaft der Hochschule Luzern geplant.

Administrationskosten

Die Berechnung der Administrationskosten erfolgt gemäss dem anerkannten ZEW-Standard. Im Jahr 2021 liegen die Administrationskosten bei 13,7 Prozent. Pro Helvetia hat die entsprechende Personalplanung vorgenommen, damit das vom Bundesrat vorgegebene Ziel von 13 Prozent bis zum Ende Kulturbotschaftsperiode 2021 – 2024 erreicht werden kann.

Ergebnis der Jahresrechnung 2021

Die Jahresrechnung wird in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung Swiss GAAP FER (insbesondere FER 21) präsentiert. Für das Geschäftsjahr 2021 wird ein positives Jahresergebnis (vor Zuweisung an freies Kapital) in der Höhe von 302 000 CHF ausgewiesen, welches Pro Helvetia als Non-Profit-Organisation nach FER 21 dem Freien Kapital zuweist. Dieser Gewinn wird in den Folgejahren wieder für Kulturprojekte eingesetzt werden, damit über die Dauer der Kulturbotschaft 2021-2024 ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden kann.

3. Personalpolitische Ziele

Personalpolitik, Arbeitsbedingungen, Personalentwicklung

Wie im GAV, in der Personalverordnung und in den personalpolitischen Leitsätzen festgehalten, gründet die Personalpolitik von Pro Helvetia auf Respekt, Vertrauen und sozialer Verantwortung; sie setzt Engagement, Entwicklung und Leistungsbereitschaft ins Zentrum. Mit den Sozialpartnern und dem Personalausschuss wird ein konstruktiver Dialog gepflegt.

Pro Helvetia legt grossen Wert auf Weiterbildungs- und weitere Personalentwicklungsmassnahmen. 2021 wurden stiftungsweit Weiterbildungsangebote implementiert, die sowohl den Spracherwerb wie auch persönlichkeitsbildende Themen umschlossen.

Die Stiftung bot 2021 sieben Praktikantinnen und Praktikanten die Gelegenheit, im Kulturumfeld wertvolle Berufserfahrungen zu sammeln (2020: 7). Zudem bildet sie im Administrationsbereich je einen Lernenden in den Bereichen KV und Informatik aus.

Die Teilzeiträte von 70,3 Prozent und die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, tragen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit bei. Diese flexiblen Arbeitsbedin-

gungen erhöhen die Attraktivität des Arbeitsplatzes insbesondere auch für Mitarbeitende aus anderen Sprachregionen des Landes.

Mehrsprachigkeit und Diversität

Die Geschlechterverteilung bei den Mitarbeitenden liegt im Bereich des Vorjahres, mit einem Anteil von 67 Prozent Frauen und 33 Prozent Männern. Auch die Sprachenverteilung liegt in einem ähnlichen Bereich wie 2020 und erfüllt damit die Vorgaben des Bundes. 63,7 Prozent der Mitarbeitenden sprechen Deutsch, 19 Prozent Französisch, 16 Prozent Italienisch und 1,3 Prozent Rätoromanisch. Bei den Mitarbeitenden mit Kaderfunktion beträgt der Anteil Männer 54 Prozent, der Anteil Frauen 46 Prozent. Alle Mitarbeitenden mit Kaderfunktion (ohne Geschäftsleitung) sind deutschsprachig. Auf Stufe Geschäftsleitung betrug der Anteil Frauen und Männer je 50 Prozent (1.1.2021 – 31.10.2021) resp. 40 Prozent Frauen und 60 Prozent Männer (1.11.201 – 31.12.2021). Die Sprachverteilung auf Stufe Geschäftsleitung betrug 66 Prozent Deutsch, 16,7 Prozent Französisch und 16,7 Prozent Italienisch (1.1.2021 – 31.10.2021) resp. 60 Prozent Deutsch, 20 Prozent Französisch und 20 Prozent Italienisch (1.11.2021 – 31.12.2021). Es wird eine Person mit Hörbeeinträchtigung beschäftigt.

Zusätzlich vertiefte Pro Helvetia die Bestrebungen, die Diversität der Mitarbeitenden zu erhöhen.

Die Löhne der Mitarbeitenden wurden 2021 über das Tool LOGIB (Lohnungleichheit im Betrieb) evaluiert. Die Lohnungleichheit liegt innerhalb der Toleranzschwelle von 5 Prozent, welche vom Bund angestrebt wird. Aktuell verdienen Frauen bei gleicher Funktion 0,7 Prozent mehr als Männer.

4. Kooperationen

Kooperative, subsidiäre Förderpolitik

Im Inland tauschte sich Pro Helvetia 2021 mit dem BAK regelmässig über gemeinsame kulturpolitische Themen und Herausforderungen aus und arbeitete eng mit den verschiedenen Akteuren des Bundes zusammen. Wie bereits 2020 war der Austausch zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Kultursektor und die Massnahmen zu deren Abfederung intensiv, insbesondere mit Kulturverbänden, Kantonen und Städten.

Ebenso wirkte die Stiftung aktiv am «Nationalen Kulturdialog» mit, nahm Einsitz in den Arbeitsgruppen «Angemessene Entschädigung von Kulturschaffenden» (Präsidium) und «Nachhaltigkeit in der Kulturproduktion». Sie nutzte ihre Auftritte bei den städtischen und kantonalen Kulturbefragungskonferenzen um gemeinsame Anliegen einzubringen und Themen zu diskutieren. Für die Entwicklung ebenso wie die Umsetzung ihrer Fördermassnahmen arbeitete die Stiftung mit öffentlichen und privaten Kulturförder-

ern, Berufsverbänden, Interessengemeinschaften, weiteren Bundesstellen sowie mit Unternehmen der Wirtschaft zusammen.

Aktivitäten im Ausland

Pro Helvetia richtet sich bei ihren Aktivitäten im Ausland an den «Grundsätzen der Information, Koordination und Kooperation» aus, wie sie in der Vereinbarung zwischen Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) vom 9. Dezember 2011 festgehalten sind und in den 2016 revidierten Ausführungsbestimmungen konkretisiert werden. Die Stiftung und das EDA arbeiten aufgrund ihrer unterschiedlichen gesetzlichen Aufträge komplementär; wo Synergien möglich waren, wurden die Aktivitäten in enger Zusammenarbeit umgesetzt. Pro Helvetia pflegte zu diesem Zweck 2021 regelmässig den Kontakt zu Schweizer Vertretungen in der ganzen Welt, beriet sie in kulturellen Fragen und nutzte ihre Informationsplattformen und Netzwerke. Sie bot ein Einführungsprogramm für die diplomatischen Anwärtinnen und Anwarter des EDA und pflegte den bilateralen Austausch mit der Geschäftsleitung von Präsenz Schweiz (PRS). Speziell zu erwähnen ist hier das Pop-Up House of Switzerland in Mailand, ein gemeinsames Projekt von Präsenz Schweiz, Pro Helvetia und dem Schweizer Generalkonsulat in Mailand, das in 2022 stattfinden soll und im 2021 Anlass für mehrere trilaterale Arbeitssitzungen war.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Treuhandunternehmung OBТ AG hat die Jahresrechnung von 2021 der Pro Helvetia geprüft und mit Bericht vom 11.02.2022 für ordnungsgemäss befunden. Sie empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Stiftungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2021 mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2021 zu genehmigen, den Revisionsbericht der OBТ AG zur Kenntnis zu nehmen und den Stiftungsrat für das Geschäftsjahr 2021 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 13. April 2022 den Geschäftsbericht der Stiftung Pro Helvetia mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2021 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Stiftungsrates der Pro Helvetia über die Erreichung der strategischen Ziele des Bundesrates 2021 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Stiftungsrates für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Swissmedic

Internet: www.swissmedic.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Lukas Bruhin (Präsident), Daniel Betticher, Lukas Engelberger, Olivier Guillod, Marie-Denise Schaller, Vincenza Trivigno, Giovan Maria Zanini

Direktor: Raimund Bruhin

Ext. Revisionsstelle: Ernst & Young AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Die Swissmedic erreichte im dritten Jahr der Strategieperiode 2019 bis 2022 nebst der Bewältigung der Corona-Pandemie die strategischen Ziele und wickelte das operative Geschäft zuverlässig und effizient ab.

Die internationale Vernetzung und der Austausch mit anderen Partnerbehörden waren bei der Bewältigung der Corona-Pandemie ein wichtiger Faktor. Die Abstützung auf Begutachtungsergebnisse anderer Behörden und die arbeitsteilige Begutachtung im internationalen Verbund wurden intensiv genutzt. Im Bereich der Medizinprodukte führte der Wegfall der Zusammenarbeit mit der EU ab Juni 2021 zu einem deutlich höheren personellen und finanziellen Aufwand für die Swissmedic.

In der Öffentlichkeit konnte sich die Swissmedic insbesondere in Bezug auf die Covid-19-Pandemie als unabhängige und vertrauenswürdige Heilmittelbehörde positionieren.

Die Gesuche im Zusammenhang mit Covid-19 wurden deutlich beschleunigt bearbeitet. Die Fristeinhaltung für alle abgeschlossenen Gesuche lag bei 97 Prozent und damit über der Vorgabe von 95 Prozent.

Die Swissmedic schliesst das Berichtsjahr 2021 mit einem Gewinn von 21,8 Millionen Franken ab. Die Einnahmen von 122,9 Millionen Franken stammen zu 86 Prozent aus Aufsichtsabgaben und Verfahrensgebühren. Mit 76,1 Millionen Franken ist der Personalaufwand der grösste Aufwandsposten. Die im Heilmittelgesetz vorgesehene allfällige Bildung von Reserven von maximal einem Jahresbudget schreitet schneller voran als geplant. Deshalb wurde die Aufsichtsabgabe-Verordnung revidiert und der Abgabesatz per 1. Januar 2022 gesenkt.

Der Frauenanteil in der Belegschaft betrug 57,6 Prozent (2020: 57,9%) und in den Kaderfunktionen 40,3 Prozent (2020: 40,0%). Der Anteil der französischsprachigen Mitarbeitenden hat gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent zugenommen, jener der italienischsprachigen Mitarbeitenden um 0,8 Prozent abgenommen.

Kennzahlen	2021	2020
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	122,9	121,2
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	21,8	28,9
Reserven (Mio. CHF)	79,5	50,5
Bilanzsumme (Mio. CHF)	183,9	161,1
Eigenkapitalquote in % ¹	62,6	35,9
Personalbestand (Vollzeitstellen)	408,4	382,1

Institutspezifische Kennzahlen

Anzahl Gesuche Zulassung	21'313	20'779
Fristeinhaltung Zulassung (%)	97	99
Anzahl Bewilligungen	4'722	3'811
Anzahl Vigilanzmeldungen Arzneimittel	29'099	19'810
Anzahl publizierter Sicherheits-Meldungen Medizinprodukte	628	605
Anzahl eröffnete Verfahren Strafrecht ²	281	41
Techn. Deckungsgrad Publica in %	111,9	111,7
Ökonom. Deckungsgrad Publica in %	99,0	93,3

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	16,7	16,6
Gebühren und Abgaben (Mio. CHF)	105,7	104,1

¹ Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk Swissmedic werden direkt im Eigenkapital erfasst.

² Die starke Zunahme der eröffneten Strafrechtsverfahren ist zu einem grossen Teil auf die Übergabe von 120 Straffällen von der Eidgenössischen Zollverwaltung an die Swissmedic begründet.

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Ein substantieller Beitrag zur Entwicklung der internationalen Standards ist geleistet und relevante Standards sind umgesetzt.

Die Swissmedic beteiligte sich erneut aktiv an der Weiterentwicklung von globalen Standards und investierte dafür rund 2'150 Personentage (2020: 2'170). In allen internati-

* Strategische Ziele: [Strategische Ziele 2019-2022 des Schweizerischen Heilmittelinstituts \(Swissmedic\)](#)

onalen Organisationen und Gremien stand die Bewältigung der Covid-19-Pandemie im Vordergrund. Die internationalen Standards werden laufend in den Prozessen und Regulierungen von Swissmedic umgesetzt.

Im Berichtsjahr unterzeichneten die Swissmedic und das deutsche Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) eine gemeinsame Absichtserklärung für eine Zusammenarbeit im Bereich der Tierarzneimittel.

Seit Oktober 2021 ist die Swissmedic in der Regulatory Gruppe des Advisory Committees von EUPATI (Europäische Patientenakademie zu Therapeutischen Innovationen) vertreten und hat damit die Möglichkeit, sich mit weiteren Heilmittelbehörden zum Engagement mit Patientenorganisationen auszutauschen.

Im Bereich der Medizinprodukte engagierte sich die Swissmedic bis Ende Mai 2021 in 14 Gremien der Europäischen Union (EU) und arbeitete an harmonisierten Vorgaben für die neue Regulierung mit. Aufgrund der fehlenden Aktualisierung des Abkommens zwischen der Schweiz und der EU über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) wurde die Swissmedic per Anfang Juni 2021 aus allen Gremien ausgeschlossen.

Abstützung auf Begutachtungsergebnisse anderer Behörden und arbeitsteilige Begutachtung sind intensiv genutzt.

Die Abstützung auf Entscheide anderer Behörden wird vermehrt genutzt. Im Berichtsjahr wurden gegenüber 2018 mit 123 Gesuchen 190 oder gut 50 Prozent mehr Gesuche in Anwendung von Artikel 13 Heilmittelgesetz (HMG) gutgeheissen. Damit wurde der Zielwert von 30 Prozent zum ersten Mal erfüllt.

Nach den im 2019 in Kraft getretenen neuen Bestimmungen in Artikel 14 Absatz 1 Bst. a^{bis}, a^{ter} und a^{quater} (langjährige Zulassung im Ausland) wurden 22 Gesuche (Vorjahr: 12) gutgeheissen.

Ebenfalls zugenommen hat die arbeitsteilige Begutachtung im Rahmen des Access Consortiums, eine Gemeinschaftsinitiative der Regulierungsbehörden von Australien, Kanada, UK, Singapur und der Schweiz. Insgesamt fünf innovative Produkte mit neuen aktiven Substanzen (2020: 1) konnten zugelassen werden, darunter Xevudy®, ein monoklonaler Antikörper zur Behandlung von Covid-19. Acht weitere Gesuche waren per Ende 2021 in Bearbeitung.

In Projekt Orbis für die Zulassung von Onkologika werden parallel mit der U.S. Food and Drug Administration (FDA) und anderen Zulassungsbehörden Arzneimittel begutachtet. Im Jahr 2021 wurden 15 Gesuche eingereicht und 13 Begutachtungen abgeschlossen (2020: 7).

Im Bereich der Medizinprodukte arbeitete die Swissmedic bis am 26. Mai 2021 in der Bezeichnung und Überwa-

chung von Prüfstellen, der Vigilance und der Marktkontrolle eng mit den Partnerbehörden der EU zusammen. Insbesondere der Austausch von Berichten zu erkannten Mängeln ermöglichte eine gute Arbeitsteilung und eine effektive Umsetzung von Korrekturmassnahmen im Markt. Aufgrund der fehlenden Aktualisierung des MRA im Mai 2021 wurde diese Zusammenarbeit durch die EU stark eingeschränkt oder völlig eingestellt.

Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist vertrauenswürdig und aktuell.

Wie bereits im Vorjahr stand die Tätigkeit von Swissmedic auch 2021 insbesondere aufgrund der Covid-Pandemie im öffentlichen Interesse.

Das Interesse der klassischen Medien war weiterhin hoch, wie zahlreiche Medienanfragen und verschiedene Radio- und Zeitungsinterviews (2021: 1'376, 2020: 894) zeigten.

Auch die Anfragen von Privatpersonen und Fachleuten stiegen im Vergleich zum Vorjahr an (2020: 10'861, 2021: 14'684).

Die Kommunikation über die Social-Media-Kanäle Twitter, Facebook und LinkedIn konnte 2021 etabliert und ausgebaut werden. Ende 2021 verzeichnete Swissmedic über 24'000 Follower (2020: 12'066).

Die Frist von 10 Tagen für die Beantwortung der Medien-, Bürger- und Fachanfragen konnte 2021 aufgrund der erhöhten Zahl an Anfragen zum ersten Mal in dieser Strategieperiode nicht wie angestrebt in 95 Prozent der Fälle eingehalten werden (2021: 92 %, 2020: 96%).

Swissmedic intensiviert den Austausch mit nationalen Entscheidungsträgern im Gesundheitsbereich.

Die Swissmedic pflegte auch im Berichtsjahr den Austausch mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern im Gesundheitsbereich, namentlich mit den Mitgliedern der Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit von National- und Ständerat sowie mit den Vollzugsbehörden der Kantone. Die genannten Kreise wurden zu wichtigen Swissmedic-Anliegen informiert, z.B. zu Themen der Marktüberwachung und Versorgung der Covid-19-Impfstoffe und Therapeutika oder zur geänderten Medizinprodukte-Regulierung.

Die Geschäftsprozesse der Kernbereiche sind digitalisiert.

Im Berichtsjahr konnten weitere Vorhaben in der Digitalisierung der Swissmedic Prozesse erfolgreich umgesetzt werden, namentlich die Unterstützung von Bewilligungsprozessen für klinische Versuche sowie die Bereitstellung einer innovativen Lösung für die Suche wissenschaftlicher Publikationen im Internet mit Hilfe künstlicher Intelligenz.

Die fehlende Aktualisierung des MRA im Mai 2021 hatte u.a. zur Folge, dass die Swissmedic keinen Zugriff auf die neue zentrale europäische Datenbank für Medizinprodukte (EUDAMED 3) hat. Deshalb initiierte die Swissmedic den Aufbau einer eigenen Datenbank, so dass die für

den Vollzug erforderliche Registrierung der Akteure und der Medizinprodukte auf dem Schweizer Markt umgesetzt werden kann. Es ist geplant, die Datenbank für die Registrierung der Akteure bis Ende 2022 und jene für die Produkte bis Herbst 2023 fertigzustellen.

Zeitkritische Prozesse sind beschleunigt.

Die Fristeinhaltung für alle abgeschlossenen Gesuche lag bei 97 Prozent und damit über der Vorgabe von 95 Prozent (2021: 99%).

Die Verfahrensdauer bei der Bearbeitung von Gesuchen für innovative Arzneimittel und Indikationserweiterungen konnten im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr erneut reduziert werden (2021: 5,1%). 2021 lag der Wert erstmals unter dem Zielwert von 10 Prozent. Dies ist u.a. der Priorisierung von Gesuchen in Zusammenhang mit Covid-19 geschuldet, welche alle deutlich beschleunigt bearbeitet wurden. Klinische Versuche wurden innerhalb von Tagen bewilligt. Die befristete Zulassung für Comirnaty® wurde innerhalb von 64 Wochentagen und jene für Spikevax® innerhalb von 60 Wochentagen erteilt (Mediandauer 252 Tage).

Betrachtet man nur die Verfahrensdauer für die Begutachtung neuer aktiver Substanzen, so konnte diese seit 2019 um rund 25 Prozent reduziert werden. Sie lag für zugelassene Humanarzneimittel im Berichtsjahr im Median bei 396 Tagen (2019: 522 Tage; 2020: 471 Tage).

Zu einer deutlichen Reduktion der Fristen führte die Teilnahme am Projekt Orbis der FDA. Ziel dieser Initiative ist die raschere Verfügbarkeit von innovativen Krebstherapien für Patientinnen und Patienten. Der Medianwert bei den begutachteten neuen aktiven Substanzen lag bei 285 Tagen.

Die Regulierungssysteme von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen werden gestärkt.

Die Swissmedic führte in Zusammenarbeit mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) eine ganztägige virtuelle Veranstaltung zum Zulassungsverfahren für globale Gesundheitsprodukte (MAGHP) durch. Ziel der Veranstaltung war es, das Verfahren und seine Vorteile in Bezug auf den Aufbau von Kapazitäten und den beschleunigten Zugang zu therapeutischen Produkten in den betroffenen Ländern vorzustellen.

Das regelmässige Regulatory Training für Regierungsbehörden wurde von Swissmedic virtuell zweimal angeboten. Insgesamt nahmen 73 Expertinnen und Experten aus 16 Ländern am modularen Training mit den Schwerpunkten im Bereich Quality Management Systems (QMS), Marktzulassung und Marktüberwachung teil.

2. Finanzielle Ziele

Allgemeine finanzielle Ziele

Die Erfolgsrechnung 2021 schliesst mit einem Gewinn von 21,8 Millionen Franken (Vorjahr 28,9 Millionen) ab. Gut 86 Prozent des Ertrages von total 122,9 Millionen Franken stammen aus Verfahrensgebühren und Aufsichtsabgaben, der Bundesbeitrag macht ca. 13,5 Prozent aus.

Die Einnahmen aus Verfahrensgebühren haben gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Gebührensenkung bei den kleinen Änderungsgesuchen um 2,7 Millionen Franken abgenommen, jene aus der Aufsichtsabgabe um 4,4 Millionen Franken zugenommen.

Der Betriebsaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 9 Prozent oder 8,6 Millionen auf 100,5 Millionen Franken. Der Personalaufwand hat insgesamt um 6,1 Millionen Franken zugenommen. Mehr als die Hälfte davon ist auf die geplante und realisierte Erhöhung des Personalbestandes, insbesondere im Zusammenhang mit der Überwachung der Medizinprodukte, zurückzuführen. Zugenommen hat auch der Aufwand aus der Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen gemäss IAS 19. Die Kosten für die Dienstleistungen der Pharmacovigilance-Zentren haben um ca. 1,7 Millionen Franken zugenommen, dies im Kontext der Überwachung der Covid-19-Impfstoffe.

Das Eigenkapital, welches sich aus dem Gewinn/Verlust, den Reserven, dem Dotationskapital und den kumulierten versicherungsmathematischen Verlusten zusammensetzt, beträgt 115,3 Millionen Franken (Vorjahr 57,8 Millionen). Gründe dafür sind die Abnahme der kumulierten versicherungsmathematischen Verluste (ca. 35,5 Millionen) sowie die Zunahme der Gewinnreserven (ca. 29 Millionen).

Die Reserven werden angemessen erhöht.

Die Reserven betragen per Ende 2021 79,5 Millionen Franken (Vorjahr ca. 50,5 Millionen). Dies entspricht 81 Prozent des Jahresbudgets 2021 (Vorjahr 53 Prozent).

Seit 2019 fallen die Einnahmen aus der Aufsichtsabgabe deutlich höher aus als ursprünglich angenommen. Entsprechend konnten die Reserven schneller aufgebaut werden. Obwohl die gesetzlich festgelegte Höhe von einem Jahresbudget noch nicht erreicht ist, hat der Bundesrat auf Antrag des Institutsrats den Abgabesatz per 1. Januar 2022 von bisher 8 auf 6,5 Promille gesenkt.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Allgemeine personal- und vorsorgepolitische Ziele.

Der Personal- und Stellenbestand ist im Einklang mit den strategischen Zielen 2019 bis 2022 gegenüber dem Vorjahr von 458 auf 486 Mitarbeitende bzw. von 382 auf 409 Vollzeitstellen gestiegen. Der Frauenanteil in der Beleg-

schaft betrug 57,6 Prozent (2020: 57,9 %) und in den Kaderfunktionen 40,3 Prozent (2020: 40,0 %). Die Fluktuationsrate lag bei 5,5 Prozent (Vorjahr: 5,4 %).

Der Anteil der französischsprachigen Mitarbeitenden hat gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent zugenommen, jener der italienischsprachigen Mitarbeitenden um 0,8 Prozent abgenommen. Der Anteil an deutschsprachigen Mitarbeitenden liegt zum zweiten Mal in Folge unter 80 Prozent.

Im Berichtsjahr gab es keine grundlegenden Anpassungen bei der Ausgestaltung der beruflichen Vorsorge. Das Vorsorgewerk Swissmedic weist per Ende 2021 einen Deckungsgrad von 111,9 Prozent auf.

Swissmedic verfügt jederzeit über die zur Auftrags Erfüllung erforderlichen Kompetenzen.

Um die Chancen zu nutzen, die sich durch ATMP (Advanced Therapy Medicinal Products) ergeben, wurde im Berichtsjahr die Grundlage für die Weiterentwicklung der ATMP erarbeitet, eine Organisationsanalyse durchgeführt und zusätzliche personellen Ressourcen für Bewilligungen, Zulassung und Marktüberwachung der ATMP zugeteilt.

Im Bereich Zulassung und Überwachung der Arzneimittel verfügt die Swissmedic aktuell über die erforderlichen Kompetenzen (Ist). Eine Erhebung der strategisch relevanten Soll-Kompetenzen wurde durchgeführt und bildet die Grundlage für die Weiterentwicklung in diesem Bereich.

Der Aufbau der Kompetenzen im Bereich der Medizinprodukte wurde 2021 vorangetrieben. U.a. wurden alle Mitarbeitenden des Fachbereiches gezielt hinsichtlich der neuen Regulierung weitergebildet.

Die Ressourcen im Bereich der Medizinprodukte sind aufgebaut.

Der Personalbestand wurde 2021 weiter erhöht und liegt mit den bereits unterzeichneten Arbeitsverträgen nur noch knapp unter den geplanten 50 Vollzeitstellen (Stand 2020: 41).

Seit Mai 2021 hat sich die Ausgangslage für die Überwachung der Sicherheit und Konformität im Bereich der Medizinprodukte stark verändert (fehlende Aktualisierung des MRA mit der EU).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Es bestehen keine finanziellen Kooperationen und Beteiligungen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (EY) bestätigt, dass die Jahresrechnung der Swissmedic ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage

zum 31. Dezember 2021 sowie dessen Ertragslage und Cashflows für das dann endende Jahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Institutsrat beantragt dem Bundesrat die Kenntnisnahme des Berichts über die Erreichung der strategischen Ziele 2021 sowie des Revisionsberichts. Zudem beantragt er die Genehmigung des Geschäftsberichts mit der Jahresrechnung 2021. Er beantragt dem Bundesrat im Weiteren, den Bilanzgewinn von 21,8 Mio. in Übereinstimmung mit Artikel 79 HMG den Reserven zuzuweisen sowie dem Institutsrat Entlastung zu erteilen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 10. Juni 2022 den Kurzbericht und den vertieften Bericht sowie den Geschäftsbericht von Swissmedic mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2021 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Institutsrats über die Erreichung der strategischen Ziele 2021 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Institutsrats für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum

Internet: www.ige.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: C. Eichenberger (Präsidentin), B. Renggli (Vizepräsidentin), L. Amgwerd, Y. Bugmann, O. Gassmann, B. Hübscher, S. Stalder, P. Walser, E. Zwick

Direktorin: Catherine Chammartin

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Das IGE erbringt primär *Dienstleistungen mit Monopolcharakter*, seine Hauptaufgabe ist die Erteilung und Verwaltung von Marken, Patenten und Designs. Das IGE verfügt über keine strategischen Ziele des Bundesrates.

Die *Eintragungsgesuche für Marken* stiegen im Geschäftsjahr 2020/21 im Vergleich zum Vorjahr um 15,6 Prozent, während die *Markenverlängerungen* um 2,2 Prozent anstiegen. Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 6727 (Vorjahr 6904) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von *nationalen Patenten* und 136 115 (Vorjahr 127 443) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von europäischen Schutztiteln bezahlt. Die *Patentverlängerungen* sind die wichtigste Ertragsquelle des IGE. Aus ihnen werden gemäss Institutsgesetz auch die Kosten für hoheitliche und gemeinnützige Leistungen bestritten.

Im Bereich *Ministerialaufgaben* hat das IGE dem Bundesrat im August 2021 die Vernehmlassungsergebnisse zur Teilrevision des Patentgesetzes zur Kenntnis vorgelegt. Der Bundesrat hat beschlossen, der in einzelnen Bereichen geäusserten Kritik mit inhaltlichen Anpassungen der Vorlage Rechnung zu tragen.

Catherine Chammartin (IGE-Direktorin) wurde am 23.3.2021 vom Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation (EPO) einstimmig zum *Mitglied des Präsidiums des Verwaltungsrats* ernannt.

Der Beitritt der Schweiz zur *Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben* erwuchs am 1.12.2021 in Rechtskraft.

Das IGE erzielte in seinem 25. Geschäftsjahr einen *Gewinn* von 3,2 Millionen Franken resultierend aus einem Nettoerlös von 63,6 Millionen Franken gegenüber einem Aufwand für Drittleistungen von 2,5 Millionen Franken, einem Betriebsaufwand von 57,7 Millionen Franken und einem negativen Finanzergebnis von 193 000 Franken. Der durchschnittliche Personalbestand des IGE stieg auf 310 Personen (Vorjahr 301) an.

Die *Revisionsstelle* (EFK) erteilt das Testat zur geprüften Jahresrechnung 2020/21 ohne Einschränkung.

Kennzahlen	2020/21	2019/20 ¹⁾
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	63,6	60,2
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	29,8	-6,4
Bilanzsumme (Mio. CHF)	181,0	176,7
Eigenkapitalquote in %	46,9	31,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	267	259
Unternehmens-/Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Markeneintragungen	16 981	16 017
Internat. Markenregistrierung mit Schutzausdehnung Schweiz	16 150	16 604
Patenterteilung national	745	651
Erteilte europäische Patente mit Wirkung Schweiz / Liechtenstein	122 418	135 473
Technischer Deckungsgrad PK in %	110,6	109,6
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	101,1	95,4
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Gebühren (Mio. CHF)	55,6	53,1

¹⁾ Anpassung der Buchungsmethodik (siehe Jahresrechnung auf www.ige.ch/jr)

A. Zielerreichung 2021

1. Strategische Schwerpunkte

Dienstleistungen mit Monopolcharakter

Die primäre Aufgabe des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum (IGE) ist die Erteilung und Verwaltung von immaterialgüterrechtlichen Schutztiteln (insbes. Marken, Patente und Designs). Für diese Dienstleistungen mit Monopolcharakter besteht eine ausführliche materielle Regelung auf Gesetzes- und Verordnungsebene, welche sowohl die Prüfungspraxis wie auch das zu befolgende Verfahren umfassend vorgibt. Das dabei zu bewältigende Ar-

beitsvolumen hängt direkt und allein von den Anmeldezahlen für Eintragungen, Verlängerungen und Registeränderungen ab, welche vom IGE nicht beeinflusst werden können. Die erhobenen Gebühren (die ohne den an die Europäische Patentorganisation weitergeleiteten Anteil aktuell 87 Prozent der Nettoeinnahmen des IGE ausmachen) sind in den zugrundeliegenden Spezialerlassen abschliessend festgelegt; die Höhe der einzelnen Gebühren unterliegt der Genehmigung durch den Bundesrat.

Der Geschäftsgang entwickelte sich im Geschäftsjahr 2020/21 wie folgt: Die Anzahl der Schweizer Markeneintragungsgesuche stieg gegenüber dem Vorjahr um 15,6 Prozent auf 20 018 an (Vorjahr 17 310). 9 Prozent aller Gesuche gelangten in die vorgezogene Markenprüfung (dafür ist erforderlich, dass nur Waren- und Dienstleistungsbegriffe aus der Datenbank des IGE verwendet werden). Auf diesem Weg konnten 64 Prozent (Vorjahr 58 %) der Gesuche innerhalb weniger Tage eingetragen werden. Handelt es sich um einen offensichtlich unproblematischen Fall, wird die Marke sofort und ohne zusätzliche Gebühren eingetragen. Im Berichtsjahr wurden 16 981 nationale Markeneintragungen verzeichnet (Vorjahr 16 017). Der Anteil der über das elektronische Portal eTrademark eingereichten Eintragungsgesuche blieb stabil bei 97 Prozent. Die Anzahl der Markenverlängerungen stabilisierte sich mit einer leichten Zunahme um 2,2 Prozent auf 11 961 (Vorjahr 11 699). Es wurden insgesamt knapp 35 500 (Vorjahr 33 000) kostenlose Registermutationen (Übertragungen, Vertreteränderungen, Sitzverlegungen, Adress- oder Firmenänderungen usw.) vorgenommen.

Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 6727 (Vorjahr 6904) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von nationalen Patenten und 136 115 (Vorjahr 127 443) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von europäischen Schutztiteln bezahlt. Das bestätigt den Trend weg vom nationalen Patent hin zu Europäischen Anmeldungen. Inzwischen sind nur noch 4,7 Prozent der in der Schweiz in Kraft stehenden Patente national. Die Patentverlängerungen sind die wichtigste Ertragsquelle des IGE. Aus diesen Einnahmen werden gemäss Institutsgesetz auch die Kosten für hoheitliche und gemeinnützige Leistungen bestritten.

Im Berichtsjahr sind die nationalen Designeintragungen auf 795 (Vorjahr 631) gestiegen.

Die Corona-Krise, der Lockdown und der damit einhergehende Zwang zur Heimarbeit hatten praktisch keinen Einfluss auf die Produktivität in der Schutzrechtsverwaltung.

Ministerialaufgaben

In Ausführung der Motion Hefti «Für ein zeitgemässes Schweizer Patent» führte das IGE im Auftrag des Bundesrats zwischen Oktober 2020 und Januar 2021 eine Vernehmlassung durch. Nach Auswertung der Rückmeldungen erstattete das IGE dem Bundesrat Bericht, worauf dieser in seiner Sitzung vom 18.8.2021 die Weichen für die Ausarbeitung von Entwurf und Botschaft stellte. Das IGE

wird dem Bundesrat bis Ende 2022 einen entsprechenden Gesetzesentwurf mit Botschaft vorlegen.

Catherine Chammartin (IGE-Direktorin) wurde am 23. März 2021 vom Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation (EPO) einstimmig zum Mitglied des Präsidiums des Verwaltungsrats ernannt. Sie nimmt diese neue Rolle seit Ende Juni 2021 bis Ende Juni 2024 wahr.

Die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen Reisebeschränkungen haben auch im Jahr 2021 einem vertieften Austausch mit bilateralen Schwergewichtspartnern Grenzen gesetzt. Trotz erschwerten Bedingungen konnte eine IGE-Delegation im Oktober 2021 bei der britischen Schwesterinstitution, dem UKIPO, einen Besuch abstatten, wobei die Beziehungen mit Grossbritannien weiter vertieft werden konnten. In internationalen Gremien tritt Grossbritannien nach dem Brexit wieder als selbständige Delegation auf und ist in Fragen des geistigen Eigentums als innovative Exportwirtschaft in vielerlei Hinsicht ein potenzieller Partner der Schweiz. Die künftige Zusammenarbeit mit dem UKIPO soll in einer Zusammenarbeitserklärung formalisiert werden. Schliesslich wurde an diesem Treffen auch die Vertiefung der Beziehungen im Rahmen eines Freihandelsabkommens Schweiz-Vereinigtes Königreich angesprochen.

Die Schweiz ist der Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben per 1. Dezember 2021 beigetreten. Schweizer Produzenten können künftig geografische Angaben mit einem einfachen Verfahren in allen Mitgliedstaaten der Genfer Akte gleichzeitig zum Schutz anmelden.

Im Zuge der Covid-19-Pandemie geriet das TRIPS-Abkommen (Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum), das seit 1994 besteht, von verschiedenen Seiten in die Kritik. Am 2. Oktober 2020 reichten Indien und Südafrika in der WTO einen Antrag mit dem Titel «Suspendierung des TRIPS-Abkommens zum Zweck der Prävention, Eindämmung und Behandlung von Covid-19» (sog. TRIPS-Waiver) ein. Die WTO-Mitglieder führen seither eine intensive Debatte über den TRIPS-Waiver-Vorschlag. Das IGE vertritt die Schweiz dabei im TRIPS-Rat, gemeinsam mit der Mission in Genf. Ein Konsens zum TRIPS-Waiver zeichnet sich bisher nicht ab. Die für Anfang Dezember 2021 geplante 12. Ministerkonferenz in Genf wurde wegen der neu aufgetretenen Omikron-Variante des SARS-CoV-2-Virus kurzfristig auf das Jahr 2022 verschoben.

Am 17. Dezember 2021 hat der Bundesrat den Bericht «Revision des Urheberrechtsgesetzes. Überprüfung der Wirksamkeit» verabschiedet. Der Bericht zeigt auf, dass die Digitalisierung zu einer neuen, kommerziellen Nutzung journalistischer Leistungen geführt hat, ohne dass diese Leistungen abgegolten werden. Das IGE wurde beauftragt bis Ende 2022 eine Vernehmlassungsvorlage zu erarbeiten.

Freie Dienstleistungen

Zum gesetzlichen Leistungsauftrag des IGE gehört auch die Erbringung von Informationsdienstleistungen auf der Grundlage des Privatrechts.

Bei den Patent- und Technologierecherchen stieg der Umsatz auf 4,98 Millionen Franken (Vorjahr CHF 4,72 Mio.). Nach einem Einbruch aufgrund der Corona-Pandemie im ersten Halbjahr 2020 erholte sich die Nachfrage und lag im ersten Halbjahr 2021 nur noch 2 Prozent unter dem Vorkrisenniveau. Bedingt durch die Pandemie wurde die Kundenkommunikation im Berichtsjahr komplett auf virtuelle Formate (Videotelefonie, E-Mail, Datenaustauschplattformen, virtuelle Konferenzen, usw.) umgestellt. Viele Kundenkontakte konnten dank der forcierten Digitalisierung weitergeführt oder neu aufgebaut werden. Workshops und direkte Kundengespräche funktionieren auch online sehr gut. Weiterhin schwierig gestaltete sich die Übertragung physischer Auftritte – etwa an einer Messe – in die virtuelle Welt. Unterschiedliche Konzepte mit «virtuellen Ständen» wurden zwar ausprobiert, vermochten aber kaum Interessierte anzusprechen. Solange Messen virtuell durchgeführt werden müssen, wird eine Beteiligung unter Kosten-Nutzen-Überlegungen sorgfältig abgewogen. Sobald entsprechende Veranstaltungen wieder physisch durchgeführt werden, wird sich das IGE wieder daran beteiligen. Zur Weiterentwicklung der Produkte und Dienstleistungen stand die Neugestaltung des Rechercheberichts und die Umstellung der Technologie zur Erstellung der Berichte im Vordergrund. Der Kunde profitiert von einem ansprechenden Layout, einer auf die digitale Nutzung ausgelegten Navigation durch den Bericht und einer Fokussierung auf die durch den Patentexperten während der Recherche erarbeiteten Zusatzinformationen. Dies erlaubt ihm, das Rechercheergebnis noch schneller und effizienter zu erfassen und in seine weiteren Analysen zu integrieren.

Seit mehreren Jahren ist bei den Markenrecherchen ein klarer Abwärtstrend zu beobachten. Dies obwohl der Bruttoumsatz der Markenrecherche mit 443 000 Franken im Geschäftsjahr 20/21 rund 15 Prozent höher lag als im Vorjahr. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der optimierten Suchmöglichkeiten in den kostenlosen Datenbanken hat das IGE zu Beginn des Jahres 2021 entschieden, die Markenrecherchen einzustellen. Diese Schliessung erfolgt Mitte 2022 und lässt den Kunden genügend Zeit, bei Anwaltskanzleien, Patent- und Markenbüros oder spezialisierten Dienstleistern einen anderen Anbieter zu finden. Die frei werdenden Ressourcen (ca. 1 Stelle) werden im hoheitlichen Bereich (im Wesentlichen in der Markenprüfung, bei welcher eine starke Zunahme der internationalen Registrierungen mit Benennung Schweiz zu verzeichnen ist) eingesetzt.

2. Finanzielle Ziele

Das IGE erzielte im Geschäftsjahr 2020/21 einen Betriebsgewinn von 3,2 Millionen Franken. Die Neubewertung der

Vorsorgeverpflichtungen nach den vom IGE angewandten International Financial Reporting Standards (IFRS) führt zu einem aktuariellen Gewinn von 26,6 Millionen Franken. Das positive Gesamtergebnis von 29,8 Millionen Franken erhöht das Eigenkapital per 30.6.2021 auf einen Betrag von 84,9 Millionen Franken.

Der Betriebsgewinn von 3,2 Millionen Franken (Vorjahr CHF 1,5 Mio.) resultiert aus einem Nettoerlös von insgesamt 63,6 Millionen Franken (Vorjahr CHF 60,2 Mio.) gegenüber einem Aufwand für Drittleistungen von 2,5 Millionen Franken (Vorjahr CHF 2,9 Mio.), einem Betriebsaufwand von 57,7 Millionen Franken (Vorjahr CHF 55,7 Mio.) und einem negativen Finanzergebnis von 0,2 Millionen Franken (Vorjahr CHF 0,2 Mio.).

Die Gebühreneinnahmen in Höhe von 55,6 Millionen Franken stellen mit einem Anteil von 87 Prozent vom Nettoerlös unverändert die weitaus wichtigste Erlösposition des IGE dar und verteilen sich auf die Schutzbereiche Patente (CHF 26,0 Mio.), Marken (CHF 28,4 Mio.) und Design (CHF 1,1 Mio.).

Die Einnahmen aus den Patentjahresgebühren konnten unbeachtet der vorherrschenden Pandemie gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Millionen Franken erhöht werden. Die Gebühreneinnahmen im Bereich Design bewegen sich etwa auf Vorjahresniveau. Erneut zugenommen haben ebenfalls die Gebührenerlöse im Bereich der Marken, welche ein Plus von 1,2 Millionen Franken erzielten. Dafür sind grösstenteils die Gebührenerlöse für Markeneintragungen mit 0,8 Millionen Franken verantwortlich. Zudem liegen sowohl die Markenverlängerungen wie auch die Gebühren für die internationale Registrierung mit Benennung Schweiz um 0,2 Millionen Franken über dem Vorjahreswert.

Der Aufwand für Drittleistungen verringert sich um 0,3 Millionen Franken auf 2,5 Millionen Franken und der Betriebsaufwand liegt mit 57,7 Millionen Franken um 2,0 Millionen Franken über dem Vorjahreswert.

Die Neubewertung der langfristigen Vorsorgeverpflichtungen und des Vorsorgevermögens gemäss IAS 19 führte zu aktuariellen Gewinne von insgesamt 26,6 Millionen Franken. Der Gewinn auf den Vorsorgeverpflichtungen ist vor allem in den Änderungen der demographischen Annahmen (Umstellung der Rechnungsgrundlage von BVG 2015 auf BVG 2020) begründet. Dem Gewinn der Vorsorgevermögen liegt die hohe Vermögensperformance zugrunde.

Das Eigenkapital setzt sich aus den Gewinnreserven von 93,9 Millionen Franken und den kumulierten versicherungsmathematischen Verlusten von 9,0 Millionen Franken zusammen, was 85 Millionen Franken ergibt.

Das Budget 2021/22 und die mittelfristige Planung 2022/2023 bis 2024/25 gehen aufgrund von steigenden Gebühreneinnahmen von einem positiven Ergebnis aus.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. e BPG in Verbindung mit Art. 8 IGEG untersteht das IGE nicht dem BPG. Es ist deshalb nicht direkt an die personalpolitischen Vorgaben des BPG (Art. 4) gebunden, verfolgt aber weitgehend gleichgerichtete Ziele.

Der durchschnittliche Personalbestand stieg von 259 auf 267 Vollzeitstellen an. Der Ausbau steht weiterhin vor allem im Zusammenhang mit Massnahmen, um einen grösseren Mehrwert für die Kunden und Nutzer zu generieren, zum Beispiel indem eine markante Reduktion der Behandlungsfristen im Markenbereich unter Erhalt bzw. Optimierung der Qualität erreicht wird. Das angestrebte hohe Qualifikations- und Leistungsniveau des Personals konnte aufrechterhalten werden. Der Frauenanteil von 44,4 Prozent (Vorjahr 44,2 %) des Institutspersonals erhöhte sich leicht. In Kaderpositionen reduzierte sich der Frauenanteil auf 29,3 Prozent (Vorjahr 31,7 %). Dies ist dem Umstand geschuldet, dass verschiedene Bereiche zusammengelegt wurden und einzelne Frauen von ihrer Führungsposition in eine Fachkarriere gewechselt haben. Das IGE achtet darauf, bei gleichwertigen Qualifikationen, freierwerdende Kaderstellen durch geeignete Bewerberinnen zu besetzen. Der Anteil der Mitarbeitenden in Teilzeitanstellung reduzierte sich ebenfalls leicht auf 42,4 Prozent (Vorjahr 43,5 %). Die Zahl der Ausbildungsstellen für Lernende und Praktikanten (KV und Informatik) beträgt 10 (Vorjahr 13). Von Hochschulpraktika konnten 7 (Vorjahr 7) Personen profitieren. Die Sprachenverteilung im IGE ist im Wesentlichen ein Abbild der von der Kundschaft gewählten Anmeldesprachen für ihre Schutzrechte (Deutsch 82,7 Prozent, Französisch 12,5 Prozent, Italienisch 4,5 Prozent, Rätoromanisch 0,3 Prozent).

Per 31.12.2021 betrug der Deckungsgrad des Vorsorgewerks IGE bei PUBLICA 110,6 Prozent (Art. 44 BVV2) bzw. 101,1 Prozent (ökonomischer Deckungsgrad). Die PUBLICA erzielte im Berichtsjahr eine Netto-Gesamtrendite von 4,4 Prozent. Dies ermöglichte eine Verzinsung der Altersguthaben und Guthaben aus freiwilligen Sparbeiträgen mit einem Zinssatz von 1,5 Prozent.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die *Revisionsstelle* hielt im Prüfbericht vom 22.9.2021 zuhanden des Institutsrats fest, dass die Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des IGE zum 30.6.2021 sowie dessen Ertragslage und Cashflows für das dann endende Jahr in Übereinstimmung mit den IFRS vermittelt und dem IGEG entspricht. Das Testat zur geprüften Jahresrechnung wurde – unter Berücksichtigung der Hervorhebung des Sachverhalts, dass die Bandbreite für die Reservebildung überschritten wird – ohne Einschränkung und Hinweis erteilt. Am 11.11.2021 genehmigte der Institutsrat den auf die Betriebsführung beschränkten *Geschäftsbericht 2020/21* der Direktion einstimmig. Gleichzeitig nahm er vom Bericht

der Revisionsstelle Kenntnis und genehmigte die Jahresrechnung für die Periode 1.7.2020 bis 30.6.2021 einstimmig.

C. Anträge an den Bundesrat

Der *Rechenschaftsbericht* der Direktorin nach Art. 5 Abs. 2 IGEG ist ein umfassender Bericht an den Bundesrat, der die gesamte Tätigkeit des IGE zum Inhalt hat und sich – entsprechend dem Rhythmus der politischen Führung und Aufsicht – jeweils auf ein Kalenderjahr bezieht. Der Rechenschaftsbericht enthält einen besonderen Abschnitt über das Ergebnis der Prüfung durch die Revisionsstelle sowie die Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung durch den Institutsrat.

Gestützt darauf hat das EJPD dem Bundesrat den Rechenschaftsbericht zusammen mit dem Antrag auf Entlastung des Institutsrates für das Jahr 2021 zur Genehmigung unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 30.03.2022 den Rechenschaftsbericht des IGE für das Jahr 2021 genehmigt und dem Institutsrat Entlastung erteilt.

Eidgenössisches Institut für Metrologie METAS

Internet: www.metas.ch

Sitz: Köniz

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Matthias Kaiserswerth (Präsident), Alessandra Curioni-Fontecedro, Thierry J. L. Courvoisier, Tony Kaiser, René Lenggenhager, Sonia I. Seneviratne, Ursula Widmer

CEO: Philippe Richard

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Das Eidgenössische Institut für Metrologie METAS hat im Jahr 2021 die strategischen Ziele* des Bundesrates erfüllt.

Die fachlichen Ziele wurden erreicht. Das Angebot der Dienstleistungen und der Infrastruktur des METAS deckt den grössten Teil der Bedürfnisse der Industrie und die Bedürfnisse im gesetzlich geregelten Bereich ab. Mit seinen breiten technisch-wissenschaftlichen Kompetenzen in verschiedenen Fachbereichen ist das METAS ein interessanter Kooperationspartner für die Industrie. Das Engagement der Mitarbeitenden des METAS auf internationaler Ebene ist weiterhin bedeutsam.

Die finanziellen Vorgaben wurden erfüllt. Der Selbstfinanzierungsgrad erreichte 54,9 Prozent (Vorjahr: 56,7 %) und das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresergebnis von 1,1 Millionen Franken (Vorjahr: CHF 2,5 Mio.) abgeschlossen. Das METAS kann insgesamt auf ein gutes Geschäftsjahr zurückblicken, nicht zuletzt konnte es seine Drittmiteinkünfte steigern (+3,7 %).

Bei den personal- und vorsorgepolitischen Zielen ist das METAS ebenfalls auf Kurs. Besonders hervorzuheben ist, dass sich das METAS mit seinem breiten Angebot an Lehrstellen bzw. Praktika für Hochschulabsolvierende weiterhin stark für die Berufsbildung und den Einstieg von Jugendlichen ins Berufsleben engagiert.

Die Corona-Pandemie hat sich auch im Geschäftsjahr 2021 auf den Betrieb des METAS ausgewirkt. Trotz der mit bestimmten Schutzmassnahmen einhergehenden Einschränkungen konnten jedoch alle geforderten Dienstleistungen erbracht werden.

Kennzahlen	2021	2020
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	52,8	52,6
Jahresergebnis (Mio. CHF)	1,1	2,5
Bilanzsumme (Mio. CHF)	58,5	55,4
Eigenkapitalquote in %	41,5	7,2
Liquiditätsgrad II (Quick ratio)	4,8	6,0
Anlagedeckungsgrad I	1,0	0,2
Anlagedeckungsgrad II	2,1	2,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	201,9	197,5
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Anteil Lernende (%)	6,1	7,5
Frauenanteil total (%)	19,6	19,6
Frauenanteil wiss.-techn. Personal (%)	12,0	11,9
Anzahl CMCs (Calibration and Measurement Capabilities) ¹⁾	416	407
Anteil Ausgaben F+E (%)	15,1	15,4
Vollzugsquote gesetzl. Messwesen ²⁾ (%)	95	95
Investitionsquote ³⁾ (%)	7,4	4,9
Techn./ökonom. Deckungsgrad Vorsorgewerk METAS PUBLICA (31.12.2021) (%)	108,4/ 96,3	107,5/ 88,7
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 2 Bst. a-h und Abs. 3 und 4 EIMG (Mio. CHF)	24,4	24,2
Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 5 EIMG (weit. zugewiesene Aufgaben; Mio. CHF)	6,6	7,5
Gebühren (Mio. CHF)	9,0	8,6
Drittmittel (ohne Forschung)	9,7	9,3

¹⁾ Von den 416 CMCs, die am Jahresende bestehen, entfallen 11 auf das designierte Institut IRA, 8 auf das designierte Institut PMOD.

²⁾ Anzahl durchgeführte Eichungen zur Anzahl zur Eichung fälliger Messmittel.

³⁾ Nettoinvestitionen im Verhältnis zu den Anschaffungskosten des Anlagevermögens.

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Das METAS ist das nationale Metrologieinstitut der Schweiz. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Schweizer Wirtschaft, Forschung und Verwaltung mit der erforderlichen Genauigkeit messen kann. Weiter hat das METAS sicherzustellen, dass die zum Schutz von Mensch und Umwelt notwendigen Messungen richtig und rechtskonform durchgeführt werden.

Diese fachlichen Ziele hat das METAS im Berichtsjahr erreicht. Das Angebot der Dienstleistungen und der Infrastruktur des METAS deckt den grössten Teil der Bedürfnisse der Industrie und die Bedürfnisse im gesetzlich geregelten Bereich ab. Dank gut funktionierender internationaler Zusammenarbeit und Kooperationen können im Inland nicht angebotene metrologische Dienstleistungen von ausländischen Metrologieinstituten bezogen werden. Die geringe Zahl der Reklamationen im Verhältnis zur Zahl der ausgestellten Zertifikate (0,3 %; Vorjahr: 0,2 %) spricht für hohe Qualität bzw. Kundenzufriedenheit.

In der gesetzlichen Metrologie lagen die Schwergewichte der Tätigkeit auf der Rechtsanwendung (Sicherstellen der einheitlichen Praxis der kantonalen Eichämter und der Eichstellen) und auf Revisionsarbeiten von verschiedenen Erlassen der Metrologie.

Das METAS berücksichtigt bei seiner Aufgabenerfüllung das internationale Umfeld, indem es sich mit anderen nationalen Metrologieinstituten vernetzt und mit diesen zusammenarbeitet, insbesondere im Rahmen der Europäischen Vereinigung der nationalen Metrologieinstitute EURAMET, und indem es in internationalen Organisationen und Verbänden mitwirkt.

Das METAS führt seine Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zum grossen Teil im Rahmen der Europäischen Metrologie-Forschungs- und Entwicklungsprogramme durch: European Metrology Programme for Innovation and Research (EMPIR) und seit 2021 European Partnership on Metrology (EPM); beide sind Teil des EU-Förderprogramms für Forschung und Innovation Horizon 2020. Das METAS hat sich an der ersten Ausschreibung der neuen Europäischen Forschungspartnerschaft zur Metrologie (EPM) beteiligt. Die eingeworbenen Drittmittel beliefen sich auf 0,56 Mio. Euro (Vorjahr: 0,54 Mio. Euro). Durch den Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz gilt die Schweiz bis auf Weiteres im Europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe als nicht-assoziiertes Drittstaat. Daher kann das METAS zwar am EPM teilnehmen, erhält aber keine Finanzierung aus dem Programm. Stattdessen wird das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) die erfolgreichen Schweizer Beteiligungen an Forschungsprogrammen wie dem EPM finanzieren. Das METAS kann im EPM auch

keine Projekte koordinieren und verliert generell an Einfluss in dieser Forschungspartnerschaft.

Das Engagement der Mitarbeitenden des METAS auf internationaler Ebene ist weiterhin bedeutend. In EURAMET, der Europäischen Vereinigung der nationalen Metrologieinstitute, nimmt das METAS eine aktive und gestaltende Rolle ein. Der Stellvertretende Direktor ist Mitglied des Aufsichtsrates (Board of Directors) und das METAS stellt den Vorsitzenden des Technischen Komitees Electricity and Magnetism. Der Leiter des Labors Optik leitet als Präsident die Commission Internationale de l'Éclairage (CIE), die internationale Körperschaft für Normen und Standardisierung auf dem Gebiet der Lichttechnik und der Beleuchtung. Der Vizedirektor des METAS ist einer der Vizepräsidenten der Organisation internationale de métrologie légale (OIML). Der Direktor des METAS ist Mitglied des Comité international des poids et mesures (CIPM).

Das METAS unterstützt den Innovationsprozess und die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft mit dem vorhandenen Expertenwissen und der metrologischen Infrastruktur sowie mit anwendungsorientierten Forschungsprojekten in Zusammenarbeit mit Industriepartnern (namentlich im Rahmen von Innosuisse-Projekten) gezielt.

Das METAS verfügt über ein breites technisch-wissenschaftliches Wissen. Das fundierte messtechnische Wissen ist für die Industrie nicht nur in Form von Kalibrier- und Messdienstleistungen nutzbar, sondern auch direkt für Produktentwicklungen oder Prozessoptimierungen. Aus diesem Grund ist das METAS in vielen Bereichen ein interessanter Kooperationspartner für die Industrie. Seit Januar 2013 ist das METAS beitragsberechtigtes Forschungsinstitut bei Innosuisse. Bisher wurden siebzehn Projektvorschläge (zwei im Jahr 2021; einer im 2020) bewilligt.

Der Bundesrat erwartet weiterhin, dass das METAS eines der weltweit führenden nationalen Metrologieinstitute bleibt.

2. Finanzielle Ziele

Das METAS hat die finanziellen Ziele erreicht. Die Vorgabe, mindestens 45 Prozent des Jahresbudgets aus Gebühren, Abgeltungen nach Artikel 3 Absatz 5 EIMG (SR 941.27) und Drittmitteln zu finanzieren, konnte es mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 54,9 Prozent (Vorjahr 56,7 %) erneut übertreffen. Der Selbstfinanzierungsgrad vor Berücksichtigung der Pensionskassenverpflichtungen gemäss dem Rechnungslegungsstandard IPSAS 39 beträgt 56,3 Prozent (Vorjahr 58,1 %). Im Weiteren war das METAS, gestützt auf eine langfristige Investitionsplanung, in der Lage, im Berichtsjahr sämtliche Investitionen aus selbst erwirtschafteten Mitteln (Cash Flow) zu finanzieren. Die Erfolgsrechnung konnte mit einem Überschuss von 1,1 Millionen Franken (Vorjahr 2,5 Mio.) abgeschlossen werden. Der Gewinn wird dem Konto Gewinnvortrag gutgeschrieben. Er wird für die Verminderung des Verlustvortrages verwendet. Das Eigenkapital beträgt per 31.12.2021 24,2 Millionen Franken (per 31.12.2020: 4,0 Mio.). Im Berichtsjahr wurden

versicherungsmathematische Gewinne in der Höhe von 19,1 Millionen Franken direkt über das Eigenkapital verbucht.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die personal- und vorsorgepolitischen Ziele wurden erfüllt.

Der Personalbestand des METAS hat sich 2021 gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Dies erfolgte vor allem, um die digitale Transformation von Dienstleistungen des METAS voranzutreiben.

Am METAS sind vorwiegend technisch oder naturwissenschaftlich ausgebildete Mitarbeitende tätig. Eine personalpolitische Herausforderung stellt die Rekrutierung von Frauen in diesen nach wie vor männerdominierten Berufsgruppen dar. Im Berichtsjahr ist der Frauenanteil insgesamt gleich wie im Vorjahr (19,6 %), der Anteil der Frauen im Kader konnte gesteigert werden (von 21,2 % auf 22,6 %).

Das METAS engagiert sich stark für die Berufsbildung, was sich am vergleichsweise hohen Anteil der Lernenden in Bezug auf den Gesamtpersonalbestand zeigt (6,1 %). Der leichte Rückgang gegenüber dem Vorjahr (7,5 %) erklärt sich dadurch, dass eine technische Berufsausbildung wegen Änderungen in der mechanischen Werkstatt nicht mehr angeboten werden kann. Am METAS werden sechs verschiedene Berufsausbildungen vorwiegend technischer Richtung angeboten. Auch 2021 konnten alle Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger ihre Ausbildung erfolgreich abschliessen. Während mehrerer Monate beschäftigte das METAS noch mehrere dieser Lehrabgänger als junge Berufsleute weiter. Gegen Ende Jahr konnten alle offenen Lehrstellen für das kommende Jahr besetzt werden.

Das METAS bietet zudem, insbesondere im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, auch eine Reihe von mehrmonatigen Praktika für Studierende von Hochschulen oder Universitäten an.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das METAS ist an keinen Kooperationen beteiligt und hat keine Beteiligung an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 18.2.2022 fest, dass die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2021 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungsstandard IPSAS und dem EIMG vermittelt. Das Testat wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Institutsrat erstellt nach Artikel 8 Buchstabe g EIMG (SR 941.27) den Geschäftsbericht, der sich aus der Jahresrechnung und dem Jahresbericht zusammensetzt. Er hat dem Bundesrat diese Unterlagen zum Geschäftsjahr 2021 zusammen mit dem Antrag über die Gewinnverwendung und auf seine Entlastung zur Genehmigung unterbreitet. Den Bericht der Revisionsstelle vom 18.2.2022 sowie den Bericht des Institutsrats über die Erreichung der strategischen Ziele hat er dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 30.03.2022 den Geschäftsbericht des METAS für das Jahr 2021 genehmigt, dem Antrag über die Gewinnverwendung stattgegeben und den Mitgliedern des Institutsrats Entlastung erteilt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Auch im Geschäftsjahr 2021 hat sich die Coronapandemie auf den Betrieb des METAS ausgewirkt. Es galt weiterhin, die jeweils notwendigen Massnahmen zum Schutz der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und von Drittpersonen (je nach Situation mussten externe Besuche eingeschränkt werden) zu treffen und umzusetzen. Das umfasste das Bereitstellen von Desinfektionsmöglichkeiten und Schutzmaterial wie auch organisatorische Massnahmen. So arbeiteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Möglichkeit von zuhause aus. In einzelnen Labors wurden Teams so aufgeteilt, dass immer dieselben Personen miteinander vor Ort waren. In Einzelfällen führten diese Massnahmen zu Verzögerungen bei der Leistungserbringung, dennoch konnten alle geforderten Dienstleistungen erbracht werden.

Auf Ende 2021 sind Prof. Dr. Thierry Courvoisier und Dr. Tony Kaiser altershalber aus dem Institutsrat zurückgetreten. Es sind keine Ersatzwahlen notwendig, weil der Institutsrat auch nach den zwei Rücktritten noch über genügend Mitglieder verfügt. Gemäss Artikel 6 Absatz 1 EIMG setzt sich der Institutsrat des METAS aus fünf bis sieben fachkundigen Mitgliedern zusammen.

Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB

Internet: www.rab-asr.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Wanda Eriksen-Grundbacher
(Präsidentin), Prof. Sabine Kilgus (Vizepräsidentin),
Viktor Balli, Prof. Conrad Meyer, Prof. Daniel Oyon

Direktor: Dr. Reto Sanwald

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Die Umsetzung der strategischen Ziele für die Periode 2020-2023 verlief aus Sicht des Bundesrates im Jahr 2021 nach Plan.

Die *aufgaben- und unternehmensbezogenen* Ziele wurden weitestgehend erreicht. Die risikoorientierte Aufsicht über die staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen verläuft in Übereinstimmung mit den definierten Aufsichtskonzepten. Dabei berücksichtigt die RAB langfristige Trends wie die fortschreitende Digitalisierung der Branche und reagiert auch auf kurzfristig aufkommende Aufsichtsthemen wie die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie oder die Prüfung von Kryptowährungen und von Berichten zu Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen (ESG). Die Prüfungsaison 2021 war die erste grosse Bewährungsprobe der Revisionsbranche in der Pandemie, da 2020 bei Ausbruch der Krise viele Prüfungen bereits abgeschlossen waren. Der Bundesrat teilt die Ansicht der RAB, dass diese Situation gut gemeistert wurde. Nicht wie geplant konnte die RAB dagegen die digitale Signatur und die sichere Zustellplattform einführen. Dies erfolgt im Jahr 2022.

RAB-intern wurden die Herausforderungen der Pandemie dank der guten Informatik-Infrastruktur gut bewältigt. Die Mitarbeitenden konnten ohne Funktionseinbusen aus dem Home Office oder Shared Office agieren, und die Überprüfungen bei den staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen wurden weitgehend in der Form von Fernüberprüfungen durchgeführt.

Die internationale Kooperation wurde mit dem Abschluss eines Exchange of Letters mit Japan und mit der Anerkennung der Gleichwertigkeit des chinesischen Revisionsaufsichtssystems vorangetrieben. Pandemiebedingt haben keine Joint Inspections mit der US-amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde stattgefunden. Weiter nimmt die RAB für die Amtsdauer 2021-25 erneut Einsitz im Board des International Forum of Independent Audit Regulators (IFIAR).

Die *finanziellen* Ziele der RAB wurden erreicht. Ebenso konnte die RAB ihre personal- und vorsorgepolitischen Ziele einhalten.

Kennzahlen	2021	2020
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	6,5	6,8
Alle Reserven (Mio. CHF)	5,0	5,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	7,2	7,6
Eigenkapitalquote in %	69,0	66,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	23,4	24,5

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Gesamtzahl Zulassungen (natürliche Personen und Revisionsunternehmen)	12 235	11 973
Anzahl staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen	22	23
Technischer Deckungsgrad PK in %	111,0	112,8
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	102,3	111,2

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Gebühren (Mio. CHF)	6,5	6,8
---------------------	-----	-----

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Grundsatz

Zweck und Grundauftrag der RAB ergeben sich aus dem Revisionsaufsichtsgesetz (RAG; SR 221.302). Gestützt darauf umfassen die Hauptaufgaben der RAB die Zulassung von Personen und Unternehmen, die gesetzlich vorgeschriebene Revisionsdienstleistungen erbringen, die Beaufsichtigung der Revisionsstellen und Prüfgesellschaften von Gesellschaften des öffentlichen Interesses und die Abwicklung der (inter-)nationalen Amtshilfe im Bereich der Revisionsaufsicht. Die strategischen Ziele innerhalb dieses gesetzlichen Auftrages werden vom Verwaltungsrat der RAB erlassen und vom Bundesrat genehmigt. Die vorliegende Berichterstattung bezieht sich auf die strategischen Ziele 2020-2023.

* Strategische Ziele: <https://www.rab-asr.ch/#/page/126>

Revisionsqualität auf hohem Niveau (Ziel 1)

Im Zentrum der Aufsicht steht unverändert die risikoorientierte Durchsetzung der gesetzlichen und berufsständischen Vorgaben für Revisionsdienstleistungen bei den aktuell 22 (Vorjahr: 23) staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen. Die fünf grössten Revisionsunternehmen (sog. «Big-5»), die jeweils mehr als 50 Gesellschaften des öffentlichen Interesses prüfen, werden jährlich und alle übrigen staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen alle drei Jahre inspiziert. Aufkommende Aufsichtsthemen wie die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie oder die Prüfung von Kryptowährungen oder Berichten zu Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen (ESG) werden frühzeitig analysiert und in die Prüfprogramme der RAB eingebaut.

2021 haben insgesamt 16 Überprüfungen (Vorjahr: 19) stattgefunden. Ad hoc-Überprüfungen, die vom üblichen Inspektionsrhythmus abweichen, wurden keine durchgeführt (Vorjahr: 0).

Im Bereich der Rechnungsprüfung erfolgte die grösste Anzahl von Feststellungen zu den Themen dolose Handlungen, geschätzte Werte und Prüfungsnachweise. Im Bereich der Aufsichtsprüfung erfolgten die meisten Feststellungen bei der Einhaltung von Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäscherei (GwG).

Wo die RAB auf wesentliche Mängel gestossen ist, hat sie mit den betroffenen Unternehmen entsprechende Massnahmen vereinbart. Die RAB legt seit 2020 verstärkt Wert auf die Analyse der Feststellungen der letzten fünf Jahre, um mit den Revisionsunternehmen auch Massnahmen auf Firmen-Ebene zu vereinbaren. Bei schwerwiegendem Fehlverhalten wurden angemessene Sanktionen ausgesprochen.

Die wichtigsten Empfehlungen zur Organisation von Aufsichtsbehörden und zur Durchführung von Inspektionen werden vom International Forum of Independent Audit Regulators (IFIAR, «Core Principles») und vom EU Committee of European Auditing Oversight Bodies (CEAOB) erarbeitet. Die RAB ist seit 2007 Mitglied der IFIAR und seit 2016 Beobachterin beim CEOAB. Sie berücksichtigt die Grundsätze der IFIAR und des CEOAB in ihrer Aufsichtstätigkeit und ist an der laufenden Überarbeitung der IFIAR Core Principles beteiligt.

Neben der konsequenten Ahndung von Verstössen sind auch präventive Massnahmen wirkungsvoll. Dazu gehört u.a. der laufende Kontakt mit Vorsitzenden von Audit Committees (AC).

Die RAB begleitet weiterhin die Digitalisierung der Wirtschaftsprüfung. 2021 ist festzustellen, dass der Einsatz von Prüftechnologien erwartungsgemäss weiter an Bedeutung gewinnt. Bei den «Big-5» gehört die automatisierte Datenanalyse beinahe schon zur Routine. Unterschiedlich weit entwickelt sind dagegen die Fähigkeiten in den Bereichen

Prozess- und Kontrollanalysen, regulatorische Analysen, Robotics und Kryptowerkzeugen.

Die Prüfsaison 2021 war die erste grosse Bewährungsprobe der Revisionsbranche in der Pandemie, da 2020 bei Ausbruch der Krise viele Prüfungen bereits abgeschlossen waren. Der Bundesrat stimmt mit der RAB überein, dass diese Situation gut gemeistert wurde.

Infrastruktur: Prozesse und Technologie (Ziel 2)

2021 standen erneut inkrementelle Verbesserungen der Systeme und Prozesse der RAB im Vordergrund. Die digitale Signatur und die sichere Zustellplattform konnten auf Grund von Verzögerungen beim BIT nicht wie geplant eingeführt werden. Die Umsetzung erfolgt im Jahr 2022.

Die meisten Mitarbeitenden der RAB arbeiteten 2021 aus Gründen der Pandemie entweder im Home Office oder im Shared Office (je 50% der Belegschaft ist wochenweise alternierend in den Geschäftsräumlichkeiten). Die RAB blieb dabei weiterhin voll funktionsfähig.

Die Überprüfungen bei den staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen wurden erneut in der Form von Fernüberprüfungen durchgeführt (Video-Interviews und Datenzugriff entweder online oder via Laptops, die vom Revisionsunternehmen zur Verfügung gestellt werden).

Zulassung (Ziel 3)

Die Zulassung von Revisionsunternehmen ist im Gegensatz zur Zulassung von natürlichen Personen gesetzlich befristet und alle fünf Jahre zu erneuern. 2021 wurden 109 Zulassungen erneuert. Die Gesamtzahl der zugelassenen Revisionsunternehmen ist gegenüber den Vorjahren relativ stabil geblieben (-2,4%). Im Rahmen der Erneuerungen waren erneut am meisten Mängel bei der Weiterbildung und der internen Nachschau festzustellen.

Die RAB hat sich weiterhin dafür eingesetzt, dass (bisherige oder künftige) Spezialzulassungen im Revisionswesen durch die RAB auszusprechen sind. Für die Zulassung im Bereich der 1. Säule (Prüfung von Ausgleichskassen, Arbeitgeberkontrollen) soll gemäss Botschaft des Bundesrates zur Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule und Optimierung in der 2. Säule der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge künftig die RAB zuständig sein. Wie es mit den zulassungsähnlichen Vorgaben der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) für Revisionsstellen von Vorsorgeeinrichtungen (2. Säule) weitergeht, wird sich im Rahmen der Überprüfung im Nachgang zum Expertenbericht Ochsner/Suter weisen (vgl. dazu Ziel 6).

Kultur und Governance (Ziel 4)

Mit den staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen finden während den Überprüfungen der RAB laufend Diskussion zu Themen der Governance und Kultur statt.

Im Bereich der Unternehmenskultur untersuchte die RAB im Jahr 2021, ob und mit welchen Massnahmen die Revisionsunternehmen auf die Empfehlungen aus dem Jahr

2019¹ reagiert haben. Die Revisionsunternehmen haben die aufgeworfenen Punkte mehrheitlich aufgegriffen. Mit der Einführung der neuen Standards zur Qualitätssicherung (ISQM 1 und 2, ISA 220 revised) bis Ende 2022 werden die Revisionsunternehmen noch stärker zur Schaffung einer qualitätsorientierten Kultur verpflichtet.

Mit Blick auf die Governance stand ebenfalls die Einführung der neuen Standards zur Qualitätssicherung im Vordergrund. Zudem bringt sich die RAB auch in die laufende Überarbeitung des Swiss Code of Best Practice ein.

Standardsetting (Ziel 5)

Die RAB hat am nationalen und internationalen Standardsetting des Berufsstandes teilgenommen und stellt mittels ihrer Eingaben sicher, dass qualitative Aspekte die notwendige Aufmerksamkeit erhalten. Im Rahmen der Eingaben der IFIAR hat sich die RAB zu den Themen betrügerische Handlungen und Fortführungsfähigkeit eingebracht.

Im Übrigen bleibt die RAB bei der Schaffung eigener Regularien zurückhaltend. 2021 hat sie keine neuen Regularien erlassen, hat dafür aber ihre Rundschreiben nachgeführt (Layout, Kodifikation bestehender Praxis). Im Weiteren wurden die Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung von FinTech-Gesellschaften erleichtert, um der tiefen Anzahl an Prüfmandaten in diesem Marktsegment Rechnung zu tragen.

Regulierung und Innovation (Ziel 6)

Der Bundesrat hat 2017 den Expertenbericht von Peter Ochsner und Daniel Suter² zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Revisions- und Revisionsaufsichtsrecht zur Kenntnis genommen. Er ist zum Schluss gekommen, dass kein grundsätzlicher Handlungsbedarf besteht. Der Bundesrat will jedoch sieben Empfehlungen vertieft abklären lassen und so den aktuellen Rechtsrahmen gegebenenfalls optimieren. Die Arbeiten zu einem entsprechenden Bericht laufen unter der Federführung des Bundesamtes für Justiz (BJ) und sollen im 1. Semester 2022 abgeschlossen werden.

Die Definition der «Gesellschaft des öffentlichen Interesses» erfasst aktuell börsenkotierte Unternehmen und Finanzinstitute und ist damit aus Sicht der RAB nach wie vor zu eng ausgestaltet. Zumindest grössere Vorsorgeeinrichtungen sowie staatsnahe Unternehmen sollten ebenfalls als Gesellschaften des öffentlichen Interesses qualifiziert und folglich durch ein staatlich beaufsichtigtes Revisionsunternehmen geprüft werden. Der Ständerat hat am 11. März 2020 das Postulat 19.4389 der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates (GPK-S) angenommen, wonach zu prüfen ist, ob bundesnahe Unternehmen als Gesellschaften

des öffentlichen Interesses zu behandeln sind. Das Postulat soll im vorstehenden Bericht des BJ behandelt werden.

Enforcement (Ziel 7)

2021 sind 27 Hinweise Dritter auf mögliche Normverstösse bei der RAB eingegangen (Vorjahr: 37). Davon betreffen 11 staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen (Vorjahr: 14). Nur glaubwürdige Hinweise führen zu näheren Abklärungen und lediglich qualifizierte Verstösse zu verwaltungsrechtlichen Verfahren der RAB. Das war im vergangenen bei sechs Hinweisen der Fall.

Die RAB hat 2021 insgesamt 61 Verweise und sechs Zulassungsentzüge verfügt sowie 13 Zulassungsgesuche abgewiesen. 2021 ist ein Urteil zur Praxis der RAB ergangen, wobei ein durch die RAB ausgesprochener Verweis rechtskräftig bestätigt wurde.

Internationale Kooperation (Ziel 8)

Die internationale Zusammenarbeit wurde durch den Abschluss eines Exchange of Letters mit Japan und der Anerkennung der Gleichwertigkeit des Revisionsaufsichtssystems Chinas vorangetrieben.

Im Verhältnis zu den USA wurden pandemie-bedingt keine Joint Inspections zusammen mit der US-amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde (PCAOB) in der Schweiz durchgeführt.

Die RAB arbeitet weiterhin auf eine möglichst vollständige gegenseitige Anerkennung und damit auf den Grundsatz der sog. Heimatstaatenaufsicht hin.

Auch im vergangenen Jahr hat sich die RAB aktiv in internationale Gremien im Bereich der Revision eingebracht und hat dabei die Interessen der Schweiz vertreten. Sie ist für die Amtszeit 2021-2025 erneut im Board der IFIAR vertreten und stellt den Vorsitzenden (Chairman) der Enforcement Working Group. Die IFIAR ist für die RAB weiterhin von hohem Nutzen. Dazu zählen die direkten Kontakte zu den globalen Revisionsnetzwerken, die Schulung in den Bereichen Inspektion und Enforcement, der Austausch von Wissen über das Marktumfeld im Revisionsbereich und die praktischen Erfahrungen in der unabhängigen Revisionsaufsicht. Im Weiteren hat sich die RAB an der laufenden Überarbeitung der Core Principles (vgl. vorne Ziff. 1) und an der Schaffung einer neuen Mitglieder-Kategorie für Emerging Regulators beteiligt.

2. Finanzielle Ziele

Die RAB finanziert sich ausschliesslich über Gebühren und Aufsichtsabgaben der zugelassenen und beaufsichtigten Personen und Revisionsunternehmen. Bundesgelder wurden auch im Pandemie-Jahr 2021 keine beansprucht. Das

¹ Vgl. Geschäftsbericht RAB 2019, 14 ff. Dem «soften» Prüfgegenstand entsprechend wurden keine eigentlichen Mängel festgestellt. Daher wurden auch keine Verbesserungsmassnahmen vereinbart, sondern Empfehlungen ausgesprochen.

² Download unter <https://www.ejpd.admin.ch/dam/bj/de/data/aktuell/news/2017/2017-11-08/expertenber-revisions-ochsner-suter-d.pdf.download.pdf/expertenber-revisions-ochsner-suter-d.pdf>.

Budget wurde aufwandseitig aus Gründen der Pandemie unterschritten (CHF 6,5 Mio. statt CHF 7,1 Mio.). Die vom Gesetz verlangte Reserve (Art. 35 Abs. 3 RAG; Stand Ende 2021: CHF 5,0 Mio.) ist mit Blick auf die aktuellen Risiken weiterhin angemessen. Die finanzielle Belastung der Revisionsunternehmen ist im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die RAB ist eine attraktive Arbeitgeberin für Spezialistinnen und Spezialisten der Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Aufsicht über den Finanzmarkt. Offene Stellen konnten bisher vollwertig wiederbesetzt werden. Auf der vorsorgepolitischen Seite der Anstellungsverhältnisse orientiert sich die RAB am Bund. Der tiefere ökonomische Deckungsgrad von 102,3 Prozent (Vorjahr: 111,2%) entstand durch die Zunahme des Rentnerbestandes.

Die Fluktuationsrate war 2021 mit 6,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr stabil (2020: 7,1%). Die altersmässige Chancengleichheit ist mit Blick auf die stete Zunahme des Durchschnittsalters (2015: 40,8 Jahre; 2021: 45,2 Jahre) sichergestellt. Der Anteil der weiblichen Mitarbeitenden ist auf 44,5 Prozent gestiegen (2020: 39,3%). Weiter stehen mit der Präsidentin und der Vizepräsidentin zwei Frauen an der Spitze des Verwaltungsrats. In der Geschäftsleitung ist keine Frau vertreten. Die Lohngleichheit wurde 2021 mit dem Lohngleichheitsinstrument «Logib» überprüft. Die Ergebnisse liegen deutlich unterhalb der vorgegebenen Toleranzschwelle von 5 Prozent. Die Löhne entsprechen somit dem in der Bundesverfassung verankerten Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit». Die Vielfalt des Personals zeigt sich unter anderem mit je einem Anteil von 11,1 Prozent französisch- und italienisch-sprachigen Mitarbeitenden (2020: 25,0%) und 10,7 Prozent ausländischen Mitarbeitenden (2020: 14,3%) angemessen. Die RAB beschäftigt keine Lernenden oder Hochschulpraktikanten, was primär auf ihre Grösse zurückzuführen ist.

Die RAB verzichtet seit 2020 auf allen Funktionsstufen auf die Ausrichtung von variablen Lohnbestandteilen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die RAB ist an keinen Kooperationen beteiligt und hält keine Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 28. Februar 2022 fest, dass sie auf keine Sachverhalte gestossen ist, aus denen sie schliessen müsste, dass die Jahresrechnung 2021 nicht dem Gesetz entspricht. Das Testat wurde ohne Einschränkungen oder Hinweise erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2021 zu genehmigen, den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen und die Mitglieder des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2021 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Anträgen des Verwaltungsrates am 30.03.2022 zugestimmt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Am 5. Oktober 2020 ist der langjährige Direktor der RAB Frank Schneider unerwartet im Amt verstorben. Am 1. Januar 2021 haben der bisherige stellvertretende Direktor, Dr. Reto Sanwald, sein Amt als Direktor und Martin Hürzeler, Leiter der Abteilung Financial Audit, seine Aufgabe als stellvertretender Direktor angetreten.

Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung (SIR)

Internet: www.isdc.ch

Sitz: Ecublens

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Franz Werro (Präsident), Florence Aubry

Girardin, Andrea Bonomi, Dominique Brown-Berset, Martin Good, Konrad Sahlfeld, Markus Schefer

Direktorin: Christina Schmid

Ext. Revisionsstelle: keine eigene Rechnung

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Der 2020 neu konstituierte Institutsrat hat 2021 einen Massnahmenplan zur Umsetzung der strategischen Ziele verabschiedet. Dieser umschreibt die Gebiete der wissenschaftlichen Forschung und legt die Schwerpunkte der Gutachten- und Auskunftstätigkeit fest. Entsprechend standen von den in der Strategieperiode 2020 bis 2023 vorgesehenen Zielen weiterhin die Qualität der Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung der Forschung im Vordergrund. Die Qualität soll insbesondere mit einer Fokussierung auf wenige Rechtsgebiete sowie auf die Verbindung von Auskunfts- und Forschungstätigkeit erreicht werden, was auch einen Effizienzgewinn erlauben sollte. Die Forschungstätigkeit wurde mit Institutsprojekten einerseits sowie mit der Förderung der individuellen Publikationstätigkeit andererseits verbessert.

Die Covid-19 bedingten Einschränkungen haben sich 2021 nur noch beschränkt auf die Kennzahlen ausgewirkt. Betroffen war diesbezüglich in erster Linie die Bibliothek (zweimonatige Schliessung und danach Kapazitätsbeschränkung), wobei während der Schliessung mit einem System der Ausleihe eine ausserordentliche Dienstleistung angeboten wurde, um den Bedürfnissen der Nutzer gerecht zu werden. Die Nachfrage nach Rechtsgutachten erreichte wieder den Stand vor der Pandemie. Entsprechend ist die Verschiebung bei den Einnahmen von den gewerblichen Leistungen hin zu den Gebühren nicht auf die Pandemie zurückzuführen, sondern folgt aus der im neuen Gesetz sowie im Massnahmenplan des Institutsrats vorgesehenen Privilegierung der gesetzlichen Leistungen.

Alle Veranstaltungen wurden online durchgeführt. Dabei konnte dank den Erfahrungen des Vorjahres das Format sowie die Programmgestaltung im Hinblick auf Interaktivität und Qualität der Veranstaltungen optimiert werden. Entsprechend stiessen die Tagungen auf ein grosses Interesse.

Im Jahr 2021 ist der Funktionsaufwand niedriger als im Vorjahr (-7 %) und als der verfügbare Kredit (-14 %) gewesen. Der Minderbedarf ist im Wesentlichen auf Vakanzen im Personalaufwand zurückzuführen.

Kennzahlen	2021	2020
------------	------	------

Finanzen und Personal¹

Umsatz (Mio. CHF)	0.5	0.5
Bilanzsumme (Mio. CHF)	0.4	0.5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	27.0	29.8
davon Frauen in %	52.9	47.2

Unternehmens-/Anstaltsspezifische Kennzahlen

Anfragen für Rechtsgutachten und rechtsvergleichende Studien (Anzahl)	203	188
Seminare für Studierende (Anzahl)	3	3
Fachtagungen (Anzahl)	3	3
Publikationen und Forschungsberichte (Anzahl)	1	2
Bibliothek: Neuerwerbungen (Anzahl)	1 692	3 776
Bibliothek: Ausleihen (Anzahl)	14 124	12 984
Bibliothek: Besucher (Anzahl)	5 763	5 796
Technischer Deckungsgrad PK in % ²	-	-
Ökonomischer Deckungsgrad PK in % ²	-	-

Einnahmen

Einnahmen aus Gebühren	132 740	121 994
Einnahmen aus gewerbl. Leistungen	305 963	351 328

¹ Die Schweizerische Eidgenossenschaft führt das «Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung» (Institut) in der Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt des Bundes mit eigener Rechtspersönlichkeit, aber ohne eigene Rechnung (Art. 1 Abs. 1 SIRG)

² Auf die Mitglieder der Direktion und das übrige Personal ist das Bundespersonalgesetz vom 24. März 2005 (BPG) anwendbar (Art. 13 SIRG). Das Personal ist bei der PUBLICA versichert.

A. Zielerreichung 2021¹

1. Strategische Schwerpunkte

- *Hohe Qualität von Rechtsauskünften, Gutachten und Forschungsarbeiten sicherstellen*

2021 erhielt das Institut insgesamt 203 Anfragen für Rechtsgutachten und vergleichende Studien, was dem Niveau vor der Pandemie entspricht. Etwas über 70 Prozent der Anfragen stammten aus dem Privatsektor und gelten als gewerbliche Leistung, wobei knapp 40 Prozent grenzüberschreitende Umstrukturierungen von Gesellschaften betrafen. Die gewerblichen Leistungen verursachten jedoch einen verhältnismässig geringeren stundenmässigen Aufwand (etwas über 15 % des gesamten Gutachtensaufwandes, und damit prozentual etwa die Hälfte des Vorjahres). Knapp 75 Prozent des Aufwands des SIR für das Bearbeiten von Gutachtensanfragen und das Erstellen der Gutachten betraf gesetzliche Leistungen zugunsten öffentlich-rechtlicher Institutionen, wobei der Hauptteil (66 % des Gesamtaufwands) Bundesinstitutionen (Bundesverwaltung, Gerichte des Bundes und Strafverfolgungsbehörden) zu Gute kam. Diese Erhöhung des Anteils gesetzlicher Leistungen entspricht dem 2021 verabschiedeten Massnahmenplan des Institutsrats. Dies zeigt sich auch bei den Einnahmen.

Der Massnahmenplan des Institutsrats sieht ebenfalls eine Fokussierung auf gewisse Rechtsgebiete (in erster Linie Familien- und Erbrecht, internationales Privatrecht; Verwaltungs- und Strafrecht nur in beschränktem Mass) vor, was der Qualitätssicherung dient und mittelfristig eine Effizienzsteigerung erlauben sollte.

Entsprechend war die Sicherstellung der Qualität der juristischen Arbeiten auch ein wesentliches Ziel der Direktion. Der Ausbau von Expertise in den Kerngebieten wurde durch eine aktivere Ausrichtung der Weiterbildung und durch Schaffen von Synergien zwischen Gutachtenstätigkeit, Forschungsstätigkeit und Veranstaltungen unterstützt.

- *Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Forschung und Förderung der Einreichung von Forschungsgesuchen der Angestellten bei Institutionen der Forschungsförderung*

Die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Forschung wurde im 2021 vorangetrieben. Dabei legt der Massnahmenplan des Institutsrats drei wesentliche Forschungsgebiete fest. Mit diesem Fokus wurde den Mitarbeitenden die Mitwirkung an Institutsforschungsprojekten ermöglicht, in der Berichtsperiode insbesondere die Mitarbeit an einer umfassenden Publikation zum Wirtschaftsvölkerrecht sowie an einem Publikationsprojekt im Bereich der rechtsvergleichenden Methode. Das Yearbook of Private International

Law wurde auch 2021 publiziert. Verschiedene weitere Projekte wurden intern diskutiert und im Hinblick auf deren Durchführbarkeit bis 2023 evaluiert.

Neben den Institutsprojekten wurden auch die individuellen Publikationstätigkeiten im Bereich der Forschungsgebiete gefördert. Eine Vielzahl der Mitarbeitenden nutzte diese Möglichkeit mit Publikationen z.B. im Internationalen Privatrecht, in der Rechtsvergleichung, im internationalen Wirtschaftsrecht sowie im Familienrecht.

Das Institut evaluiert schliesslich, wie die verschiedenen Forschungsförderungsinstrumente für Forschungsprojekte am Institut genutzt werden können.

- *Zusammenarbeit mit Universitäten, anderen Forschungsinstitutionen und weiteren Partnern in der Schweiz und im Ausland überprüfen und intensivieren*

2021 wurde die bewährte Zusammenarbeit mit schweizerischen und ausländischen Hochschulen (insbesondere der Universität Genf und der American University Washington College of Law) durch gemeinsam organisierte Tagungen weitergeführt und die Kontakte mit Universitäten und rechtsvergleichenden Institutionen (insbesondere der International Academy of Comparative Law) im In- und Ausland wurden im Hinblick auf Veranstaltungen 2022 und Projekte gepflegt. Eine neue Vereinbarung mit einem Netzwerk von führenden lateinamerikanischen Universitäten wurde vorbereitet und soll 2022 unterzeichnet werden.

- *Unterstützung von Studierenden sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Schweiz und dem Ausland in ihrer Forschung*

Die Unterstützung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern war 2021 aufgrund der pandemiebedingten Restriktionen weiterhin eine Herausforderung. Während der sanitarischen Bibliotheksschliessung von Januar und Februar wurde ausnahmsweise ein System der Ausleihe und des Erstellens von Kopien eingeführt, wenn auch aus Gründen des Bestandesschutzes beschränkt auf gewisse Kollektionen (Westeuropa inkl. EU, Nordamerika, Völkerrecht).

Nach der Öffnung unterstützte der Referenzdienst der Bibliothek trotz einer Reorganisation und pandemiebedingter Abwesenheiten die Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer aus dem In- und Ausland bei der Literatursuche sowie bei der Nutzung von Datenbanken.

In der zweiten Jahreshälfte 2021 besuchten verschiedene Gruppen von schweizerischen Universitäten das Institut im Rahmen von Einführungsveranstaltungen in die wissenschaftliche Forschung. Die Studierenden wurden in die verschiedenen Sammlungen der Bibliothek eingeführt, teilweise auch im Rahmen von Übungen zur juristischen Forschung im ausländischen Recht.

¹ Strategische Ziele abrufbar unter: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-79503.html>

Eine wesentliche Neuerung für Forschende aus der ganzen Schweiz ergab sich durch die Teilnahme an der Plattform swisscovery, welche die Informationen von wissenschaftlichen Bibliotheken der Schweiz zusammenführt. Registrierte Nutzerinnen und Nutzer der gesamten Schweiz können so über den Katalog des Netzwerkes direkt elektronische Kopien von Artikeln anfordern.

- *Gewährleistung der Sichtbarkeit von Publikationen und weiterer Dienstleistungen, insbesondere auch jener der Bibliothek*

Neben der Teilnahme am gesamtschweizerischen Bibliotheksnetzwerk swisscovery, welche einen einfacheren Zugang zu den Dienstleistungen des SIR aus der gesamten Schweiz ermöglicht, wurde die Sichtbarkeit einerseits durch eine Neuausrichtung der Social Media Strategie verbessert. Andererseits bewirtschaftete das SIR auch traditionelle Kanäle. So wird die Mitarbeit an einer verbreiteten Publikation zur Einführung in die juristische Forschung den Bekanntheitsgrad in der Schweiz vergrössern. Beiträge an Publikationen zum Zugang zum ausländischen Recht im Ausland sensibilisieren ein breiteres akademisches Publikum für die verschiedenen Dienstleistungen des Instituts. Schliesslich ermöglichte eine Platzierung von Forschungsarbeiten in verschiedenen Medien sowie die Organisation von Online-Veranstaltungen, darunter auch kurze online-Konferenzen in Zusammenarbeit mit der Alumni-Vereinigung, eine verstärkte Präsenz.

2. Finanzielle Ziele

Der Bundesrat erwartet, dass das SIR nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt wird und seine Ressourcen wirtschaftlich und wirksam einsetzt.

Das SIR führt seine Rechnungslegung nach den Grundsätzen von Art. 47 FHG und setzt die Standards gemäss Art. 48 FHG um. Für die sorgfältige, wirtschaftliche und sparsame Verwendung des Globalkredits und der Vermögenswerte sind Prozesse gemäss den Vorgaben der EFV und des Departements EJPD implementiert und werden laufend angepasst.

Der Kostendeckungsgrad der gewerblichen Leistungen konnte im zweiten Betriebsjahr unter dem totalrevidierten Bundesgesetz über das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (SIRG; SR 425.1) wesentlich verbessert werden (von 60 % in 2020 auf 91 % in 2021). Der Fehlbetrag liegt bei 30 000 Franken und ist auf Leistungen zurückzuführen, die bereits 2020 nachgefragt wurden, so dass hier die 2021 ergriffenen Massnahmen noch nicht das volle Potential entwickeln konnten. Sobald alle vor der Anpassung eingegangenen gewerblichen Anfragen abgeschlossen sind, sollten die vollen Kosten der gewerblichen Leistungen gedeckt werden.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der Bundesrat erwartet, dass das SIR sich an die personal- und vorsorgerechtlichen Vorgaben gemäss Bundespersonalgesetzgebung hält.

Im SIR waren im Jahresdurchschnitt 27 Vollzeitstellen besetzt, wobei in dieser Zahl die Lernenden (1,8 FTE) und Praktikantinnen und Praktikanten (1 FTE) nicht enthalten sind. Die Anzahl der Praktikantinnen und Praktikanten entsprach dem Vorjahr, jedoch ist seit 2020 pandemiebedingt ein starker Rückgang zu verzeichnen. Da es sich bei den Praktikantinnen und Praktikanten des SIR um ausländische Juristinnen und Juristen handelt, war deren Einsatz durch die erschwerten Einreisebedingungen nicht planbar. Zudem erlaubte die im gesamten Jahr überwiegend bestehende Homeoffice-Pflicht des SIR keine adäquate Ausbildungsumgebung für Praktika.

Für die Mitglieder der Direktion und das übrige Personal ist das Bundespersonalgesetz (BPG) anwendbar. Somit sind die personalpolitischen Vorgaben der zentralen Bundesverwaltung zu erfüllen. Der Frauenanteil des Personals stieg im Jahr 2021 von 47,2 Prozent auf 52,9 Prozent und liegt damit leicht über dem Sollwert des Bundes (Soll 46-50 %). Im höheren Kader besteht unverändert ein Frauenanteil von 66,7 Prozent (Soll 27-32 %). Im mittleren Kader sind 40,3 Prozent (Soll 36-43 %) der Angestellten Frauen. Damit werden die Sollwerte weit übertroffen bzw. gut erreicht.

Die Arbeitsformen innerhalb des SIR fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. So arbeiten 73,2 Prozent der Angestellten beim SIR mit einem Beschäftigungsgrad von 90 Prozent oder weniger. Während sich unter den Mitarbeiterinnen der Anteil der Teilzeitmitarbeiterinnen im 2021 nur unwesentlich veränderte (-1,3 % gegenüber 2020), stieg bei den Männern der Anteil der Teilzeitkräfte von 62,1 Prozent im 2020 auf 70,2 Prozent im 2021. Das SIR offeriert darüber hinaus bereits seit einigen Jahren attraktive und weitreichende Möglichkeiten des mobilen Arbeitens. Diese haben sich in der aktuellen pandemischen Situation auch im Jahr 2021 bewährt. Aufgrund der guten Erfahrungen wird das SIR, soweit dies mit der jeweiligen Funktion vereinbar ist, mobiles Arbeiten auch in Zukunft konsequent fördern.

Aufgrund der Tätigkeit der internationalen Rechtsvergleichung sowie der umfassenden Sammlung zu den weltweiten Rechtsordnungen der Bibliothek, zeichnet sich die Belegschaft des SIR durch eine multikulturelle Zusammensetzung und Sprachenvielfalt aus. Die Mitarbeitenden des SIR gehören den folgenden Landessprachgemeinschaften an: 67,5 Prozent Französisch, 25 Prozent Deutsch und 7,5 Prozent Italienisch. Die Sprachenverteilung ist auf den Sitz des SIR in Lausanne zurückzuführen. Zusätzlich zu den erwähnten Sprachgemeinschaften sind die folgenden Sprachen als Muttersprache vertreten: Arabisch, Chinesisch, Englisch, Litauisch, Polnisch, Schwedisch, Serbisch, und Spanisch. Das Personal des SIR ist im «Vorsorgeplan

Bund» bei der Pensionskasse des Bundes PUBLICA versichert. Für das SIR wurde kein eigener Vorsorgeplan abgeschlossen, weshalb im vorliegenden Bericht auf diesbezügliche Kennzahlen verzichtet wird. Informationen können unter www.publica.ch eingesehen werden.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die Kooperationen des Instituts beschränken sich auf die in den strategischen Schwerpunkten erwähnten Projekte im Rahmen von gemeinsam organisierten Veranstaltungen (siehe oben zur Zusammenarbeit mit schweizerischen Universitäten). Darüber hinaus besteht eine enge Zusammenarbeit der Bibliothek mit verschiedenen Bundesinstitutionen. So ist das SIR weitgehend für den Betrieb der Bibliothek des Bundesamts für Justiz zuständig. Eine Kooperation besteht ebenfalls mit den Bibliotheken der Bundesgerichte. Dabei wurde die Funktion der Koordination dieser Bibliotheken innerhalb des Westschweizer Bibliotheksnetzes mit dem Austritt aus diesem Netzwerk und dem Bezug entsprechender Dienstleistungen von der Swiss Library Service Platform (SLSP AG) durch eine Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerks der SLSP AG ersetzt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Das SIR verfügt über keine eigene Rechnung. Allfällige Revisionen werden daher von der Eidgenössischen Finanzkontrolle oder dem Finanzinspektorat EJPD im Rahmen der Botschaft über die jeweilige Staatsrechnung durchgeführt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Institutsrat beantragt dem Bundesrat die Kenntnisnahme des Berichts des Institutsrates über die Erreichung der strategischen Ziele an den Bundesrat (Art. 9 Bst. a SIRG; SR 425.1). Er beantragt weiter die Genehmigung des Jahresberichts und die Entlastung des Institutsrats (Art. 9 Bst. h).

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 30.03.2022 den Jahresbericht des SIR für das Jahr 2021 genehmigt und dem Institutsrat Entlastung erteilt.

Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung

Internet: www.ehb.swiss

Sitz: Zollikofen

Rechtsform: Anstalt des Bundes

EHB-Rat: Adrian Wüthrich (Präsident), Dr. Amalia Mirante (Vizepräsidentin), Claude Pottier (Vizepräsident), Oriane Cochand, Olivier Dinichert, Prof. Dr. Winfried Kronig, Angelika Locher Schmid, Andri Rüesch, Amalia Zurkirchen

Direktorin: Dr. Barbara Fontanellaz

Ext. Revisionsstelle: BDO AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Drei Stichworte prägten die EHB 2021:

Transformation zur Hochschule: Das Inkrafttreten des EHB-Gesetzes und damit verbunden die neue Bezeichnung als Hochschule, die Aktualisierung verschiedener Verordnungen, die Festlegung strategischer Leitlinien für die Jahre 2021-2028, die Positionierung der EHB in ihrem erweiterten gesellschaftlichen Umfeld und die Zulassung zum institutionellen Akkreditierungsverfahren sind Kernelemente dieser Transformation. Der Bundesrat ist zuversichtlich, dass der Wandel zur eidgenössischen Hochschule Typ pädagogische Hochschule und damit verbunden die Akkreditierung gelingen wird.

Digitalisierung: Pandemiebedingt konnte die EHB zeitweise den Unterricht sowie Veranstaltungen und Ausstellungen nur virtuell durchführen. Daneben gab es eine grosse Nachfrage nach Weiterbildungen. Bestehende Angebote wurden erweitert oder konsequenter auf die Thematik ausgerichtet. Die Forschung nahm sich der digitalen Kompetenzen der Lehrpersonen an und untersuchte, wie interaktive Technologien das Lernen in der Berufsbildung unterstützen können. Die EHB unterstützte die Entwicklung von digitalen Prüf- und Qualifikationsverfahren sowie von digitalen Lehrmitteln. Der Bundesrat stellt fest, dass die EHB das gesellschaftlich wichtige Thema in den verschiedensten Bereichen vorantreibt. Die Ziele des Programms transformation wurden angesichts der pandemiebedingten Restriktionen im Wesentlichen erreicht.

Qualität: 2021 erhielt die EHB die EFQM-Zertifizierung «Qualified by EFQM» für ihr Qualitätssicherungssystem, welches sich auch an den Qualitätsstandards für die Akkreditierung orientiert. Im Oktober genehmigte die Hochschulleitung die Qualitätssicherungsstrategie 2021-2024. Die Förderung der internen Qualitätskultur steht unter dem Motto «Qualität leben». Zudem erfolgt eine systematische Evaluation der Angebote der EHB in Lehre, Forschung und Dienstleistungen, um die Qualität zu sichern und die Angebote weiterzuentwickeln. Der Bundesrat nimmt dies mit Genugtuung zur Kenntnis, dies insbesondere angesichts der regional unterschiedlichen Zielerreichung betreffend Spitzenposition (Marktanteil), Kosten und Zufriedenheit der Studierenden.

Kennzahlen	2021	2020
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	48,2	48,5
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	-1,3	-0,8
Alle Reserven (Mio. CHF) ¹	4,2	5,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	9,0	10,6
Eigenkapitalquote in %	32,1	39,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	199	188

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Abschlüsse: Diplome	244	243
Abschlüsse: Zertifikate	736	793
Abschlüsse: Weiterbildungslehrgänge	325	195
Projekte Berufsentwicklung	297	242
Forschungsprojekte	58	58
Technischer Deckungsgrad PK in %	108,1	106,6
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	96,7	87,7

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	39,9	42,0
Gebühren und Einnahmen (Mio. CHF)	8,2	6,3

¹ Reserven vor Verrechnung mit dem Jahresgewinn /-verlust

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Die EHB nimmt ihre Rolle als die Expertenorganisation des Bundes für die Berufsbildung und als kompetente und verlässliche Ansprechpartnerin für die Verbundpartner wahr, steht im Dialog mit der Gesellschaft und trägt im Rahmen ihres Auftrags zur nachhaltigen Entwicklung, zur digitalen Transformation und zur Chancengerechtigkeit von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt bei.

* Strategische Ziele: [BBI 2021 47 - Strategische Ziele des Bundesrates für den Rat des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung \(EHB\) für die Jahre 2021–2024 \(admin.ch\)](#)

Die EHB stellt dem Bund ihre Expertise in verschiedenen Kommissionen zur Verfügung. So hat sie Einsitz in der Expertengruppe «Bildung und Wissenschaft» des Bundesamtes für Statistik. Mit den Verbundpartnern pflegt sie sowohl auf sprachregionaler wie auch auf nationaler Ebene den Austausch und strebt aufgrund von Analysen an, den Austausch mit einzelnen Stakeholdern zu verbessern. Tagungen, eine Wanderausstellung und eine zunehmende Präsenz in diversen Medien sorgen für einen regen Austausch mit der Gesellschaft, pandemiebedingt auch virtuell.

Die angebotenen Weiterbildungen zu digitalen Themen aus dem Aktionsplan Digitalisierung stiessen schweizweit auf grosse Nachfrage. Im Rahmen von trans:formation konnten sich knapp 13'500 Berufsschullehrerinnen und -lehrer weiterbilden, was die im Aktionsplan gesetzten Ziele bei weitem übertraf. Hingegen blieb die Nachfrage bei den Berufsfachschulen nach den entsprechenden Angeboten (Digital-Check, Projektbegleitungen) unter den Erwartungen. Dies ist u.a. auf die Covid-19-Pandemie zurückzuführen: für die Berufsfachschulen hatte die Sicherstellung des Unterrichts während der Pandemie Priorität.

Im Bereich der nachhaltigen Entwicklung führt die EHB eine Partnerschaft mit *éducation21* zu neuen Bildungsangeboten; zudem beteiligt sich die EHB an der Reform von Rahmenlehrplänen und Bildungsverordnungen und fördert die Integration von BNE-Sequenzen in Unterrichtsmodule.

Die EHB greift im Rahmen ihres Auftrags die Problemstellungen und Strömungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt frühzeitig auf und entwickelt Lösungsvorschläge.

Im Zuge des Trendmonitorings untersuchte die EHB Bildungsverläufe in der Berufsmaturität sowie Herausforderungen und Potenziale dieses Bildungsangebotes. Die Erkenntnisse stiessen bei den Kantonen auf grosses Interesse, und die EHB konnte an deren Jahrestagung Grossgruppenworkshops zur Umsetzung der Erkenntnisse bei den Kantonen organisieren.

Mit Skillsnet - einer Online-Community - hat die EHB auf das Bedürfnis der Verbundpartner reagiert, sich im Bereich der Digitalisierung des Unterrichts zu informieren und zu vernetzen.

Die EHB nimmt schweizweit eine Spitzenposition im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen sowie in der Berufsentwicklung und Berufsbildungsforschung ein und erbringt Leistungen von hoher Qualität.

2021 betrug der Marktanteil bei den Diplomstudiengängen für Berufsfachschullehrpersonen 49,3 Prozent (2020: 51,1 %, -1,8 %). Die Anzahl vergebener Diplome blieb konstant (2021: 244; 2020: 243). Ebenso blieb die Zahl der Forschungsprojekte konstant (2021: 58, 2020: 58). In der Berufsentwicklung resultierte der höhere Bekanntheitsgrad der Dienstleistungen der EHB in der französischen Schweiz

in einem Anstieg der Projekte (2021: 297, 2020: 242, +23 %).

Die EHB evaluiert alle Angebote regelmässig und systematisch. Zudem erfolgt ein regelmässiger Austausch zwischen den Studiengangsleitenden und den Studierenden. Dies gewährleistet eine nachhaltige Qualitätsentwicklung der Lehre, Forschung und der Dienstleistungen. Die Gesamtzufriedenheit der Studierenden in den Diplomstudiengängen konnte in den letzten Jahren gesteigert werden und liegt im Durchschnitt bei 75 Prozent. Sie übertrifft die angestrebten 80 Prozent nur in der deutschen Schweiz; in der französischen Schweiz waren hingegen nur 70 Prozent, in der italienischen gar nur 58 Prozent mit dem Angebot zufrieden. V.a. die Angemessenheit der Arbeitslast wurde in der Romandie und in der italienischen Schweiz schlechter bewertet.

In der Weiterbildung, der Forschung und in der Berufsentwicklung übersteigen die Zufriedenheitswerte die 80 Prozent-Marke zum Teil deutlich. Die Anerkennungen der berufspädagogischen Bildungsgänge wurden ohne Auflagen erteilt.

Die EHB unterstützt den Bund in der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit.

Die EHB unterstützte im Berichtsjahr alle in der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit engagierten Bundesämter (SBFI, DEZA, SECO, SEM) bei unterschiedlichen Vorhaben und Projekten. Zudem führte eine Absichtserklärung mit der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Entwicklung von Ausbildungsprogrammen, die auf den Grundpfeilern des schweizerischen Berufsbildungsmodells beruhen. Delegationen konnten pandemiebedingt nur beschränkt empfangen werden.

Die EHB durchläuft in der BFI-Periode 2021 – 2024 die institutionelle Akkreditierung als Hochschule.

Die EHB hat am 15.1.2021 das Gesuch um Akkreditierung als pädagogische Hochschule beim Schweizerischen Akkreditierungsrat gestellt. Dieser beschloss am 27.4.2021, die EHB zum institutionellen Akkreditierungsverfahren zuzulassen. Die EHB reichte ihren Selbstbeurteilungsbericht bei der Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung AAQ am 8.12.2021 ein. Der Abschluss des Verfahrens ist im Herbst 2022 geplant.

Die EHB verfügt über ein System der Qualitätssicherung und -entwicklung, über ein Risikomanagementsystem sowie über ein Compliance-Management-System.

Die EHB hat 2021 die EFQM-Zertifizierung «Qualified by EFQM» erhalten. Sie verfügt zudem über ein Risikomanagementsystem, welches von der Revisionsstelle als zweckmässig erachtet wird. Ein Compliance-Management-System soll in den nächsten Jahren etabliert werden.

Die EHB vermittelt in ihren Studiengängen, Kursen und Weiterbildungslehrgängen praxisverankerte und wissen-

schaftsbasierte Erkenntnisse und Kompetenzen und bereitet die Studierenden auf die mit ihren Aufgaben verbundenen Herausforderungen vor.

Befragungen ergaben, dass mehr als 80 Prozent der Teilnehmenden von Studiengängen in der Aus- und Weiterbildung das Gelernte in die berufliche Praxis übertragen können. Zudem zeigen verschiedene Aufträge aus Wirtschaft und Verwaltung, dass die Expertise der EHB von der Berufspraxis geschätzt wird. Die aktuelle Fusion der Sparten Aus- und Weiterbildung stellt das lebenslange Lernen in den Fokus. Neue Angebote (z.B. Digitalisierung, Sport) greifen die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden auf. Die Validierung von Praxiserfahrung wird in der deutschen und französischen Schweiz angeboten und erfreut sich wachsender Nachfrage. Dank der vermehrten Anstellung von Dozierenden mit Mischprofilen können Forschungserkenntnisse direkt in die Lehre einfließen.

Die EHB schafft mit ihrer Forschung evidenzbasierte Grundlagen, bereitet bestehende Studien und Forschungsergebnisse auf und sorgt aktiv für den Wissenstransfer in die Praxis der Berufsbildung und der Arbeitswelt.

Das von der EHB geführte Leading House «Berufsfelddidaktik» widmet sich einem Kernthema der Berufspädagogik. Nach dem «Erwerb von wissenschaftlichen Kompetenzen» beschäftigen sich die Forschenden, in Kooperation mit weiteren pädagogischen Hochschulen, mit dem «Erwerb von transversalen Kompetenzen». Im Herbst startete ein vom Schweizerischen Nationalfonds unterstütztes Projekt, das Erkenntnisse über die verschiedenen Aspekte des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit liefern soll. Der Wissenstransfer ist der EHB ein besonderes Anliegen. Sie nutzt dazu die unterschiedlichsten Kommunikationskanäle. 2021 wurden 231 Wissenstransferaktivitäten erbracht (sechs pro Vollzeitäquivalent der Sparte «Forschung & Evaluation»).

Die EHB ist mit ihren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie mit ihren Studiengängen «Bachelor of Science in Berufsbildung» (BSc) und «Master of Science in Berufsbildung» (MSc) in der Hochschullandschaft anerkannt.

Vier Personen schlossen ihre Dissertation ab. Für zwei Dissertationen erhielt die EHB Forschungspreise. Zudem hielten EHB-Forschende Referate an diversen internationalen Tagungen, Kongressen und Kolloquien, um einen Beitrag zum wissenschaftlichen Dialog zu leisten.

Der zweite Durchgang des BSc startete im September mit einem überarbeiteten Studienplan. Evaluationsergebnisse und Erfahrungswerte zeigten auf, dass eine deutlichere Profilierung in der Thematik «Digitale Professionalität» angezeigt ist. Im Frühjahr bestätigte die Agentur ACQUIN die Akkreditierung des MSc bis 2025 ohne Auflagen.

Die EHB unterstützt und schult die Verbundpartner bei der Neu- und Weiterentwicklung der Berufe sowie bei deren Umsetzung in der Praxis.

Insbesondere in der französischen Schweiz konnte die Zahl der begleiteten Implementierungen gesteigert werden. Die

EHB führt das auf den höheren Bekanntheitsgrad der Dienstleistung und auf das gesteigerte Interesse der Organisationen der Arbeitswelt zurück. In den Reformen der Berufe der Kaufleute und des Detailhandels engagiert sich die EHB bei der Ausrichtung der Berufe auf Handlungskompetenzen und den dafür notwendigen Weiterbildungen der Berufsbildungsverantwortlichen.

2. Finanzielle Ziele

Die EHB wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt und erzielt über die Geltungsdauer dieser strategischen Ziele mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis.

Die EHB hat dieses Jahr die Organisationsstrukturen weiterentwickelt: Neben der Fusion der Aus- und Weiterbildung wurde beschlossen, die Ausbildung der Prüfungsexpertinnen und -experten ins Zentrum für Berufsentwicklung zu integrieren, um alle Etappen eines Berufsentwicklungszyklus in einer Sparte anzusiedeln. Eine umfassende IT-Analyse attestierte der IT-Sicherheit ein gutes Zeugnis, zeigte aber bei der Hardware Erneuerungsbedarf, beim Einsatz von Software Redundanzen und bei den administrativen Prozessen Potenzial zur Optimierung auf. Eine IT-Strategie wird erarbeitet, um den genannten Herausforderungen begegnen zu können.

Die EHB erreicht über die letzten vier Jahre ein ausgeglichenes Ergebnis. Das Eigenkapital sinkt durch den Ausgabenüberschuss auf 2,9 Millionen Franken (2020: CHF 4,2 Mio., -1,3 Mio.) oder 6,3 Prozent des operativen Ertrags (2020: 8,3 %, -2 %), was dem Stand von 2018 nahekommt (CHF 3,2 Mio. oder 6,8 % des operativen Ertrags).

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2021 beträgt -1,3 Millionen Franken (2020: CHF -0,8 Mio.). Dieses Ergebnis ist hauptsächlich auf Verzögerungen beim Aktionsplan Digitalisierung zurückzuführen. Wie geplant hat die EHB den Abschluss der Aktivitäten des Aktionsplans Digitalisierung im Jahr 2021 aus den Reserven finanziert.

Positiv zu Buche schlugen Mehreinnahmen durch Gebühren (CHF +949'000; +29 %) und durch die Akquise von Dienstleistungen und Forschungsprojekten (CHF +909'000; +30 %). Der Personalaufwand nahm zu, insbesondere um den Aktionsplan Digitalisierung umzusetzen, die Akkreditierung vorzubereiten, die zusätzlichen Aufträge in Forschung und Dienstleistung zu bewältigen und das neue Ausbildungskonzept einzuführen. Beim Informatikaufwand resultierten Minderausgaben. Die Jahresrechnung wurde durch die externe Revisionsstelle geprüft und zur Genehmigung empfohlen.

Die EHB bietet ihre Ausbildungen zu marktüblichen Preisen und ihre Dienstleistungen grundsätzlich kostendeckend an.

Die durchschnittlichen Kosten pro VZÄ eines/einer Studierenden lagen im Jahr 2021 bei den EHB-Diplomstudiengängen unter dem Referenzwert des gesamtschweizerischen Durchschnitts der Kosten für die Lehrkräfteausbildung pro

VZÄ. Die Dienstleistungen am Markt, wie z.B. Forschungsaufträge und Weiterbildungsangebote, werden zu kosten-deckenden Preisen angeboten.

Die EHB erzielt einen Zweit- und Drittmittelanteil der Sparte Forschung und Entwicklung von mindestens 25 Prozent.

In der Forschung ist in Folge von mehreren Projektakquisitionen der Drittmittelanteil um fast 10 Prozentpunkte auf 39,3 Prozent gestiegen (2020: 29,7 %). Der Schweizerische Nationalfonds, das SBFI, die ILO und swissuniversities gehören zu den Hauptfinanzierungsquellen. Hinzu kommen Mandate der Auftragsforschung.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die EHB betreibt eine vorausschauende, sozial verantwortliche, transparente und verlässliche Personalpolitik, fördert die Chancengleichheit, die Arbeitsmarktfähigkeit der Mitarbeitenden sowie eine auf Wertschätzung basierende Betriebskultur.

Die 2020 eingeführte Care-Stelle hat sich bewährt. Sie begleitet Mitarbeitende bei arbeitsplatzbezogenen oder gesundheitlichen Problemen und pflegt den Kontakt zu den Sozialversicherungen.

An der EHB arbeiten auch Menschen mit Beeinträchtigungen. Die EHB sorgt für ein barrierefreies Arbeitsumfeld. Dieses Engagement wurde 2021 mit dem Label iPunkt erneut zertifiziert.

Das Verhältnis von Frauen (67%) und Männern (33%) blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die Lohngleichheitsanalyse ergab, dass das Ergebnis von 2,6 Prozent zu Ungunsten der Frauen innerhalb der Toleranzschwelle des Bundes von 5 % liegt.

Die EHB achtet bei ihren Vorgesetzten und ihren Mitarbeitenden auf Integrität sowie auf ein Handeln in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Corporate Governance des Bundes.

Mit dem Ziel, den Wandel der EHB zur Hochschule zu fördern, hat die Hochschulleitung das Projekt «Qualität leben» lanciert. Ziel des Projektes ist, Qualität als Kultur und als persönliche Aufgabe zu verstehen und in der täglichen Arbeit umzusetzen. Im Herbst ging das Kader vertieft auf das Thema der Lern- und Feedbackkultur ein.

Die jährliche Zielvereinbarung der einzelnen Mitarbeitenden beruht auf den Zielen der Sparten und Ressorts, welche abgeleitet werden von den strategischen Zielen des Bundesrates resp. der Leistungsvereinbarung zwischen dem EHB-Rat und der Direktion.

Die EHB richtet das Leistungsniveau der Vorsorgepläne an jenen der Bundesverwaltung aus und verteilt die Lasten angemessen auf Versicherte und Arbeitgeber.

Das Leistungsniveau der EHB-Vorsorgepläne orientiert sich an jenen der Bundesverwaltung, und die Lasten werden angemessen auf Versicherte und Arbeitgeber verteilt.

2021 wurde die Übernahme in das Vorsorgewerk des Bundes vorbereitet und per 01.01.2022 vollzogen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die EHB arbeitet mit anderen Anbietern von Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche zusammen mit dem Ziel kundennaher, schweizweit harmonisierter Ausbildungsangebote.

Die EHB ist ständiger Gast mit beratender Stimme in der Kammer PH von swissuniversities. Es bestehen mit sechs pädagogischen Hochschulen und zwei Universitäten Kooperationen oder Zusammenarbeitsvereinbarungen betreffend die Ausbildung von Berufsbildungsverantwortlichen. Weitere Kooperationen pflegt die EHB zur Ausbildung von Führungskräften in Bildungseinrichtungen.

Die EHB kooperiert zielgerichtet mit Praxispartnern, anderen Hochschulen und weiteren Forschungsinstitutionen, nutzt Synergien in der Forschung und fördert den wissenschaftlichen Dialog mit anderen Hochschulen.

Die EHB kooperiert mit 77 Partnern aus der Praxis, aus dem Hochschulbereich sowie Dritten. Die Kooperation mit dem deutschen Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) konnte erneuert werden. Diese ist für die EHB von besonderem Interesse, weil das deutsche Berufsbildungssystem dem schweizerischen sehr ähnlich ist.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung 2021 der EHB geprüft und diese mit Bericht vom 31.3.2022 für ordnungsgemäss befunden. Die Revisionsstelle empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Das WBF legte dem Bundesrat den Geschäftsbericht 2021 einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung sowie den Bericht des EHB-Rats über die Erreichung der strategischen Ziele und den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnisnahme vor.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Geschäftsbericht 2021 einschliesslich Jahresrechnung am 27.4.2022 genehmigt und den Mitgliedern des EHB-Rates Entlastung erteilt. Der Bilanzverlust per 31. Dezember 2021 von 1,3 Millionen Franken wird mit den Reserven verrechnet.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Mit dem Inkrafttreten des neuen EHB-Gesetzes am 1. August 2021 erfolgte die Umbenennung zur Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung.

SIFEM AG

Internet: www.sifem.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Jörg Frieden (Präsident), Susanne

Grossmann, Yulia Balandina Jaquier, Dominique Biedermann, Geoffrey Burns, Angela de Wolff, Kathryn Imboden

Geschäftsführerin: Obviam AG, Bern

Ext. Revisionsstelle: BDO AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Die SIFEM hat sich mit einem finanziellen Glanzergebnis von der Corona-Krise erholt.

Im Jahr 2021 erzielte sie den bislang höchsten Betriebsgewinn. Der Überschuss von 40,3 Millionen Franken (2020: -28,6 Mio.) nach Abzug der operativen Kosten von 11,4 Millionen ist eine direkte Folge der starken Performance des Investitionsportefeuilles. Die Werterholung des Portefeuilles resultierte in einem Anlagegewinn von 51,7 Millionen Franken.

Ebenso erfreulich waren die Rückflüsse aus erfolgreich verlaufenden und abgeschlossenen Investitionen, die 2021 den rekordhohen Umfang von 124,7 Millionen US-Dollar erreichten (2020: 51,7 Mio), sowie der Wiederanstieg der langfristigen Rendite auf 5,77 Prozent.

Der Turnaround ist auf einen Aufholeffekt zurückzuführen, spricht vor allem aber für die hohe Qualität und die Resilienz des SIFEM-Portefeuilles, was sich auch in Bezug auf die Wirkungseffekte und die Erreichung der Vorgaben und Erwartungen im Rahmen der strategischen Schwerpunkte zeigt. So vermochte die SIFEM im Berichtsjahr auch bei den geschaffenen und erhaltenen Arbeitsstellen mit einem jährlichen Stellenwachstum in den Portfoliounternehmen von 3,5 Prozent zuzulegen.

Die globalen Aussichten stimmen indessen weniger optimistisch für die weitere Entwicklung. Zwar scheint die Corona-Krise bewältigt, aber die in höchstem Masse angespannte geopolitische Lage birgt grosse makroökonomische und konjunkturelle Risiken, die rasch auch zu Verwerfungen in den Märkten führen können, in denen die SIFEM schwergewichtig tätig ist.

Die SIFEM ist darum herausgefordert, die Erfolge im Jahr 2021 zu bestätigen, um die Leistungsziele über die gesamte Leistungsperiode erfüllen zu können. Der Bundesrat erwartet zudem, dass die Risikoexposition des Portefeuilles weiterhin im Rahmen der festgelegten Grenze bleibt.

Kennzahlen	2021	2020
Finanzen¹ und Personal		
Operatives Betriebsergebnis (Mio. CHF)	40,3	-28,6
Gesamtergebnis (Mio. CHF)	58,2	-84,3
Gewinn- / Verlustvortrag (Mio. CHF) ²	41,3	-74,2
Alle Reserven (Mio. CHF)	47,4	38,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	700,2	616,9
Eigenkapitalquote in %	96,0	94,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	0,2	0,2

Unternehmensspezifische Kennzahlen³

Rendite im mehrjährigen Durchschnitt - Internal Rate of Return (%)	5,77	5,25
Wertmultiplikator - Total Value over Paid-in	124	120
Neue Investitionsverpflichtungen (Mio. USD)	84,0	85,6
Rückflüsse aus Investitionen (Mio. USD)	124,7	51,7
Gesamtvolumen Investitionsverpflichtungen (Mio. USD) - Total Active Commitments	894,5	883,6
Einbezahlte Investitionen (zu Marktwerten, Mio. USD) - Residual Value	432,2	420,0

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Erhöhung Aktienkapital (Mio. CHF)	30	40

¹ Jahresabschluss basierend auf den *International Financial Reporting Standards*

² Gemäss Jahresabschluss nach Obligationenrecht

³ Die SIFEM verwendet den US-Dollar zur Messung der Investitionsleistung

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Nachhaltigkeit – auf Kurs

Sämtliche Finanzintermediäre, mit denen die SIFEM zusammenarbeitet, sind zur Einhaltung der Verantwortungsbewussten Investitionspolitik verpflichtet. Die SIFEM Portefeuille-Unternehmen als Kunden der Finanzintermediäre

müssen national geltende Nachhaltigkeitsregularien einhalten und darauf hinarbeiten, die relevanten internationalen Normen anzuwenden. Massgebend sind die Performance Standards der IFC (Weltbank) oder daraus abgeleitete Kriterien. Hinsichtlich Einhaltung der Menschenrechte beziehen sich diese Leitlinien auf die Guiding Principles sowie auf die International Bill of Human Rights der UNO. Im Bereich der Arbeitsbedingungen gelten die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation.

Die Überprüfung erfolgt sowohl im Vorfeld als auch während der Umsetzung der Investitionsprojekte durch ein umfassendes Monitoring. Falls ein Fonds oder eine Finanzinstitution zum Zeitpunkt der SIFEM-Investition die Verantwortungsvolle Investitionspolitik nicht vollständig erfüllt, wird ein rechtlich verbindlicher Umwelt- und Sozialaktionsplan (ESAP) mit einem Umsetzungszeitplan vereinbart.

Im Jahr 2021 haben alle getätigten Investitionen ausser eine die Nachhaltigkeitsanforderungen eingehalten. Für ein Darlehensprojekt in Nepal wurde ein temporärer Aufschub zur vollständigen Umsetzung der SIFEM-Nachhaltigkeitskriterien (ESAP-Umsetzung) gewährt. Zugleich sind sämtliche neuen Transaktionen auf die Vorgaben des Pariser Abkommens zum Klimaschutz ausgerichtet (sog. *Paris Alignment*) bzw. stehen im Einklang mit den Klimazielen der betreffenden Länder.¹

Finanzielle Additionalität – auf Kurs

Unter dem Eindruck der Corona-Pandemie war die SIFEM angehalten, im ersten Jahr der Strategieperiode 2021-2024 neue Investitionszusagen primär für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Aktivität von bestehenden und bewährten SIFEM-Partnern zu machen. Tatsächlich wurde 2021 lediglich eine Investition mit einem bestehenden SIFEM-Partner im Rahmen eines neuen Fonds getätigt, weil die meisten Fondsmanager, mit denen die SIFEM bereits zusammenarbeitet, von den wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krise weit weniger betroffen waren als ursprünglich befürchtet. Dies ermöglichte es der SIFEM, mit neuen Partnern zu investieren und ihr Portefeuille weiter zu diversifizieren.

Hebelwirkung/Mobilisierung – zu früh für Beurteilung

Im Berichtsjahr wurde kein zusätzliches Kapital mobilisiert. Der SIFEM-Manager Obviam hat jedoch verschiedene Sondierungsgespräche mit privaten und institutionellen Investoren geführt. Einige dieser potenziellen Investoren haben ihr Interesse an einer Wiederaufnahme der Gespräche bekundet, sobald das Ergebnis des SIFEM-Ausschreibungsverfahrens bekannt ist (vgl. Ziffer E). Damit das Mobilisierungsziel von 60 Millionen über die Geltungsdauer der strategischen Ziele erreicht wird, muss die SIFEM ihre Bemühungen intensivieren.

¹ Sog. *Nationally Determined Contributions* (NDCs)

Mehr und bessere Arbeitsplätze – teilweise auf Kurs

Die SIFEM ist im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes ein wichtiges Instrument für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Zielländern. Im Berichtsjahr unterstützte die SIFEM anteilmässig (d.h. ohne den Beitrag der Co-Investoren) rund 35 500 Arbeitsplätze, gegenüber 12 839 im Vorjahr. Das jährliche Stellenwachstum in den Portfoliounternehmen erreichte 3,5 Prozent (2020: 5,5%). Aufgrund der pandemiebedingten Wirtschaftskrise gingen zwar Arbeitsplätze verloren, doch wurden diese durch neue Stellen mehr als ausgeglichen². Es zeigt sich, dass die SIFEM-Portfoliounternehmen weniger stark von der Corona-Krise getroffen wurden als ursprünglich erwartet. Ein wichtiger Grund ist die sektorielle Zusammensetzung des Portfolios. Die SIFEM ist überwiegend in Wirtschaftsbereichen investiert, die sich als Krisenfest erwiesen bzw. unmittelbar von der im vergangenen Jahr einsetzenden wirtschaftlichen Erholung profitiert haben.

Die SIFEM fördert mit ihren Investitionen auch die Qualität der Beschäftigung. So müssen alle Fondsmanager und Finanzinstitute gewährleisten, dass die Portfeuille-Unternehmen nationale Gesetze bezüglich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz einhalten und die Arbeitssicherheit über die national geltenden Grundanforderungen hinaus verbessern. Dies war überall und durchwegs der Fall.

Klimawandel: Minderung und Anpassung – auf Kurs

Gesamthaft ist die SIFEM bis heute Verpflichtungen von rund 145 Millionen Franken eingegangen, die zum Klimaschutz beitragen, was rund 13 Prozent aller Investitionen entspricht. Im Jahr 2021 hat sich die SIFEM an einem Klimaschutzprojekt im Umfang von 9,22 Millionen Franken beteiligt. Es handelt sich um einen regionalen Fonds, der den Zugang zu erschwinglichen, zuverlässigen und sauberen Energiedienstleistungen in Afrika südlich der Sahara verbessern soll. Mehrere andere Klimafinanzierungen sind in Vorbereitung, so dass die SIFEM auf Kurs ist, die Klimashutzvorgabe (mindestens 25% des Investitionsvolumens) am Ende der Strategieperiode 2021-2024 zu erreichen.

Essentielle Güter / Innovation – auf Kurs

Die geltenden strategischen Ziele verpflichten die SIFEM, über einen Zeitraum von 4 Jahren mindestens 30 Prozent ihrer Neuinvestitionen für die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen des Grundbedarfs sowie für die finanzielle Inklusion unterversorgter Bevölkerungsgruppen einzusetzen. Im Jahr 2021 bezogen sich 43 Prozent der Verpflichtungszusagen ausdrücklich auf dieses Ziel, mit Fokus auf die finanzielle Eingliederung durch Mikrofinanzdienstleistungen sowie einen Fonds, der innovative Finanztechnologien ("Fintech") fördert.

² Mitberücksichtigt ist eine Neuberechnung der Beschäftigungsdaten, wobei die durch Darlehen an Finanzintermediäre geschaffenen Stellen stärker ins Gewicht fallen

Geschlechtergleichstellung – auf Kurs

Zur Förderung der Geschlechtergleichstellung müssen mindestens 20 Prozent der jährlichen Investitionszusagen die Kriterien der «2X Challenge» Initiative erfüllen. Die Initiative dient der Stärkung der Frauenrolle in der Gründung und Führung von Unternehmungen sowie als Angestellte. Im Jahr 2021 waren über 80 Prozent der SIFEM-Neuinvestitionen für die «2X Challenge» zugelassen oder befanden sich im Qualifizierungsprozess.

Engagement in den am wenigsten entwickelten Ländern – auf Kurs

Der Bundesrat erwartet von der SIFEM, dass sie ihre Präsenz in den am wenigsten entwickelten Ländern (*engl.* LDC) verstärkt und die aktiven Verpflichtungen bis Ende 2024 mindestens 12 Prozent des Gesamtinvestitionsvolumens ausmachen. Im Jahr 2021 lag diese Quote bei 12,5 Prozent. Bei einem wachsenden Gesamtportefeuille muss die SIFEM in den kommenden Jahren jedoch noch vermehrt in LDC investieren, um dieses Engagement auf mindestens 12 Prozent zu halten.

Im Berichtsjahr unterstützte die SIFEM die NMB Bank in Nepal mit einem Darlehen von zwölf Millionen US-Dollar. Dadurch sollen vor allem Kundinnen und Kunden in ländlichen Gebieten einen Zugang zu Krediten erhalten. Es handelt sich um die erste Transaktion, die mit einer partiellen Ausfallgarantie der DEZA abgesichert ist.

Ausgewählte UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung – keine Beurteilung

Bei Klimaschutzprojekten ermittelt die SIFEM die eingesparten CO₂-Emissionen. Im Berichtsjahr haben solche Projekte 6 479 Gigawattstunden mit erneuerbaren Energieträgern produziert sowie rund 7,6 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen vermieden (Vorjahr: 5 882 Gigawattstunden resp. 5,5 Mio. t CO₂).

Zusammengefasst entrichteten die Firmen, in welche die SIFEM seit 2014 investiert hat, Steuern in der Höhe von 1,4 Milliarden US-Dollar (Vorjahr: 2,4 Milliarden). Der Rückgang ist auf Veränderungen in der Zusammensetzung des Portfolios zurückzuführen, da einige grosse Steuerzahler im Jahr 2021 aus dem Portfolio ausschieden, sowie auf Wechselkurseffekte bei der Umrechnung der in lokaler Währung entrichteten Steuern in US-Dollar.

Risikopolitik und Risikomanagement – unter Beobachtung

Das interne Kontrollsystem der SIFEM erfüllt die Vorgaben des Obligationenrechts, und das Risikomanagement wurde von der Revisionsstelle als angemessen beurteilt. Die Revisionsstelle bestätigt, dass die Vorgaben von Artikel 728a Abs. 1 OR erfüllt sind.

Die SIFEM ist entsprechend ihrem Auftrag in schwierigen Märkten tätig und soll Risiken tragen, die der Privatsektor noch nicht allein übernehmen kann. Per Ende 2021 waren 42,5 Prozent (2020: 39,7 %) der Fonds-Investitionen und

12,5 Prozent (2020: 9,2 %) der festverzinslichen Anlagen als Hochrisiko-Projekte klassifiziert. Das Gesamtrisiko des Portfolios ist damit leicht höher als im Vorjahr, was angesichts des globalen Kontextes nicht überrascht. Die gemäss strategischen Ziel vorgegebenen Höchstanteile von 45 Prozent für Fonds-Investitionen und 20 Prozent für festverzinsliche Anlagen wurden aber wiederum eingehalten, wobei die Marge zum Höchstanteil für Fonds-Investitionen geringer wird.

2. Finanzielle Ziele

Wirtschaftlichkeit – auf Kurs

Die Betriebskosten der SIFEM und der mit der Geschäftsführung und dem Portefeuille-Management beauftragten Firma Obviam beliefen sich im Jahr 2021 wiederum auf 11,4 Millionen Franken (Vorjahr: 11,4 Mio.). Der Verwaltungskostenanteil entspricht 1,4 Prozent der aktiven Investitionsverpflichtungen (Vorjahr: 1,4 %) und liegt unter dem vom Bundesrat festgesetzten Höchstwert von 1,5 Prozent.

Finanzierung – auf Kurs

Die Investitionsrückflüsse erreichten 124,7 Millionen US-Dollar (Vorjahr: 51,7 Mio.) und lagen damit deutlich über den Erwartungen. Dies ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: Zum einen wurden mehrere Fonds-Investitionen zurückgezahlt. Sodann konnten die Erlöse aus dem vollständigen Ausstieg aus einer umfangreichen Investition in China per Ende 2021 vollständig zurückgeführt werden, was das Rückflussvolumen erheblich erhöhte. Abgesehen von diesem einmaligen Ereignis zeigen die hohen Rückflüsse, dass das SIFEM-Portefeuille krisenresistent ist.

Rechnungsergebnis – auf Kurs

Die SIFEM hat finanziell die Corona-Krise und das schwierige Jahr 2020, während dem sie die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie in den Zielländern deutlich zu spüren bekam, in bemerkenswerter Weise überwunden. Der Betriebsgewinn erreichte mit 40,3 Millionen Schweizer Franken (Vorjahr: Verlust von -28,6 Millionen) den bisherigen Höchstwert. Verantwortlich dafür ist - nach Abzug der operativen Kosten - das ausgezeichnete Anlageergebnis von 51,7 Millionen Franken (Vorjahr: -17,2 Millionen). Weil die SIFEM überwiegend in Wirtschaftssektoren investiert ist, die sich am stärksten von der Krise erholen, stieg der Marktwert des Beteiligungsportefeuilles im Jahr 2021 stark an. Zudem wurden mehrere Beteiligungen erfolgreich abgeschlossen, deren Veräusserung im Krisenjahr 2020 nicht möglich war.

Das Gesamtergebnis fiel im Jahr 2021 mit 58,2 Millionen Franken (Vorjahr: -84,3 Millionen CHF) ebenfalls positiv aus. Die Abweichung vom operativen Ergebnis ist auf Währungsdifferenzen aus der Umrechnung von US-Dollar in die Berichtswährung (CHF) zurückzuführen.

Portfeuille-Entwicklung – auf Kurs

Die für Investitionsgesellschaften wie die SIFEM wichtigsten langfristigen Finanzkennzahlen sind die Rendite im mehrjährigen Durchschnitt (Internal Rate of Return) und der Wertmultiplikator (Total Value over Paid-In). Im Jahr 2021 erhöhte sich die Rendite auf 5,77 Prozent (Vorjahr: 5,25%), der Wertmultiplikator stieg von 1,20 auf 1,24. Diese positiven Entwicklungen stehen in direktem Zusammenhang mit der Werterholung des Portfeuillees. Die vom Bundesrat festgelegten Zielwerte für das gesamte Portfolio (Rendite grösser als 3%, Wertmultiplikator grösser als 1,15) wurden übertroffen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Abgesehen vom Verwaltungsrat beschäftigt die SIFEM lediglich eine teilzeitlich angestellte Verwaltungsratssekretärin. Die Geschäftsführung der SIFEM erfolgt durch die Firma Obviam mit Sitz in Bern im Mandatsverhältnis. Dementsprechend ist die Pensionskassenlösung Sache des Mandatsträgers.

Der Verwaltungsrat hat überprüft und bestätigt, dass Obviam die Vorgaben des Bundesrates betreffend Personalpolitik, Anstellungsbedingungen, Arbeitsumfeld und Führungspraxis, sowie auch die Entschädigungsregeln im Zusammenhang mit dem SIFEM-Mandat einhält.

B. Bericht der Revisionsstelle

Mit Bericht vom 4. März 2022 bestätigt die Revisionsstelle, dass die Rechnungslegungsnormen eingehalten wurden und der Jahresabschluss gemäss den angewandten Grundsätzen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Die Jahreszahlen 2021 entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten der Gesellschaft.

Die Revisionsstelle bestätigt, dass ein ordnungsgemässes Internes Kontrollsystem existiert und der Verwaltungsrat angemessene periodische Risikobewertungen durchführt. Sie empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an die Generalversammlung

Der Verwaltungsrat hat der Generalversammlung 2022 die nachfolgenden Anträge gestellt:

- Kenntnisnahme des Berichts der Revisionsstelle;
- Genehmigung des Geschäftsberichts (Lagebericht und Jahresrechnung) 2021;
- Übertragung des Jahresgewinns von 41,3 Millionen Franken auf die neue Rechnung;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2021;
- Wahl der Revisionsstelle BDO AG, Zürich, für ein Jahr;

- Statutenänderung: Umfirmierung der Gesellschaft in SIFEM AG (SIFEM SA) (SIFEM Ltd.);
- Kapitalerhöhung ausgehend von 654 444 010 Franken auf 674 444 010 Franken, liberiert durch eine Bareinlage von 20 000 000 Franken;
- Anpassung der Obergrenze der Vergütung für den Verwaltungsrat der SIFEM AG (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen und berufliche Vorsorge) auf 355 100 Franken für das Geschäftsjahr 2022;
- Genehmigung der Obergrenze der Vergütung für den Verwaltungsrat der SIFEM (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen und berufliche Vorsorge) von 375 500 Franken, davon Vergütung für den Präsidenten von 84 400 Franken, für das Geschäftsjahr 2023.

Gemäss SIFEM-Statuten beziehen sich die Anträge zu den Geschäftszahlen auf den Abschluss nach *obligationsrechtlichen* Vorgaben. Aufgrund dieser Rechnungslegung weist die SIFEM im Berichtsjahr einen Gesamtgewinn von 41,3 Millionen Franken aus. Der statutarische Abschluss ist jedoch nicht vergleichbar mit der Rechnung gemäss IFRS (s. Ziffer A.2 des Berichts), wonach die SIFEM im Jahr 2021 ein Gesamtergebnis von 58,2 Millionen Franken erzielt hat.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 27. April 2022 das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Generalversammlung der SIFEM zuzustimmen.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Die Geschäftsführung und das Portfoliomanagement der SIFEM erfolgen aktuell durch die Firma Obviam AG. Ende 2020 hat Obviam die Fusion mit der in Genf domizilierten Asteria Investment Managers bekanntgegeben. Aufgrund dieser neuen Ausgangslage hat der SIFEM-Verwaltungsrat nach Rücksprache mit dem WBF/SECO beschlossen, den per Mitte 2022 auslaufenden SIFEM-Auftrag an Obviam nicht zu verlängern und das SIFEM-Managementmandat vorzeitig öffentlich auszuschreiben.

Der Verwaltungsrat hat die Neubeschaffung des Managementauftrags zum Anlass genommen, um strukturelle Anpassungen bei den ausgelagerten Dienstleistungen zu machen. Es geht um eine explizite Trennung des Investitionsmonitorings und der Geschäftsführungsfunktionen von der eigentlichen SIFEM-Portfoliobewirtschaftung. Diese beiden Leistungskategorien wurden im Oktober 2021 in zwei getrennten und sich gegenseitig ausschliessenden Losen ausgeschrieben

Identitas AG

Internet: www.identitas.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 51,6 %

Verwaltungsrat: Manfred Bötsch (Präsident), Matthias Schelling (Vizepräsident), Corinne Bähler, Peter Bosshard, Heinrich Bucher, Andrea Leute (Bundesvertreterin BLW), Katharina Stärk (Bundesvertreterin BLV)

Geschäftsführer: Christian Beglinger

Ext. Revisionsstelle: T+R AG, Gümligen

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Identitas AG hat mit 93,3 Vollzeitstellen einen Gesamtumsatz von 16,0 Millionen Franken erzielt. Da die ausschliesslich über Gebühren finanzierte Sparte «Grundauftrag Bund» über zu hohe Reserven verfügte, wurden die Gebühren in den Jahren 2018 und 2019 gesenkt. Deshalb weist diese Sparte wie bereits im Vorjahr ein negatives Ergebnis auf. Insgesamt werden die operativen Verluste der Sparten «Grundauftrag Bund» und «Übrige Bund» durch Gewinne der Sparten «Grundauftrag Kantone» und «Übrige» nicht vollständig kompensiert. Durch den Finanzgewinn kann trotzdem ein Reingewinn von +47 000 Franken erzielt werden.

Die betrieblichen Leistungen für den Bund, die Kantone und Private wurden lückenlos erbracht. Die Tierdatenbanken, die angeschlossenen Systeme und die Schnittstellen standen den Anwendern zuverlässig zur Verfügung.

Die Tierverkehrsdatenbank (TVD) wurde im Hinblick auf die zukünftige Berechnung der GVE-Werte für Schafe und Ziegen ausgebaut. Die Konzeption und Planung der modulweisen Ablösung der TVD über mehrere Jahre wurde gestartet.

In den Heimtierdatenbanken wurden rekordhohe Neuregistrierungen erfasst.

Identitas AG gestaltet den Weg der Digitalisierung der Land- und Ernährungswirtschaft in mehrfacher Weise mit. Mit eigenen Projekten und Produkten werden laufend neue Ideen und Möglichkeiten der Branche zugänglich gemacht. Mit der Mitarbeit in Projekten stellt das Unternehmen seine Expertisen breit zur Verfügung.

Die umfangreichen Anpassungen im Zuge der überarbeiteten gesetzlichen Grundlagen per 1.1.2022 wurden termingerecht abgeschlossen.

Kennzahlen ¹⁾	2021	2020
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	16,0	16,6
Reingewinn(+) / -verlust(-) (Mio. CHF)	0,0	0,0
Einbehaltene Gewinne (Mio. CHF)	13,3	13,3
Davon Einbehaltene Gewinne Sparte Grundauftrag Bund (Mio. CHF)	7,5	8,1
Bilanzsumme (Mio. CHF) ²⁾	27,0	34,2
Eigenkapitalquote in %	50,4	39,7
Personalbestand (Vollzeitstellen) ³⁾	93,3	94,0
Entschädigung vom Bund (Mio. CHF)	7,7	7,9
Gebührenumsatz Tierverkehr Nutztiere (Mio. CHF) ⁴⁾	0,0	0,0
Gebührenumsatz Hunderegistration (Mio. CHF)	1,6	1,4
Spartenergebnis Grundauftrag Bund (Mio. CHF) ⁵⁾	-0,8	-1,7
Spartenergebnis Grundauftrag Kantone (Mio. CHF) ⁶⁾	0,2	-0,1

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Umsatz pro FTE (TCHF)	172,0	177,0
Reingewinn pro FTE (TCHF)	1,0	0,0
Rentabilität des Eigenkapitals in %	0,3	0,0
Technischer Deckungsgrad PK in % ⁷⁾	117,8	109,7

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ⁸⁾	7,6	7,9
Gebühreneinnahmen Tierverkehr beim BLW (Mio. CHF)	7,1	7,4

¹⁾ Die Berichterstattung der Identitas AG im Block Kennzahlen wird im vorliegenden Bericht nach Swiss GAAP FER ausgewiesen. Die Anträge an die Aktionärsversammlung basieren auf dem revidierten handelsrechtlichen Abschluss.

²⁾ Treuhänderische Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Vertrag mit der Schweiz, Eidgenossenschaft und weiteren Kunden werden ausschliesslich in der Bilanz ausgewiesen. Saldiert gleichen sich diese Werte aus, führen aber aufgrund der Bruttodarstellung zu einer um 10,9 Millionen Franken (VJ 18,1 Millionen Franken) höheren Bilanzsumme.

³⁾ Jahresdurchschnitt.

⁴⁾ Identitas AG weist im Umsatz keine Gebühreneinnahmen Tierverkehr Nutztiere aus. Der Bund hat mittels Vertrag die Identitas AG mit dem Betrieb der Tierverkehrsdatenbank und weiteren damit verbundenen Systemen beauftragt und entschädigt die Leistungen nach Aufwand oder pauschal; die Gebühren werden durch das BLW vereinnahmt.

⁵⁾ Leistungen im Tierverkehrsbereich, für welche der Bund Gebühren einnimmt.

⁶⁾ Leistungen im Bereich Hunderegistration, für welche Identitas AG Einnahmen mit Gebührencharakter hat.

⁷⁾ Für 2021: provisorische Deklaration der Vorsorgeeinrichtung.

⁸⁾ Entschädigung der Leistungen gemäss Betriebsvertrag und der Materialkosten der Tierkennzeichnungen an die Identitas AG.

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Bereitschaft für den Krisenfall beim Auftreten von Tierseuchen

Die Tierseuchenlage war im Geschäftsjahr stabil. Die bedrohliche Lage bei der Afrikanischen Schweinepest und bei der Vogelgrippe hatten kaum direkten Einfluss auf die Tätigkeit der Identitas AG.

Datenmanagement für den Bund in den Bereichen Tiergesundheit und Tierverkehr, Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, Stoffflüsse und Rückverfolgbarkeit

Die Datenqualität des in der TVD erfassten Tierverkehrs hat sich auf hohem Niveau weiter verbessert. Die Daten der seit kurzem als Einzeltiere erfassten Schafe und Ziegen sind von guter Qualität. Diese sind zentral beim geplanten schweizweiten Bekämpfungsprogramm gegen die Moderhinke der Schafe. Die Nutzung der Tierdaten aus der TVD zur Erfassung der Stoffflüsse im neuen Informationssystem zum Nährstoffmanagement wird intensiv studiert (vgl. Pa. Iv. 19.475).

Dienstleistungen für Dritte

47 Prozent des Umsatzes wurden mit gewerblichen Dienstleistungen für Kunden ausserhalb des Bundes generiert: Davon entfallen rund 10 Prozent auf Dienstleistungen der Kantone (insbesondere Hundedatenbank Amicus); die verbleibenden 37 Prozent auf IT-Dienstleistungen für Produzentenverbände, Vermarktungsorganisationen von tierischen Produkten und Dienstleistungen für Verwaltungen im gewerblichen Auftrag. Der Umsatzanteil mit Privaten ist über die Jahre stabil.

Wettbewerbsfähigkeit mit nachhaltigen und ethischen Grundsätzen

Die Unternehmung ist nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen organisiert und geführt. Sie bearbeitet den Markt mit langfristiger Perspektive und achtet auf die Gleichbehandlung aller Kunden.

Unterstützung der öffentlichen Institutionen und der Privaten mit qualitativ hochstehenden Dienstleistungen zur Reduktion des administrativen Aufwands

Die jederzeit frei zugängliche Tierstatistik ermöglicht Interessierten die einfache Beschaffung von wissenschaftlich aufbereiteten Daten zu Tieren in der Schweiz. Selbst oder mit Partnern entwickelt Identitas AG mobile Applikationen, welche für die Tierhalter die Erledigung der Meldepflichten vereinfachen und kontextbezogene Informationen bereitstellen. Die Ausweitung der GVE-Berechnungen auf Schafe und Ziegen wird eine Erleichterung der Nachweispflichten bieten. Projekte zum Einsatz intelligenter Ohrmarken klären die Möglichkeit zur Automatisierung des Auslaufjournals für Rinder und allenfalls weiterer Vereinfachungen.

Unternehmensstrategie

Die Unternehmensstrategie wurde nach Konsultationen des Eigners und der Minderheitsaktionäre, die ihre Vorstellungen in einer Beteiligungsstrategie formuliert haben, finalisiert. Die Kerndienstleistungen, die Schlüsselprozesse, die Zielmärkte und die Unternehmenswerte werden beschrieben und in Zusammenhang gebracht.

Angemessenes Risikomanagement

Der Verwaltungsrat hat im Rahmen der ordentlichen Führungsprozesse die Risiken geprüft, teilweise neu beurteilt und Massnahmen beschlossen. Die Risikoexposition ist im Vergleich zu den Vorjahren unverändert.

2. Finanzielle Ziele

Organisation, Mitteleinsatz und Preisgestaltung erfolgen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen

Organisation, Mitteleinsatz und Preisgestaltung erfolgt nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Die Rechnungslegung erlaubt die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Sparten.

Die Sparte «Grundauftrag Bund» (47 % des Umsatzes) umfasst sämtliche Aufgaben der Identitas AG in Zusammenhang mit dem Tierverkehr. Sie wird vollständig durch Gebühren finanziert. Zwecks Reserveabbau hat der Bundesrat per 2018 und 2019 die Gebühren gesenkt. Die Sparte weist daher einen Verlust von knapp 0.8 Millionen Franken aus.

Die für den Bund erbrachten gewerblichen Dienstleistungen (u.a. Support Agate, Ausrichtung der Entsorgungsbeiträge) werden in der separaten Sparte «Übrige Bund» erfasst; diese weist einen Verlust von 0.1 Millionen aus, der über die Gewinnreserven dieser Sparte gedeckt werden konnte.

In der Sparte «Grundauftrag Kantone» (Hunedatenbank Amicus) wurde demgegenüber ein Gewinn von 0.2 Millionen realisiert, in der Sparte «Übrige» mit gewerblichen IT-Dienstleistungen ein Gewinn von 0.9 Millionen.

Die Finanzierung erfolgte ausschliesslich mit eigenen Mitteln, die nötigen Investitionen und Abschreibungen wurden getätigt. Der Ersatz einzelner Infrastrukturelemente musste zur Schonung der Liquidität hinausgeschoben werden.

Das Unternehmen schliesst das Jahr 2021 mit einem Gewinn von 47 000 Franken ab. Der Verwaltungsrat beantragt, auf eine Dividende zu verzichten.

Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung der Tierverkehrsdatenbank werden durch die vom Bundesrat festgelegten Gebühren vollständig gedeckt, ohne dass dabei längerfristig nichtbetriebsnotwendige Reserven geäuft werden

Die Gewinnreserve der Sparte «Grundauftrag Bund» bemisst sich am Finanzierungsbedarf der Aufgaben gemäss

Verordnung über die Identitas AG und die Tierverkehrsdatenbank (IdTVD-V) und soll 9 Millionen Franken nicht überschreiten (Art. 65 Abs. 3 IdTVD-V). Gebührensenkungen haben in den Jahren 2018 und 2019 bis 2021 dazu beigetragen, dass die Gewinnreserve dieser Sparte von 11,4 Millionen Ende 2018 auf 7,5 Millionen Ende 2021 zurückgegangen ist. Es ist angedacht diese Situation mit einer Erhöhung der Gebühren per 1. Januar 2023 zu korrigieren.

Die Vorarbeiten für die modulweise Erneuerung der Tierverkehrsdatenbank wurden gestartet.

Bildung von notwendigen Reserven bevor Dividenden ausgerichtet werden und Investitionen aus selbst erwirtschafteten Mitteln

Im Rahmen der Revision des Tierseuchengesetzes wurde die Bildung einer angemessenen Reserve zum Erhalt der Betriebsfähigkeit im Fall einer Krise evaluiert. Ausgehend vom Szenario einer Rinderseuche wurde ein Liquiditätsbedarf von 1,2 Millionen Franken ermittelt. Das Vorhalten dieser Reserve fand Eingang in die neue IdTVD-Verordnung, gemäss welcher die gesamte betriebsnotwendige Spartenreserve maximal 9 Millionen Franken betragen darf.

Die notwendigen Investitionen wurden getätigt und konnten aus eigenen Mitteln finanziert werden.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Vorausschauende, sozial verantwortliche, transparente und verlässliche Personalpolitik mit attraktiven Arbeitsbedingungen für alle Altersgruppen

Den besonderen Bedingungen des Homeoffice wurde mit angepasster Führung und Kommunikation Rechnung getragen. Organisatorische Anpassungen wurden mit starker Partizipation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konzipiert. Identitas AG unterstützt die berufliche Weiterbildung der Mitarbeitenden grosszügig. In einer Mitarbeitendenbefragung mit hoher Beteiligung (82 %) wurden die Führung, die Kommunikation sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben positiv beurteilt. Kritisch sehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Arbeitsorganisation und die steigende Belastung.

Vorgaben des Bundesrates zur Steuerung der Vergütungen des obersten Kadern sind in den Statuten verankert.

Die von der Aktionärsversammlung freigegebenen, maximalen Gesamtvergütungen für Verwaltungsrat und Geschäftsleitung im Geschäftsjahr 2021 werden eingehalten. Der Nachweis wird in der revidierten Jahresrechnung erbracht.

Erhöhung des Frauenanteils im Verwaltungsrat und in der Geschäftsleitung und angemessene Vertretung der Landessprachen im Kader

Im Verwaltungsrat gab es keine personellen Änderungen und der Frauenanteil liegt unverändert bei 42,9 Prozent.

Der Frauenanteil in der Geschäftsleitung bleibt ebenfalls unverändert bei 25 Prozent. In der Gesamtbelegschaft beläuft sich der Frauenanteil auf 50 Prozent. Im obersten Kader sind die Sprachminderheiten nicht vertreten.

Zur Verfügungsstellung geeigneter Ausbildungsstellen

Identitas AG bildet fünf Lernende aus (4 Informatiker, 1 KV) und bietet eine Praktikumsstelle im kaufmännischen Bereich für Personen mit einem Handicap an. Das gesetzte Ziel ist damit erreicht.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Identitas AG hält an der Barto AG nach einer Kapitalaufstockung an der Universalversammlung vom 26.11.2021 eine Beteiligung von neu 23,8 Prozent (vorher 34,5 %) der Aktien. Die Kapitalaufstockung wurde auf den Nennwert der Aktien wertberichtigt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Jahresrechnung nach Handelsrecht

Nach Beurteilung der Revisionsstelle entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2021 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

Jahresrechnung nach Swiss GAAP FER

Beim Review (keine Prüfung) sind die Wirtschaftsprüfer auf keine Sachverhalte gestossen, aus denen sie schliessen müssten, dass die Jahresrechnung ein nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER vermittelt.

C. Anträge an die Aktionärsversammlung

Anträge des Verwaltungsrats an die ordentliche Aktionärsversammlung vom 19. Mai 2022:

- Genehmigung des Jahresberichts 2021
- Genehmigung der Jahresrechnung 2021 nach Handelsrecht inklusive Bericht der Revisionsstelle
- Verwendung des Bilanzgewinns 2021 (TCHF):

- Bilanzgewinn zur Verfügung der AV	5 238
- Dividende 0 %	0
- Vortrag auf die neue Rechnung 2022	5 238
- Kenntnisnahme finanzielle Berichterstattung mit Jahresrechnung nach Swiss GAAP FER 2021 inklusive Bilanz, Erfolgsrechnung und Bericht des Wirtschaftsprüfers
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats
- Wahlen für die Amtsperiode 2022 bis 2024:
 - Wiederwahl des Präsidenten Manfred Bötsch
 - Wiederwahl der Verwaltungsrätinnen Andrea Leute, Katharina Stärk und der Verwaltungsräte

Peter Bosshard, Heinrich Bucher, Matthias Schelling

- Neuwahl von Frau Dr. med. vet. Amandine Baumert als Vertreterin der Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte GST
- Wiederwahl der Revisionsstelle T+R AG in Gümli- gen
- Festlegung der Obergrenze der Gesamtvergütung für Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte (Honorar, Nebenleistungen und berufliche Vorsorge) und die Geschäftsleitung (Entlohnung, Nebenleistungen, Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen und berufliche Vorsorge) für das Jahr 2023:
 - 40 000 CHF für den Verwaltungsratspräsidenten
 - 50 000 CHF für die übrigen Verwaltungsräte (exkl. Verwaltungsratspräsident sowie Bundesvertreterinnen)
 - 0 CHF für die Bundesvertreterinnen
 - 15 000 CHF für die Beiräte
 - 1 357 383 CHF für die Geschäftsleitung.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 4. Mai 2022 das WBF ermächtigt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Aktionärsversammlung der Identitas AG vom 19. Mai 2022 zuzustimmen.

Innosuisse (Schweizerische Agentur für Innovationsförderung)

Internet: www.innosuisse.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: André Kudelski (Präsident), Luciana Vaccaro (Vizepräsidentin), Edouard Bugnion, Thierry Calame, Trudi Haemmerli, Marco Illy, Nicola Thibaudeau

Direktorin: Annalise Eggimann

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse in Kürze

Innosuisse ist die Agentur des Bundes zur Förderung wissenschaftsbasierter Innovation im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft. Aus Sicht des Bundesrates hat die Innosuisse ihre strategischen Ziele im Geschäftsjahr 2021 insgesamt erreicht.

- Die Nachfrage bei der Förderung von Innovationsprojekten ist mit 887 Gesuchen gegenüber dem Vorjahr um 13,3 Prozent angestiegen. 438 Gesuche wurden 2021 bewilligt (2020: 472). Innosuisse startete im Januar 2021 ein Impulsprogramm, um Unternehmen dabei zu unterstützen, ihre Innovationsaktivitäten trotz Corona-Krise aufrecht zu erhalten. Das anvisierte Ziel in der Projektförderung konnte demnach grundsätzlich erreicht werden.
- Auch bei den anderen Förderbereichen hat die Innosuisse die erwarteten Aktivitäten unternommen und die gesetzten Ziele im Geschäftsjahr erreicht.
- Nebst der Bottom-up-Förderung hat Innosuisse mit der Flagship-Initiative erstmals Top-down thematische Anreize gesetzt. Die erste Ausschreibung erfolgte planmässig. Es wurden 15 Flagship-Projekte in aktuellen Themen bewilligt.
- Im Zusammenhang mit der Nicht-Assoziierung der Schweiz an Horizon Europe leitete Innosuisse kurzfristig umsetzbare Übergangsmassnahmen ein.
- Im Berichtsjahr wurde der gesamte vom Bund ausgerichtete Beitrag von 286 Millionen Franken (inkl. Mietbeitrag) eingesetzt. Es resultiert für 2021 ein Verlust in der Höhe von 5,8 Millionen Franken. Nach Verrechnung mit dem Bilanzüberschuss betragen die verbleibenden freien Reserven 3,4 Millionen Franken.
- Die Funktionskosten betragen im Geschäftsjahr 20,6 Millionen Franken respektive 7,2 Prozent des Bundesbeitrags (Zielvorgabe über die Gesamtperiode maximal 8 %).

Kennzahlen	2021	2020
------------	------	------

Finanzen und Personal

Ertrag (Mio. CHF)	286.3	251.5
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	285.3	249.8
Fördermittel (Mio. CHF)	271.5	252
Funktionskosten	20.6	18.3
Mietbeitrag (Mio. CHF)	0.6	0.6
Jahresergebnis (Mio. CHF)	-5.8	-18.8
Freie Reserven am 31.12. ¹ (Mio. CHF)	4.6	25.6
Bilanzsumme in %	22.1	30.4
Eigenkapitalquote (in %)	24	34
Technischer Deckungsgrad PK in %	107.3	105.9
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	93.7	86.5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	72.7	66

Unternehmens-/Anstaltsspezifische Kennzahlen

Innovationsprojekte (Anzahl bewilligter Gesuche)	438	472
Bewilligungsquote (Prozent)	51	55
Startup-Coachings (Anzahl Startups im Coaching)	543	570
Unternehmertum (Anzahl Kurs-Teilnehmende)	5476	4346
Innovation Booster (Anzahl bewilligte Innovationsprojekte via Innovation Booster)	25	-
Mentoring (Anzahl bewilligte Innovationsprojekte via Mentoring)	138	130

¹ Reserven vor Verrechnung mit dem Jahresgewinn/-verlust

A. Zielerreichung 2021

1. Strategische Schwerpunkte

Projektförderung

Die Nachfrage bei der Förderung von Innovationsprojekten ist mit 887 Projekteingaben gegenüber dem Vorjahr um 13,3 Prozent angestiegen. Einschliesslich der hängigen Innovationsprojektgesuche aus dem Vorjahr wurden insgesamt 857 Vorhaben begutachtet und entschieden. Davon wurden 438 Gesuche bewilligt (2020: 472). Damit liegt die Bewilligungsquote mit 51 Prozent etwas tiefer als im Vorjahr (55 %). Bei der Beurteilung des wirtschaftlichen Nutzens durch die Umsetzungspartner konnte der Zielwert nicht erreicht werden (40 % statt 50 %). Allerdings beurteilen 58 Prozent der Umsetzungspartner den Gesamtnutzen ihres Innovationsprojekts als sehr hoch oder hoch.

Neben der Nachfrage bei der Projektförderung lag auch die Nachfrage nach Innovationschecks, ein Frühindikator für Innovationsprojekte und niederschwelliger Zugang zur Projektförderung, deutlich über dem Vorjahr. In Anbetracht der erschwerten Bedingungen aufgrund der Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie ist diese Innovations-tätigkeit der Unternehmen sehr erfreulich.

Nebst der bewährten Bottom-up-Förderung hat Innosuisse 2021 mit den Flagships eine Initiative gestartet, mit der sie Top-down Anreize setzen will, damit Innovationen in ausgewählten thematischen Bereichen aktueller wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen angestossen werden. Nach Abschluss des Prüfverfahrens wurden 15 Flagship-Projekte mit einem Förderbetrag von total rund 57 Millionen Franken (inkl. Overhead) in aktuellen Themenschwerpunkten bewilligt:

- Bewältigung der durch Covid-19 induzierten und beschleunigten digitalen Transformation (9 Flagships)
- Verbesserung der Widerstandsfähigkeit und der Nachhaltigkeit sowie Verringerung der Anfälligkeit von Gesellschaft, Infrastruktur und Prozessen (6 Flagships)

SNF und Innosuisse haben das Förderbudget des gemeinsamen Förderprogramms BRIDGE gegenüber der Vorperiode um 50 Prozent auf insgesamt 105 Millionen erhöht. Die beiden Institutionen wollen ihre Zusammenarbeit auf operativer wie auch strategischer Ebene weiter stärken und haben zu diesem Zweck ein Memorandum of Understanding abgeschlossen.

Aus Sicht des Bundesrates hat Innosuisse die Ziele bei der Projektförderung grundsätzlich erreicht.

Unternehmertum und Start-ups

Das Coaching-Programm für wissensbasierte Start-ups ist im Ökosystem weiterhin sehr gefragt. 2021 haben sich 476 Start-ups für einen Coaching-Gutschein beworben. 543 Start-ups befinden sich in einem Coaching-Programm (2020: 570).

Durch die Zusammenarbeit mit der Swisstech-Kampagne, die von Präsenz Schweiz koordiniert wird, konnte Innosuisse ihre Aktivitäten besser mit anderen Schlüsselakteuren des Ökosystems abstimmen und die Sichtbarkeit der Schweizer Start-ups im Ausland verbessern. Neue Initiativen wie Pitch-Sitzungen im Ausland oder Start-up-Delegationen an mehreren wichtigen internationalen Events wurden koordiniert, um der Schweizer Technologie und Innovation im Ausland umfassendere Unterstützung zu bieten und zu mehr Präsenz zu verhelfen.

Insgesamt nahmen 2021 in der ganzen Schweiz 5476 Personen an einer Schulungs- oder Sensibilisierungsmassnahme zur Gründung und Führung von Unternehmen teil (2020: 4346).

Angesichts der Rekordzahl an Start-ups, die von Innosuisse Ende 2020 aktiv unterstützt wurden, wurden im Berichtsjahr 77 neue Coaches ausgewählt, darunter Coaches mit Spezialisierung in Bereichen wie Cybersicherheit, Marketing, digitale Werbung und Kapitalbeschaffung.

Das Ziel, wonach die Anzahl geförderter Startups im Coaching-Programm mindestens konstant bleibt, konnte nicht ganz erreicht werden. Aus Sicht des Bundesrates ist der Stand der Zielerreichung in Anbetracht der ausserordentlichen Lage gleichwohl gut.

Wissens- und Technologietransfer (WTT)

2021 lancierte Innosuisse – in Ergänzung zum bewährten Mentoring – zwei neue Angebote im WTT-Bereich:

- Networking Events Series Programm: Dabei handelt es sich um mehrjährige Veranstaltungs- und Workshop-Reihen in ausgewählten Themengebieten (u.a. alternative Energieerzeugung, künstliche Intelligenz, Digitalisierung), an denen mehr als 3000 Personen teilnahmen
- NTN Innovation Booster: Unter der Leitung von nicht-gewinnorientierten Organisationen oder Hochschulen werden Themen wie Big Data, Food, Blockchain, Kreislaufwirtschaft und alternative Energien im Rahmen von Workshops und Ideenwettbewerben bearbeitet. Über 5500 Unternehmen waren in Innovation Booster involviert.

Der Wissens- und Technologietransfer lebt von direkten Kontakten, die aufgrund der Corona-Massnahmen nur eingeschränkt möglich waren. Trotzdem sind Nachfrage und Zufriedenheit hoch. Der Bundesrat beurteilt den Stand der Zielerreichung vor diesem Hintergrund als sehr gut.

Impulsprogramm «Innovationskraft Schweiz»

Im Rahmen der Behandlung der BFI-Botschaft 2021-24 erhöhte das Parlament den für die Jahre 2021-2024 vorgesehene Zahlungsrahmen der Innosuisse um 130 Millionen Franken, um insbesondere KMU im krisenbedingten beschleunigten Strukturwandel zu unterstützen und ihre Innovationskraft zu erhalten. Die Zusatzmittel erlaubten dem Bundesrat die Lancierung eines Impulsprogramms, das

den Unternehmen die Durchführung von Innovationsprojekten durch reduzierte Eigenleistungen erleichtert.

Das Programm wurde im Januar 2021 durch Innosuisse gestartet und läuft bis Ende 2022. Innosuisse hat insgesamt 226 Millionen Franken für die Umsetzung des Impulsprogramms geplant. 2021 wurden 178 Projekte im Rahmen des Impulsprogramms mit einem Fördervolumen von 82,3 Millionen Franken bewilligt. Das anvisierte Ziel des Impulsprogramms, dass die Unternehmen trotz Krise ihre Innovationsaktivitäten nicht abbrechen, konnte erreicht werden.

Zudem hat Innosuisse das BAG bei der Lancierung und Durchführung des vom Bundesrat beschlossenen Covid-19-Arzneimittelprogramms unterstützt und dabei die Ausschreibung sowie die wissenschaftliche Begutachtung übernommen.

Der Bundesrat beurteilt den Stand des Impulsprogramms wie auch das darüberhinausgehende Engagement von Innosuisse zur Krisenbewältigung positiv.

Förderung hochqualifizierter Personen

Die Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des neuen Instruments wurden planmässig in Angriff genommen, so dass es voraussichtlich 2023 eingeführt werden kann.

2. Kooperationen

Nationale Zusammenarbeit

Mittlerweile arbeitet ein Grossteil der Innosuisse-Mentorinnen und –Mentoren bei regionalen Innovationsförderorganisationen, was Innosuisse den Zugang zu potenziellen Neukunden und umgekehrt den Unternehmen in den Regionen den Zugang zu Innosuisse-Förderangeboten erleichtert.

Um die Zusammenarbeit mit den kantonalen und regionalen Akteuren zu pflegen, führt Innosuisse jährlich mit dem SECO und der VDK den Innoday durch. Die 152 teilnehmenden Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Innovationsförderung der Schweiz (u.a. aus 17 Kantonen) haben sich 2021 mit dem Thema «Innovationsförderung von morgen: Herausforderungen und Lösungsansätze» auseinandergesetzt.

Innosuisse bildet zusammen mit Euresearch und Switzerland Global Enterprise das schweizerische Konsortium im Rahmen des «Enterprise Europe Network (EEN)». EEN ist das grösste europäische Netzwerk, über das Innovationsakteure aus der Schweiz Forschungs- und Umsetzungspartner oder Berater im europäischen Raum finden können. Die drei Partnerorganisationen erarbeiteten 2021 die Grundlage für ihre künftige Zusammenarbeit und unterbreiteten EISMEA, der zuständigen europäischen Agentur ihren neuen Konsortialvertrag zur Genehmigung.

Der Bundesrat beurteilt den Stand der Zielerreichung als gut.

Internationale Zusammenarbeit

Die internationale Zusammenarbeit von Innosuisse war im europäischen Kontext gekennzeichnet durch den Übergang von Horizon 2020 auf das neue Rahmenprogramm Horizon Europe. Die noch unter Horizon 2020 fortgeführten Kooperationen (wie «Active and Assisted Living (AAL)», EU-REKA/Eurostars) erreichten 2021 seit der Übernahme dieser Fördergefässe durch Innosuisse einen Höchststand. In Ergänzung zu diesen multilateralen Programmen wurden bilaterale Aktivitäten mit wichtigen Partnerländern lanciert (z.B. Schweden, Holland).

Ungeachtet des derzeitigen Drittlandstatus der Schweiz im Forschungsrahmenprogramm der EU, Horizon Europe, kann sich die Schweiz als Drittstaat an Partnerschaften beteiligen. Innosuisse hat entsprechende Arbeiten an den von ihr priorisierten Partnerschaften wie Mikroelektronik und digitale Transformation, nachhaltige Stadtentwicklung (gemeinsam mit dem SNF, BAZL und BFE), Umbau von Gesundheits- und Pflegesystemen (gemeinsam mit SNF und BAG) aufgenommen.

Wo eine Schweizer Beteiligung an europäischen Programmen nicht mehr möglich ist, leitete Innosuisse kurzfristig umsetzbare Übergangsmassnahmen ein.

Der Bundesrat beurteilt den Stand der Zielerreichung in Anbetracht der veränderten Ausgangslage positiv.

3. Unternehmensbezogene Ziele

Systematische Bedürfnis- und Wirkungsorientierung

Der Bundesrat erwartet, dass sich Innosuisse an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert. In diesem Sinne hat Innosuisse im Zuge der Corona-Massnahmen ihre Instrumente rasch auf digitale Formate angepasst und innerhalb weniger Monate das Impulsprogramm «Innovationskraft Schweiz» lanciert. Weiter hat sie im Zusammenhang mit der Nicht-Assoziierung der Schweiz an Horizon Europe bei der Konzipierung von Alternativen auf nationaler Ebene mitgewirkt.

Innosuisse orientiert sich an der Wirkung ihrer Massnahmen. Dazu hat sie ein systematisches Wirkungsmonitoring aufgebaut und führt daneben gezielte Wirkungsprüfungen durch (u.a. Förderprogramm Energie 2013-2020, Trainingsprogramm im Bereich Unternehmertum sowie Bridge). Zudem werden ausgewählte Innovationsthemen in Zusammenarbeit mit der Konjunkturforschungsstelle der EHT Zürich im Rahmen der alle zwei Jahre durchgeführten Innovationserhebung vertieft. Die Ergebnisse werden für die Politik und Öffentlichkeit aufgearbeitet und dienen der Optimierung des Instrumentariums.

Der Bundesrat beurteilt den Stand der Zielerreichung positiv.

Betriebsmanagement

Innosuisse verfügt über ein unternehmensweites Risikomanagement, in dem sie strategische wie auch operationelle

Risiken sowie neu Risikoszenarien abbildet. Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hat im Herbst 2021 eine Zwischenrevision vorgenommen und keine Bemerkungen angebracht. Ergänzt wird das Betriebsmanagement durch ein Compliance Management System (CMS) und ein Business Continuity Management (BCM). Mindestens einmal jährlich findet ein Austausch mit dem Departement statt.

Aus Sicht des Bundesrates ist der Stand der Zielerreichung gut.

4. Finanzielle Ziele

Innosuisse stellt durch Wirkungsmessung sowie durch eine kontinuierliche Überwachung der Kostenentwicklung und Produktivität einen wirtschaftlichen und wirksamen Mitteleinsatz sicher. Die Entscheidungsdauer betrug 2021 mit 49 Tage etwas mehr als angestrebt (45), was jedoch mit dem zusätzlichen und ausserordentlichen Prüfprozess im Rahmen des Impulsprogramms erklärbar ist.

Im Berichtsjahr wurde der gesamte vom Bund ausgerichtete Beitrag von 286 Millionen Franken eingesetzt. Gemäss Erfolgsrechnung resultiert für 2021 ein Verlust in der Höhe von 5,8 Millionen Franken. Nach Auflösung zweckgebundener Reserven (2020 gebildet für die Finanzierung von Projekten aus dem Impulsprogramm «Fertigungstechnologie») von 4,6 Millionen verbleibt ein Verlust von 1,2 Millionen Franken, der mit den freien Reserven verrechnet werden soll. Die verbleibenden freien Reserven betragen 3,4 Millionen Franken.

Die Funktionskosten betragen im Geschäftsjahr 20,6 Millionen Franken respektive 7,2 Prozent des Bundesbeitrags (Zielvorgabe über die Gesamtperiode maximal 8 %).

Aus Sicht des Bundesrates ist Innosuisse in Bezug auf die finanziellen Ziele gut auf Kurs.

5. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Innosuisse beschäftigt per Ende 2021 87 Personen im Umfang von 72,7 Vollzeitstellen (2020: 78 Personen resp. 65,9 FTE). Die Verteilung der Geschlechter liegt bei einem Anteil der Frauen von 61 Prozent und der Männer von 39 Prozent. Im Kaderbereich (\geq Lohnklasse 24) liegt der Frauenanteil bei 45 Prozent und jener der Männer bei 55 Prozent. Die Vorgaben des Bundes betreffend Frauenanteil werden übertroffen, jene bezüglich des Männeranteils nicht erreicht. Der Anteil der Mitarbeitenden mit französischer (18,4 %; 2020: 13,2) und italienischer (4,6 %; 2020: 3,9) Muttersprache ist noch unter den Zielwerten, hat sich jedoch erneut leicht verbessert. Innosuisse bildet seit 1. August 2020 eine Lernende im kaufmännischen Bereich (EFZ) aus. Zudem hat Innosuisse 2021 zwei Hochschulpraktikanten angestellt. Innosuisse beschäftigt bisher keine Menschen mit Behinderungen. 2022 ist vorgesehen, Stellenangebote auf geeigneten Plattformen zu veröffentlichen. Die Ferien- und Sabbatical-Guthaben sind gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Aus Sicht des Bundesrates ist der Stand der Zielerreichung gut.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Eidg. Finanzkontrolle, EFK) hat die Jahresrechnung der Innosuisse für das Geschäftsjahr 2021 geprüft und empfiehlt mit Bericht vom 24. Februar 2022 diese zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat der Innosuisse beantragt dem Bundesrat, den Geschäftsbericht (bestehend aus Jahresrechnung und Lagebericht) zu genehmigen und den Bilanzverlust per 31. Dezember 2021 von 1,2 Millionen Franken mit den freien Reserven zu verrechnen. Zudem stellt er Antrag auf Entlastung.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 27.4.2022 vom Bericht des Verwaltungsrats der Innosuisse über die Erreichung der strategischen Ziele des Bundesrates im Geschäftsjahr 2021 Kenntnis genommen, den Geschäftsbericht der Innosuisse unter Kenntnisnahme des Berichts der Revisionsstelle der Innosuisse (EFK) genehmigt und den Mitgliedern des Verwaltungsrats der Innosuisse für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung erteilt. Zudem hat er beschlossen, den Bilanzverlust per 31. Dezember 2021 von 1,2 Millionen mit den freien Reserven zu verrechnen.

Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI

Internet: www.ensi.ch

Sitz: Brugg

Rechtsform: Anstalt des Bundes

ENSI-Rat: Andreas Abegg (Präsident), Cornelia Spitzer (Vizepräsidentin), Oskar Grözinger, Rafael Macián-Juan (seit 01.01.2021), Tanja Manser (bis 31.12.2021), Lisa Martinenghi, Catherine Pralong Fauchère

Direktor: Marc Kenzelmann

Ext. Revisionsstelle: PricewaterhouseCoopers AG

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Das ENSI ist verantwortlich für die Aufsicht über die Sicherheit und Sicherung der Kernanlagen in der Schweiz. Es erfüllt diese Aufgabe selbstständig und unabhängig. Der ENSI-Rat legt als strategisches und internes Aufsichtsorgan in einem Leistungsauftrag die strategischen Ziele des ENSI für jeweils vier Jahre fest. In jährlichen Leistungsvereinbarungen werden diese Ziele konkretisiert, deren Erreichung der ENSI-Rat im vorliegenden Tätigkeits- und Geschäftsbericht (TGB) beurteilt.

Nach der Beurteilung des ENSI-Rates hat das ENSI die in der Leistungsvereinbarung 2021 gesetzten Ziele weitestgehend erreicht.

Trotz andauernder Covid-19-Pandemie nahm das ENSI seine Aufsichtspflichten im Berichtszeitraum umfassend und angemessen wahr – sowohl im Normalbetrieb als auch während der teils umfangreichen Revisionsarbeiten in den Anlagen. Die Notfallbereitschaft des ENSI war in der Pandemielage jederzeit gewährleistet. Der im Jahr 2021 vorkommisarme Rückbau des Kernkraftwerks Mühleberg zeigt, dass Phase 1 der Stilllegung des Kernkraftwerks Mühleberg im Aufsichtsbereich des ENSI sicherheitsorientiert abgewickelt wurde.

Das ENSI identifizierte öffentlichkeitsrelevante Themenfelder rechtzeitig, um die Kommunikation adressatengerecht und zeitnah auszurichten.

Das ENSI erzielte ein positives Betriebsergebnis und verfügte über ausreichende finanzielle Reserven. Es erbrachte seine Leistungen auf wirtschaftliche Weise.

Die IRRS-Mission der IAEA bestätigte, dass das ENSI seine Aufgaben kompetent und unabhängig ausübt. Die Mission lobte insbesondere die Aufsichts- und Sicherheitskultur des ENSI.

Das ENSI stellt fest, dass die schweizerischen Kernanlagen im Jahr 2021 die bewilligten Betriebsbedingungen eingehalten haben. Der ENSI-Rat seinerseits kommt zum Schluss, dass das ENSI im Jahr 2021 aufgrund seiner systematischen und kompetenten Aufsicht einen wichtigen Beitrag zu dem im internationalen Vergleich hohen Sicherheitsniveau der Schweizer Kernanlagen geleistet hat.

Der Bundesrat ist, gestützt auf den TGB des ENSI-Rates und auf die unabhängige Expertenmeinung der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit KNS, zum Schluss gelangt, dass das ENSI im Jahr 2021 seinen gesetzlichen Auftrag auf unabhängige und kompetente Weise erfüllt hat.

Kennzahlen	2021	2020
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	64,8	60,9
Reingewinn (Mio. CHF)	5,7	5,5
Bilanzsumme (Mio. CHF)	47,4	43,6
Eigenkapitalquote in % ¹⁾	58,4	12,1
Personalbestand (Vollzeitstellen) ²⁾	144,4	141,5

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Inspektionen in Kernanlagen	511	412
Radioaktivitätsmessungen	179	193
Wissenschaftliche Publikationen	12	8
Kostendeckungsgrad in %	105,5	105,2
Gemeinkostenanteil in % ³⁾	27,2	24,1
Technischer Deckungsgrad PUBLICA in %	109,6	108,0
Ökonomischer Deckungsgrad PUBLICA in %	95	88,0

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2,3	2,2
Gebühren (Mio. CHF)	62,4	58,7

¹⁾ Als Folge der Veränderung der Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen resultiert im Jahr 2021 ein Eigenkapital von 27,7 Millionen Franken (Vorjahr: 5,3 Millionen).

²⁾ Im Jahresdurchschnitt

³⁾ Anteil der internen Stunden im Verhältnis zu den geleisteten Stunden

A. Zielerreichung 2021¹

1. Strategische Schwerpunkte des Leistungsauftrags 2020 – 2023

Das ENSI wacht darüber, dass sich die Sicherheit in den schweizerischen Kernanlagen auch während des Langzeitbetriebs auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau bewegt.

Im Berichtsjahr überwachte das ENSI den Betrieb der Schweizer Kernanlagen mit 511 Inspektionen (Vorjahr: 412). Davon betrafen 468 Inspektionen die Kernkraftwerke. Die Zahl der meldepflichtigen Vorkommnisse liegt mit 25 Meldungen unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (30,8 meldepflichtige Vorkommnisse). Besonders zu erwähnen ist die sorgfältige Aufarbeitung des Vorkommnisses der bereits im Jahr 2020 erkannten Montageabweichung an den Notstanddieselgeneratoren im Kernkraftwerk Beznau. Die vorläufige Zuordnung zur Stufe 1 (Anomalie) der INES-Skala wurde nach abgeschlossener Vorkommnisbearbeitung im Jahr 2021 bestätigt. Das ENSI hat überdies die Jahresrevisionen sowie die Umbau- und Nachrüstprojekte der Kernkraftwerke unter Einhaltung der Covid-19-Schutzmassnahmen überwacht, insbesondere die Grossprojekte «Ersatz des Reaktorumwälzsystems» und «Austausch des Kondensators» im Kernkraftwerk Leibstadt sowie den Austausch der Brandschutzklappen im Kernkraftwerk Gösgen. Dass die Schweizer Kernkraftwerke die Mindestpräsenz und den Mindestbestand des Personals während der Pandemie eingehalten haben, hat das ENSI laufend überprüft.

Die Abgaben radioaktiver Stoffe an die Umwelt via Abwasser und Abluft aus den Kernanlagen in der Schweiz lagen 2021 wieder weit unter den zulässigen Werten. Die durch den Betrieb der Kernanlagen zusätzlich verursachte Dosis für die Bevölkerung in der Umgebung von Kernanlagen blieb auch im Berichtsjahr auf einem sehr tiefen Niveau. Das ENSI hat im Jahr 2021 keine unerlaubten Abgaben radioaktiver Stoffe aus den Anlagen festgestellt.

Beim beruflich strahlenexponierten Personal bewegte sich die mittlere Individualdosis im Berichtsjahr mit 0,7 mSv im tiefen Bereich. Zum Vergleich dazu: Die mittlere jährliche Strahlendosis der Schweizer Bevölkerung beträgt ca. 6 mSv. Alle Grenzwerte für beruflich strahlenexponierte Personen und für die Bevölkerung wurden eingehalten.

Im Rahmen der vorgenommenen Inspektionen bestätigte das ENSI, dass in den Kernkraftwerken und den weiteren Kernanlagen ein zweckmässiger Strahlenschutz betrieben wird.

Die Notfallorganisationen der Kernanlagen inspizierte das ENSI im Rahmen von Notfallübungen. Zudem standen die nach dem Unfall von Fukushima-Daiichi eingerichteten externen Notfallzentren im Fokus der Prüfungen. Die Notfall-

bereitschaft des ENSI war auch unter Pandemiebedingungen jederzeit sichergestellt, was durch eine unangekündigte Alarmierungsübung bestätigt werden konnte. Mit der Inbetriebnahme des neuen Ausweichstandorts der ENSI-Notfallorganisation ist deren Einsatzfähigkeit im Berichtsjahr deutlich verbessert worden.

Die Aufsicht über die erste Stilllegung eines Kernkraftwerkes in der Schweiz wird vom ENSI proaktiv wahrgenommen.

Am 15. September 2020 wurde die Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg durch die Stilllegungsverfügung des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) abgelöst. Seitdem wird das endgültig ausser Betrieb genommene Werk in Phase 1 der Stilllegung rückgebaut.

Im Jahr 2021 wurden die freigegebenen Konzepte der Rückbauphase 1 durch zahlreiche Einzelfreigaben, unter anderem zu den Zerlegungen der Kerneinbauten im Reaktorgebäude, ergänzt. Hierbei haben Abweichungen von der ursprünglich geplanten Vorgehensweise zu freigabepflichtigen Änderungsverfahren geführt. Des Weiteren wurden dem ENSI zahlreiche Ausserbetriebnahmen und Demontagen von Systemen wie geplant gemeldet. Diese hat das ENSI aufsichtsseitig geprüft und bewertet.

Die Massnahmen der Aufsicht in der Stilllegungsphase 1 waren für das ENSI, abgesehen von den rückbauspezifischen Herausforderungen, eine mit der Aufsicht über Anlageänderungen während der Betriebszeit vergleichbare Tätigkeit. Das ENSI hat die korrekte Umsetzung der Massnahmen des Rückbaus mit zahlreichen Inspektionen vor Ort und anhand von Fachgesprächen begleitet und überprüft. Im Berichtsjahr hat bereits die aufsichtsseitige Vorbereitung auf die Freigabe des Konzepts der Rückbauphase 2 begonnen.

Das ENSI stärkt seine Position als kompetenter und vertrauenswürdiger Ansprechpartner für Fragen des Strahlenschutz und Notfallschutzes und gestaltet neue Regelungen aktiv mit.

Das ENSI brachte seine Fachkompetenz im Strahlen- und Notfallschutz an verschiedenen nationalen und internationalen Konferenzen ein, die anlässlich des zehnten Jahrestags des Reaktorunfalls in Fukushima-Daiichi stattfanden. Unter anderem war das ENSI an der Bevölkerungsschutzkonferenz in Davos vertreten sowie auf der von der IAEA organisierten Konferenz «A decade of progress after Fukushima-Daiichi: Building on the lessons learned to further strengthen nuclear safety». Zudem bietet das ENSI den Kantonen weiterhin proaktiv Schulungen im Bereich Notfallschutz an.

Das ENSI nimmt die Aufsicht über die Entsorgung der radioaktiven Abfälle sowohl mit hoher als auch thematisch breiter Fachkompetenz proaktiv wahr.

¹ [Strategische Ziele](#)

In der laufenden Etappe 3 des Sachplans geologische Tiefenlager untersucht die Nagra drei potenzielle Standortregionen, damit ein aus sicherheitstechnischer Perspektive belastbarer Vergleich der Lagerstandorte für hochaktive Abfälle sowie schwach- und mittelaktive Abfälle möglich ist. In der Standortsuche für ein geologisches Tiefenlager in der Schweiz hat das ENSI die Aufgabe, die Vorschläge der Nagra zu prüfen. Die Aufsicht des ENSI konzentrierte sich im Berichtsjahr unter anderem auf die entsprechenden erdwissenschaftlichen Untersuchungen: Das ENSI führte rund 50 Begehungen an Bohrplätzen durch, sichtete Bohrkerne und prüfte die Interpretation der Daten zum Langzeitbeobachtungssystem in Benken. Die Betreuung der Sachplan-Gremien in Bezug auf sicherheitstechnische Aspekte wurde in Absprache mit der verfahrensleitenden Behörde, dem Bundesamt für Energie, kompetent wahrgenommen.

Das ENSI stärkt die Öffentlichkeitsarbeit. Es identifiziert öffentlichkeitsrelevante Themen frühzeitig und kommuniziert entsprechend kompetent, differenziert und zeitnah.

Die Informationspflicht des ENSI ist im Kernenergiegesetz verankert. Diese Vorgaben hat das ENSI im Berichtsjahr insbesondere mit der regelmässigen Öffentlichkeitsinformation auf der Website und der Publikation von drei umfassenden Jahresberichten umgesetzt. Das ENSI informierte die Öffentlichkeit unter anderem über die Studie «Extremhochwasser an der Aare», das sicherheitstechnische Gutachten der Periodischen Sicherheitsüberprüfung 2017 des Kernkraftwerks Beznau, die alle zehn Jahre stattfindende IRRS-Mission der IAEA und das 25-Jahr-Jubiläum des Felslabors Mont Terri. Den im Leistungsauftrag 2020 – 2023 festgelegten Vorgaben entsprechend überprüft das ENSI derzeit die Kommunikationsstrategie und passt sie an. Dabei berücksichtigt das ENSI die verschiedenen Anspruchsgruppen, um die Öffentlichkeitsarbeit gezielter auszurichten. Im Jahr 2021 stand die Analysephase des Kommunikationskonzeptes als Basis für die daran anschliessende Strategieerarbeitung im Vordergrund. Im Rahmen der Analyse wurde eine Umfrage bei den Anspruchsgruppen durchgeführt. Das ENSI gewann aus den Tiefen- und Strasseninterviews einerseits ein genaues Bild über die aktuelle Aussenwahrnehmung und -einschätzung des ENSI sowie andererseits wichtige Hinweise zum Informations- und Meinungsbildungsverhalten der unterschiedlichen Anspruchsgruppen. Basierend auf der Analyse wurde im Herbst 2021 mit der Überarbeitung der Kommunikationsstrategie begonnen.

2. Finanzielle Ziele

Das ENSI finanziert sich primär über Gebühren, die bei den Betreiberinnen der Kernanlagen erhoben werden. Darüber hinaus erhält das ENSI Abgeltungen des Bundes für Leistungen, die nicht direkt im Zusammenhang mit der Aufsichtstätigkeit stehen (z. B. Information der Öffentlichkeit, Mitwirkung bei Gesetzen und Verordnungen, Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen), sowie einen Beitrag an die regulatorische Sicherheitsforschung. Diese machten im Berichtsjahr 3,9 % des Betriebsertrages (Vorjahr: 3,6 %)

aus. Die Beiträge des Bundes (rund 1,96 Millionen Franken) zur regulatorischen Sicherheitsforschung tragen zu einer unabhängigen und kompetenten Aufsicht des ENSI bei. Ein vom ENSI-Rat eingesetzter Forschungsausschuss verfolgt und evaluiert die Forschungsaktivitäten des ENSI.

Gemäss dem gesetzlichen Auftrag wird das ENSI nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt, wobei der nuklearen Sicherheit bei der Aufgabenerfüllung gegenüber finanziellen Aspekten Vorrang einzuräumen ist. Entsprechend des im Leistungsauftrag 2020 – 2023 festgelegten Ziels, «*seine Prozesse laufend mit Blick auf betriebswirtschaftliche Grundsätze zu überprüfen und Massnahmen zu deren Optimierung zu ergreifen*», überarbeitete das ENSI das Reporting auf der Grundlage der definierten Schwerpunkte im betriebswirtschaftlichen Konzept.

Der verrechnete Stundensatz der ENSI-Mitarbeitenden für das Jahr 2021 wurde im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Er betrug weiterhin 135,- Franken pro Stunde. Mit 105,5 % hat der Kostendeckungsgrad die interne Zielvorgabe von 102,9 % leicht übertroffen. Der Anteil der Gemeinkosten-Stunden ist gegenüber dem Vorjahr etwas angestiegen, auf 27,2 % (Vorjahr: 24,1 %).

Die Jahresrechnung des ENSI wird nach den International Financial Reporting Standards for Small and Medium-sized Entities (IFRS for SMEs) erstellt. Im Jahr 2019 hat der ENSI-Rat beschlossen, eine Anpassung der Rechnungslegungsmethode vorzunehmen. Seitdem werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste über das sonstige Ergebnis im Eigenkapital verbucht und nicht mehr über die Erfolgsrechnung. Eine derartige Anpassung ist gemäss IFRS for SMEs explizit erlaubt. Sie gestattet einen Ausweis der Reserven. Diese Darstellung wurde in der Jahresrechnung 2021 fortgeführt.

Die Jahresrechnung 2021 des ENSI schloss – bei einem Umsatz von 64,8 Millionen Franken – mit einem Gewinn von 5,7 Millionen (Vorjahr: 5,5 Millionen) und einem Gesamtergebnis unter Einschluss von versicherungsmathematischen Veränderungen von 22,4 Millionen Franken (Vorjahr: 9,6 Millionen) ab.

Die Reserven des ENSI beliefen sich Ende 2021 auf 43,7 Millionen Franken (Vorjahr: 38,2 Millionen). Das ENSI verfügt über die zur Aufgabenerfüllung notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen finanziellen Reserven.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das ENSI verfügt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen personellen Ressourcen. Im Berichtsjahr ist der Personalbestand mit durchschnittlich 144,4 Vollzeitstellen gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen (141,5 Vollzeitstellen), was sich durch die Besetzung von Vakanzen und die überlappende Besetzung bei anstehenden pensionsbedingten Abgängen erklärt. 34,94 % der Beschäftigten stammt aus dem Ausland. Die Anstellungsbedingungen des ENSI sind fortschrittlich und wettbewerbsfähig. Im Rahmen der Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts

wurden im Jahr 2021 zwei Development-Centers und zum zweiten Mal das Leadership-Programm erfolgreich durchgeführt. Im Rahmen der Job-Stress-Analyse (JSA) 2021 hat sich das ENSI im Vergleich zur JSA 2018 in mehreren Punkten deutlich verbessern können.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Als unabhängige Anstalt steht das ENSI in keinem Bindungsverhältnis zu anderen Organisationen oder Körperschaften. Es pflegt aber einen intensiven Wissens- und Erfahrungsaustausch mit anderen Akteuren auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit, sowohl im Inland (z.B. Paul Scherrer Institut, Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit KNS, Universitäten) als auch im Ausland (andere Aufsichtsbehörden, WENRA, IAEA, CNS, Nuklearenergieagentur der OECD, u. v. m.). Im Oktober des Berichtsjahres erfolgte die internationale Überprüfungsmission der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA), genannt «Integrated Regulatory Review Service» (IRRS), in der Schweiz. Während der IRRS-Mission prüften internationale Expertinnen und Experten die Umsetzung der IAEA-Sicherheitsstandards in der Schweiz, insbesondere hinsichtlich der Aufsichtspraxis des ENSI. Das Expertenteam der IAEA kam zum Schluss, dass die Schweiz über ein umfassendes und robustes Aufsichtssystem verfüge, und das ENSI eine fortschrittliche und kompetente Aufsichtsbehörde mit einem hohen Grad an Unabhängigkeit sei. Diese Unabhängigkeit stelle sicher, dass das ENSI seinen gesetzlichen Verpflichtungen unbeeinflusst nachkommen könne. Im Jahr 2021 fanden zudem zahlreiche physische sowie pandemiebedingt virtuelle Treffen mit ausländischen Delegationen statt, beispielsweise die 30. Sitzung der Commission Franco-Suisse sowie die 39. Hauptsitzung der Deutsch-Schweizerischen Kommission für die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DSK).

Daneben gelang es dem ENSI im Berichtsjahr, die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Frauenförderung und Gleichstellung voranzubringen. Vertreten durch den Direktor des ENSI, Marc Kenzelmann, ist das ENSI seit 2021 Teil einer «International Gender Champions' Impact Group» mit dem Ziel, Frauen und deren Karrieren im Bereich der nuklearen Sicherheit zu fördern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Nach der Beurteilung der Revisionsstelle vermittelt die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2021 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den IFRS for SMEs und entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Revisionsstelle hat dem Bundesrat die Genehmigung der Jahresrechnung empfohlen.

C. Stellungnahme der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit KNS

Im Auftrag des UVEK hat die KNS zum Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates 2021 Stellung genommen. Nach Auffassung der KNS hat der ENSI-Rat seine gesetzliche Aufsichtspflicht gegenüber dem ENSI wahrgenommen. Die KNS hat dem Bundesrat die Genehmigung des Tätigkeits- und Geschäftsberichts und die Entlastung des ENSI-Rates empfohlen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Gestützt auf den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates, den Bericht der Revisionsstelle sowie die Stellungnahme der KNS ist der Bundesrat zum Schluss gekommen, dass das ENSI im Jahr 2021 seine Aufgaben in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Anforderungen erfüllt hat.

Der Bundesrat hat am 10. Juni 2022 den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates genehmigt und dem ENSI-Rat für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Schweizerische Trassenvergabestelle (TVS)

Internet: www.tvs.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Urs Hany (Präsident), Alexander Stüssi (Vizepräsident), Claudio Blotti, Claudia Demel, Isabelle Oberson Clementi

Geschäftsführer: Thomas Isenmann

Ext. Revisionsstelle: Gfeller + Partner AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2021 in Kürze

Die TVS nahm am 1.1.2021 den operativen Betrieb auf. Das erste Geschäftsjahr stand im Zeichen der Finalisierung der Aufbauarbeiten. Die vom Bundesrat genehmigten strategischen Ziele wurden mehrheitlich erreicht. Die Weiterentwicklung des Qualitätsmanagementsystems zur Zertifizierungsreife sowie die Dokumentation und Implementierung des internen Kontrollsystems (IKS) konnten jedoch nicht bereits auf Ende 2021 abgeschlossen werden.

Die Ziele für die Bereiche *Fahrplanplanung und Trassenvergabe* wurden erreicht. In der Trassenvergabe für den Jahresfahrplan 2022 konnten für sämtliche Trassenbestellkonflikte Alternativen erarbeitet werden, welche das Führen aller Züge zu von den Antragstellerinnen akzeptierten Bedingungen ermöglichen. Im *Inkasso des Trassenbenutzungsentgelts* und in der *Führung des Eisenbahn-Infrastrukturregisters* wurden die Ziele teilweise erreicht. Die TVS verantwortet seit dem 1.1.2021 das diskriminierungsfreie Inkasso des Trassenpreises für SBB, BLS, SOB und die Hafenbahn Schweiz AG, welche ein gemeinsames Abrechnungssystem nutzen. Für die weiteren Infrastrukturbetreiberinnen übernahm die TVS schrittweise das Inkasso bis zur vollständigen Übernahme per 1.1.2022. Ebenfalls eine zeitliche Verzögerung ergab sich beim Betrieb des Eisenbahn-Infrastrukturregisters aufgrund technischer Probleme des vom BAV übernommenen Tools.

Mit Ausnahme des internen Kontrollsystems wurden die *finanziellen Ziele* erreicht. Die TVS setzte ihre Ressourcen wirtschaftlich ein. Der vom Verwaltungsrat budgetierte Eigenaufwand wurde unterschritten. Die Revisionsstelle empfahl, die Jahresrechnung zu genehmigen.

Bei den *personal- und vorsorgepolitischen Zielen* ist die TVS mehrheitlich auf Kurs. Sie akquiriert ihre erfahrenen Fachspezialistinnen und Fachspezialisten bei den Schweizer Bahnunternehmen. Der Anteil weiblicher Angestellter liegt zwar mit 26,7 Prozent unter dem Zielwert des Bundes, jedoch über den Werten des für die Akquirierung relevanten Arbeitsmarktes der Schweizer Bahnunternehmen.

Kennzahlen	2021
Finanzen und Personal	
Betriebsaufwand (Tsd. CHF)	64 875,7
Jahresgewinn (Tsd. CHF)	818,8
Bilanzsumme (Tsd. CHF)	1 882,2
Reserven (Tsd. CHF)	-151,0
Personalbestand (Anzahl Vollzeitäquivalente)	14,5
Anstaltsspezifische Kennzahlen	
Anzahl bearbeiteter Trassenkonflikte im Jahresfahrplan	275
Anzahl Trassenablehnungen	
- Jahresfahrplan	0
- unterjähriger Fahrplan	6
Anzahl unterlegener Verfahren bei der RailCom	0
Technischer Deckungsgrad PUBLICA (Vorsorgewerk Bund) per 31.12., in %	107,3
Gebühren und übrige Erträge	
Gebühreneinnahmen von den Infrastrukturbetreiberinnen im Zuständigkeitsbereich der TVS (Tsd. CHF)	65 652,4
Übrige Erträge (Tsd. CHF)	43,2

A. Zielerreichung 2021*

1. Strategische Schwerpunkte

Der Bund strebt mit der TVS den diskriminierungsfreien und transparenten Zugang zum interoperablen Schweizer Normalspur-Bahnnetz, die gesunde Entwicklung des Wettbewerbs im Eisenbahnverkehr und die optimale Nutzung der Schienenkapazitäten an (Artikel 9e Eisenbahngesetz; SR 742.101). Die TVS ist zuständig für alle für den Zugang zum Schweizer Normalspur-Eisenbahnnetz wesentlichen Funktionen, namentlich die Trassenplanung, die Trassenvergabe, die Erstellung des Netzfahrplans und das Inkasso

* Strategische Ziele: www.tvs.ch/dokumentation/links-de

des Trassenbenutzungsentgelts. Sie plant gestützt auf Artikel 9f Absatz 3 – 5 Eisenbahngesetz den Fahrplan nicht selbst, sondern beauftragt die Infrastrukturbetreiberinnen mit der Erstellung von Fahrplanentwürfen. Als Auftraggeberin muss sie jederzeit gewährleisten können, dass die Aufträge diskriminierungsfrei abgewickelt werden.

Das erste Geschäftsjahr stand im Zeichen der Finalisierung der Aufbauarbeiten. Die TVS regelte mit den Infrastrukturbetreiberinnen in ihrem Zuständigkeitsbereich die Zusammenarbeit, Verantwortlichkeiten sowie die erwarteten Lieferobjekte und Pflichten in den Bereichen Fahrplanplanung, Trassenvergabe und Inkasso des Trassenbenutzungsentgelts. In den Aufträgen zur Fahrplanplanung und Trassenvergabe werden auch die Grundsätze einer diskriminierungsfreien Trassenplanung und der Einbezug der bestellberechtigten Netznutzerinnen geregelt.

Die TVS genießt ein hohes Vertrauen bei den Trassenbestellern und Geschäftspartnern. Im Rahmen des im vierten Quartal durchgeführten Kundendialogs attestierten die Trassenbesteller der TVS eine hohe Qualität bei der Abwicklung des Trassenvergabeprozesses. Insbesondere lobten sie das gute Dienstleistungsverhalten und das hohe Engagement bei der Suche nach einvernehmlichen und von den Bestellern akzeptierten Lösungen von Trassenbestellkonflikten, sodass möglichst alle beabsichtigten Züge verkehren können.

Die TVS legt Wert auf eine hohe Qualität ihrer Arbeiten. Aufgrund der hohen Auslastung der Mitarbeitenden durch die Konsolidierung der Aufbauarbeiten wurde jedoch die Weiterentwicklung des Qualitätsmanagementsystems zur Zertifizierungsreife Ende 2021 noch nicht erreicht.

Fahrplanplanung und Trassenvergabe

Die strategischen Ziele dieses Leistungsbereichs wurden erreicht. Die TVS nahm als Auftraggeberin für die Fahrplanplanung auf dem Schweizer Normalspur-Bahnnetz ihre Verantwortung für die Transparenz und den effektiven Mitteleinsatz wahr. Im Rahmen von Sitzungen zur Kapazitätsplanung stellte sie den Einbezug der Netznutzerinnen sicher und wirkte darauf hin, dass deren Bedürfnisse durch die Infrastrukturbetreiberinnen bestmöglich berücksichtigt wurden. Sie sicherte die Koordination und Qualität der Auftragserfüllung, indem sie die Ausführung der Aufträge überwachte sowie die Finanzierung der Fahrplanerstellung und den Einbezug aller Antragstellerinnen regelte. Mit den Infrastrukturbetreiberinnen, für welche die Vorgängerorganisation der TVS nicht bereits zuständig war, stand zu Beginn der Zusammenarbeit die Information im Vordergrund, welche Tätigkeiten in welcher Qualität erwartet werden und welche Kosten hierfür gerechtfertigt sind.

Die TVS engagiert sich als Mitglied der Vereinigung der europäischen Infrastrukturbetreiberinnen und Trassenvergaben RailNetEurope (RNE) für eine europäische Harmonisierung der Fahrplan- und Trassenvergabeprozesse. Darunter fällt auch die Weiterentwicklung der IT-Systeme,

welche europaweit dafür eingesetzt werden. Im Rahmen eines gemeinsamen Projekts der europäischen Infrastrukturbetreiberinnen und Eisenbahnverkehrsunternehmen soll der Fahrplan- und Trassenvergabeprozess europaweit neugestaltet und marktgerechter werden. Ein Mitarbeiter der TVS leitet hierbei ein Teilprojekt. Auf Schweizer Ebene wirkt die TVS im nationalen Implementierungsprojekt mit. Als Mitglied der beiden die Schweiz betreffenden europäischen Güterverkehrskorridore Rhein – Alpen und Nordsee – Mittelmeer setzt sich die TVS zudem für abgestimmte Kapazitätsplanungen sowie grenzüberschreitend harmonisierte Trassenangebote ein.

Eine wesentliche Funktion der TVS in der Trassenvergabe ist die Koordinierung von Bestellkonflikten. Bei einem Trassenkonflikt behindern sich zwei oder mehrere Netznutzungswünsche gegenseitig. Die TVS koordiniert diese Bestellkonflikte, indem sie zwischen den Bedürfnissen der Netznutzerinnen und den planerischen Möglichkeiten der Infrastrukturbetreiberinnen vermittelt. Für den Jahresfahrplan 2022 konnten für alle 275 Trassenbestellkonflikte Alternativen erarbeitet werden, welche das Führen aller Züge zu von den Antragstellerinnen akzeptierten Bedingungen ermöglichten. Kein Netznutzungswunsch musste abgelehnt werden.

Inkasso des Trassenbenutzungsentgelts

Die TVS ist gemäss Artikel 9f Absatz 1 Buchstabe b EBG sowie Artikel 2 Buchstabe l Verordnung über die Trassenvergabestelle (TVSV, SR 742.123) beauftragt, das Trassenbenutzungsentgelt und die Stornierungsgebühren im Namen und auf Rechnung der Infrastrukturbetreiberinnen bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen einzuziehen und an die Infrastrukturbetreiberinnen zu überweisen. Dies erfolgt getrennt von der Buchhaltung der TVS über eine separate Mandanten-Buchhaltung und ein gesondertes Bankkonto.

Im Jahr 2021 schloss die TVS mit allen Infrastrukturbetreiberinnen Vereinbarungen ab. Diese regeln die konkreten Aufgaben der Beteiligten, die zu liefernden Daten inkl. der Fristen, die Verantwortlichkeiten, das Controlling und die Haftung.

Rund 95 Prozent der von den Zügen auf dem Schweizer Normalspurnetz zurückgelegten Distanzen betreffen die drei grossen Infrastrukturbetreiberinnen SBB, BLS und SOB. Diese nutzen, wie auch die Hafenbahn Schweiz AG, das Abrechnungssystem I-Prix zur Bepreisung der Netznutzung. Die TVS überprüft seit dem 1.1.2021 die Trassenpreisrechnungen dieser Infrastrukturbetreiberinnen und gibt sie frei. Ebenso überwacht sie den Zahlungseingang, das Mahnwesen und die Kundenreklamationen zum Inkasso.

Für die weiteren Infrastrukturbetreiberinnen, welche I-Prix derzeit nicht nutzen, erfolgt die Rechnungsstellung und das Inkasso des Trassenbenutzungsentgelts über die TVS. Die TVS liess im ersten Halbjahr eine Mandanten-Buchhaltung

für die Abwicklung des Inkassos entwickeln. Danach übernahm sie in einem ersten Schritt die Rechnungsstellung und das Inkasso des Trassenbenutzungsentgelts für zwei kleinere Infrastrukturbetreiberinnen. Dies geschah ohne Probleme, sodass sie mit den restlichen Infrastrukturbetreiberinnen die Übernahme des Inkassos ab dem 1.1.2022 vorbereiten konnte.

Führung des Eisenbahn-Infrastrukturregisters

Die TVS führt den Betrieb des Eisenbahn-Infrastrukturregisters seit ihrem operativen Start im Januar 2021. Das BAV hatte das dafür eingesetzte IT-Tool (RINF-CH) zwischen 2016 und 2020 entwickeln lassen. Im Juni/Juli 2021 hat das BAV dieses formell an die TVS übertragen. Nach der Prüfung des Tools stellte die TVS jedoch technische Probleme fest, welche das korrekte Hochladen von Infrastrukturdaten verunmöglichen. Zusammen mit dem Entwickler des Tools und den Infrastrukturbetreiberinnen ist sie derzeit daran, diese Probleme zu beheben. Die TVS hat ausserdem eine Test- und Abnahmeumgebung entwickeln lassen und die technische und prozessuale Basis für den Infrastrukturdatenaustausch erarbeitet. Schliesslich gab sie auch die Anpassung des Tools an die Anforderungen der Durchführungsverordnung 2019/777/EU entsprechend der Vorgabe von Artikel 15f Absatz 1 Eisenbahnverordnung (EBV, SR 742.141.1) in Auftrag. Das überarbeitete RINF-CH soll im Frühling 2022 getestet und anschliessend in Betrieb genommen werden.

Für die Qualität der Infrastrukturdaten sind die Infrastrukturbetreiberinnen verantwortlich. Die derzeit noch ungenügende Datenqualität mindert jedoch den Nutzen des Eisenbahn-Infrastrukturregisters. So können namentlich Eisenbahnverkehrsunternehmen oder die Rollmaterialindustrie auf dieser Basis keine verlässlichen Abfragen zur Kompatibilität von Rollmaterial und Infrastruktur machen. Dieses Problem wird von der Bahnbranche im Auftrag des BAV über die Entwicklung einer neuen integrierten Topologie-Plattform (ITOP) im Rahmen des neuen Planungs- und Produktionssystems Traffic Management System (TMS) angegangen. ITOP soll im Jahr 2024 zur Verfügung stehen.

Risikomanagement

Die TVS beurteilt jährlich die strategischen und operativen Risiken. Aus dem im dritten Quartal 2021 durchgeführten Risikomanagementprozess wurden keine bedrohlichen Risiken mit unmittelbarem Handlungsbedarf festgestellt. Die als unerwünscht identifizierten Risiken sind im Wesentlichen auf die noch nicht abgeschlossenen Aufbauarbeiten zurückzuführen.

Die TVS ist zudem daran, ein internes Kontrollsystem aufzubauen. Dieses konnte jedoch noch nicht per Ende 2021 vollumfänglich dokumentiert und implementiert werden.

2. Finanzielle Ziele

Die TVS ist nicht gewinnorientiert. Sie erhebt zur Deckung ihrer gemäss Planrechnung ungedeckten Kosten Gebühren bei den Infrastrukturbetreiberinnen in ihrem Zuständigkeitsbereich. Diese Gebühren werden den Infrastrukturbetreiberinnen im Verhältnis der auf deren Netzen zugeteilten Trassenkilometer verrechnet. In geringem Ausmass erbringt die TVS für ausländische Organisationen, namentlich RailNet-Europe sowie den Güterverkehrskorridor Rhein – Alpen Dienstleistungen gegen Entgelt. Weitere Aufgaben nach Artikel 9v Absatz 4 EBG, welche über Abgeltungen des Bundes finanziert werden, hat der Bundesrat bislang nicht übertragen.

Mit Ausnahme des internen Kontrollsystems wurden die *finanziellen Ziele* erreicht. Die Eröffnungsbilanz der TVS wurde vom Bundesrat genehmigt. Die TVS wirtschaftet nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und setzt ihre Ressourcen wirtschaftlich und wirksam ein. Der Eigenaufwand der TVS lag im Jahr 2021 um 6,8 Prozent unter dem budgetierten Wert. Die TVS schliesst das Jahr 2021 mit einem Bilanzgewinn von 667 797 Franken ab, welcher auf die neue Rechnung vorgetragen werden soll. Es ist vorgesehen, den Bilanzgewinn zur Tilgung des von der eidg. Finanzverwaltung für den Aufbau der TVS gewährten Darlehens zu verwenden und anschliessend für die Reservenbildung gemäss Ziffer 5.3 der strategischen Ziele 2021-2024 der TVS.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die TVS akquiriert ihre erfahrenen Fachspezialistinnen und Fachspezialisten bei den Schweizer Bahnunternehmen. Angesichts der ihr im Vergleich zur Vorgängerorganisation Trasse Schweiz AG zusätzlich übertragenen Aufgaben erhöhte sie ihren Personalbestand um fünf Personen auf neu 15 Mitarbeitende. Alle Stellen konnten erfolgreich besetzt werden, wobei die neuen Mitarbeitenden von vier unterschiedlichen Bahnunternehmen kamen. Um weiterhin Mitarbeitende im relevanten Arbeitsmarkt gewinnen und diese halten zu können, bietet die TVS fortschrittliche und konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen an, so namentlich Teilzeitarbeit, Homeoffice- und Mobileoffice.

Der Anteil weiblicher Mitarbeitender liegt mit 26,7 Prozent zwar unter den Zielwerten des Bundes, jedoch über den Werten des für die Akquirierung relevanten Arbeitsmarktes der Schweizer Bahnunternehmen. Der tiefe Anteil Arbeitnehmender französischer Muttersprache konnte im Rahmen einer Personalmutation per 1.2.2022 erhöht werden. Die TVS weist zurzeit keine Mitarbeitenden italienischer oder rätoromanischer Muttersprache auf.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Gfeller + Partner) bestätigt, dass die Jahresrechnung der TVS für das Geschäftsjahr 2021 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Kern-FER vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht. Ebenso bestätigt sie, dass der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns dem schweizerischen Gesetz entspricht. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung 2021 zu genehmigen.

In Ihrem Prüfbericht hält die Revisionsstelle jedoch fest, dass das interne Kontrollsystem Ende 2021 nicht dem schweizerischen Gesetz entspricht. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Aufbauarbeiten des IKS Ende 2021 noch nicht abgeschlossen werden konnten. Die vollständige Dokumentierung und Implementierung des IKS der TVS ist für das dritte Quartal 2022 vorgesehen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat beantragt dem Bundesrat die Kenntnisnahme des Berichts über die Erreichung der strategischen Ziele 2021, die Genehmigung des Geschäftsberichts 2021, bestehend aus dem Lagebericht und der Jahresrechnung mit Anhang, sowie die Kenntnisnahme des Revisionsberichts. Er beantragt dem Bundesrat im Weiteren, den Bilanzgewinn von 667 797 Franken auf die neue Rechnung vorzutragen sowie dem Verwaltungsrat Entlastung zu erteilen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 13. April 2022 den Geschäftsbericht der TVS mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2021 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Verwaltungsrats über die Erreichung der strategischen Ziele 2021 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Verwaltungsrats für das Jahr 2021 Entlastung erteilt.